

Volkstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die "Volkstimme" erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Herausgeber: W. Pfeiffer, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfeiffer, Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprech-Anschluss für Herausgeber Nr. 6266, für die Redaktion Nr. 6267. — Postleitzahl 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Von 1. bis 14. Februar 1.00 Mark, Abholer 0.90 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gspfennige, 27 Millimeter breite Nonpareilzeile brüllt 20 Pfennig auswärts 3 Pfennig. Familienanzeigen und Stellengeinde 12½ Pfennig. Vereinsanzeiger 20 Pfennig, die dreimal gewinnt 90 Millimeter breite Zeitung 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar, geteilt durch 4,20.) Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Platzvorschriften keine Gewähr. — Postscheckkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 31.

Magdeburg, Freitag den 6. Februar 1925.

36. Jahrgang.

Der „Sieger von Magdeburg“.

Er siegt noch einmal.

Aus Berlin wird uns berichtet: Als erstes gerichtliches Nachspiel der an dem Magdeburger Urteil zahlreich geübten Kritik spielte sich am Mittwoch vor dem Erweiterten Schöffengericht Berlin-Mitte in Kloster der Prozeß ab gegen den Berliner Landgerichtsdirektor Wilhelm Kröner wegen Beleidigung der im Magdeburger Reichspräsidentenprozeß tätigen Richter, des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Bewersdorff und des Bevölkerungslandgerichtsrats Schulte. Auf den Zuhörerbänken sah man fast alle hiesischen Landgerichtsdirektoren und Staatsanwälte der drei Landgerichte sowie zahlreiche sonstige Richter und Mitglieder der Staatsanwaltschaft.

Neben dem Angeklagten Landgerichtsdirektor Kröner, der jetzt Vorsitzender einer Zivilkammer ist, während er früher die Zivilstrafkammer leitete, hatten seine Anwälte, Eichtstaat Landberg, M. d. R., und Rechtsanwalt Dr. Roth Platz genommen, auf der Gegenseite sah man Landgerichtsdirektor Bewersdorff und Landgerichtsrat Schulte aus Magdeburg mit ihren Rechtsbeiständen. Auf dem Platz des Anklagevertreters sah man den Generalstaatsanwalt Lindow. Vorsitzender des Gerichts ist Amtsgerichtsrat Ahlsdorf.

Gleich zu Beginn der Verhandlung stellte Rechtsanwalt Landberg den Antrag auf Verlängerung, bis die zweite Instanz des Magdeburger Urteils beendet habe.

Der Verteidiger des Angeklagten, Verteidiger der Breitengerechtigkeit Ahlsdorf war unvorbereitet genug, zu einem Zeitpunkt, wo er nichts als die Anklageschrift, den Artikel Kröners, und dessen Erklärung kannte, in Privatgesprächen Neuerungen zu tun, die ihn entschlossen zeigten, Kröner für mehrere Monate seiner Freiheit zu beraubten. Es war dem Angeklagten nicht zuzumuten, einen Mann als Richter über sich anzuvertrauen, der vor der Hauptverhandlung sich bereits ein Urteil gefasst hatte, zu dem er doch erst nach Durchführung der Verhandlung berufen ist. Die sofort zusammenberufene Strafkammer I des Berliner Landgerichts I erklärte die Ablehnung für unbegründet. Zwar konnte Ahlsdorf seine zur Kenntnis Kröners gelangten Neuerungen nicht bestreiten. Aber nach seiner und der damit übereinstimmenden Ansicht der Strafkammer waren sie belanglos.

Der Magdeburger Landgerichtsdirektor Bewersdorff, der Vorsitzende im Prozeß Rothardt, scheint davon überzeugt zu sein, daß seine Prozeßleitung und sein Urteil allen Anforderungen entsprechen, die man billigerweise an einen Richter zu stellen berechtigt ist. Die Verteidiger Kröners bemühten sich, diese gute Meinung zu erschüttern. Sie stellten unter Beweis, daß Bewersdorff in seinem frühen Wirkungskreise Cottbus als die erste politische Aufgabe der Gegenwart bezeichnet habe, „den Sattler gejelltend aboben“ baldmöglichst von seinem Posten verschwinden zu lassen und durch Ludendorff zu erlegen, und daß er ferner nach dem Urteil sich von seinen Cottbuser Gesinnungsgegenossen

als den „Sieger von Magdeburg“

habe beglücksachen und feiern lassen. Die Verteidigung folgerte aus diesen Vorgängen, daß Bewersdorff an der Findung des Urteils in einer Sache nicht hätte mitwirken dürfen, in der der Angeklagte auf die Erreichung des Herrn Bewersdorff so sympathischen Zielen der Entfernung des Reichspräsidenten von seinem Amt hinarbeitete.

Bewersdorff bewies ein bedauernswert schlechtes Gedächtnis, indem er zu dem ersten Punkt als Nebenkläger erklärte, mangels näherer Angaben könne er sich über die Behauptung der Verteidigung nicht äußern; zu dem zweiten Punkt gebe er überhaupt keine Erklärung ab. Das Gericht ersparte ihm die Peinlichkeit einer eidlichen Zeugenvernehmung, indem es den Beweisantrag der Verteidigung ablehnte.

Nun waren alle Hindernisse, die der für sein Recht kämpfende Angeklagte seiner Verurteilung entgegenstellte, beseitigt, und der für die Ehre und das Ansehen der Republik und der deutschen Justiz eintretende republikanische Richter konnte unter dem Vorwurf eines monarchistischen Richters wegen Beleidigung zweier seiner monarchistischen Kollegen zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt werden. Kröner konnte aber den Gerichtssaal erhobenen Hauptes verlassen. Das Urteil bedeutet eine ehrenvolle Runde, die er im Kampfe für hohe Ideale erlitten hat.

Verhandlungsbericht.

Um 9½ Uhr eröffnete Amtsgerichtsrat Ahlsdorf die Sitzung. Noch vor Eintritt in die eigentliche Verhandlung bat der Verteidiger Kröners, Rechtsanwalt Landberg, um das Wort zu einem Antrag, den der Vorsitzende, wie der Anwalt betonte, schon vorher abgelehnt habe, den die Verteidigung aber erneut stellen müsse. Der Antrag lautete auf Verlängerung der Verhandlung gegen Kröner bis nach Abschluß des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz.

Landgerichtsdirektor Kröner, so erklärte Landberg, denkt nicht daran, sich dem Urteil zu entziehen. Als er seinen Artikel schrieb, wußte er, was ihm bevorstand. Diese Tatfrage schließt aus, daß wir mit unserm Antrag Verschleppungsabsichten verfolgen. Aber unserer Ansicht nach kann das Gericht eine sachgemäße Entscheidung nur dann fällen, wenn ihm die Akte des Prozesses gegen Rothardt und das Urteil der ersten Instanz vorliegen. Kröner hat in seinem Artikel scharfe Ausdrücke gebraucht. Was geschieht aber nun, wenn in der zweiten Instanz, wie ich hoffe, mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht wird, daß das Urteil der ersten Instanz juristisch verfehlt und ungültig war und

dass es ungeheuerlichen Schaden angerichtet hat?

Ist das der Fall, dann wäre das für die Aburteilungen der Verhandlung Kröners von größter Bedeutung, und deshalb stellen wir den Antrag auf Verlängerung bis zum Abschluß des Magdeburger Prozesses in zweiter Instanz, der bereits am 17. Februar beginnt und noch vor Ende des Monats beendet sein dürfte. Generalstaatsanwalt Lindow erklärte hierzu, daß das Gericht über diesen Antrag erst dann entscheiden könne, wenn vorher formell in die Verhandlung eingetreten sei. Als der Generalstaatsanwalt von seinem Standpunkt nicht abging, stellte dann Rechtsanwalt Landberg einen weiteren Antrag, der sich nunmehr auf den Verteidigungsabschluß und die Verhandlung in zweiter Instanz bezieht. Der Verteidiger, Amtsgerichtsrat Ahlsdorf, habe nach Befindungen von glaubhafter Seite Neuverhandlungen getan, die den Anschein erwecken, daß er bereits vor der eigentlichen Verhandlung mit seinem Urteil fertig gewesen sei.

Hierauf wurde die Verhandlung zunächst auf ungefähr eine Stunde verlängert, da die Entscheidung über diesen Ablehnungsantrag wegen Besangenheit der Strafkammer zuletzt.

Die Strafkammer lehnt den Antrag ab.

Hierauf trat sofort die erste Strafkammer zusammen, die nach einer fast zweieinhalbstündigen Verhandlung und Beratung zu dem Ergebnis kam, daß dem Antrag des Angeklagten, den Verteidigenden wegen Besangenheit abzulehnen, nicht stattgegeben werden könne, da die Befürchtungen des Beklagten unbegründet seien. Dann wurde die Verhandlung formell eröffnet und der Beklagte, Landgerichtsdirektor Kröner, äußerte sich zur Sache: „Von einigen Kritikern ist mein Auftauch in der ‚Börsischen Zeitung‘ lediglich als eine Schimpfanwendung gegen das Magdeburger Urteil bezeichnet worden. So liegen die Dinge jedoch nicht. Ich habe mich zunächst juriert, ich habe dann mit dem Verteidigungsabschluß beim Landesverrat befaßt und habe dann erst das Urteil kritisiert. Ich erkläre zunächst, daß ich auch heute zu allen meinen Neuverhandlungen ziehe.“

Darauf wurde vom Gericht der inframihierte Artikel verlesen, der in Nr. 610 der „Börsischen Zeitung“ vom 24. Dezember vorigen Jahres erschienen ist.

Dr. Kröner äußerte sich hierauf zu den einzelnen imitierten Neuverhandlungen seines Artikels. Was den Vorwurf einer jammervollen und schamlosen Konklusion betreffe, so habe das Urteil von Magdeburg den ersten Beamten des Reiches aufs schwerste beleidigt durch die sogenannte tatsächliche Feststellung, daß er juristischen Landesverrat begangen habe. „Bestände dieses Urteil zu Recht,“ so erklärte Landgerichtsdirektor Kröner, so müßt jeden ehrlichen Deutschen das Gefühl brennender Scham, Trauer und Empörung überkommen, wenn es möglich sein soll, daß zwei deutsche Parlamente mit erdrückender Mehrheit einen Mann an die Spitze des Reiches bringen, dem mit Recht

das schamloseste Verbrechen,

das ein Deutscher als solcher begehen kann, vorgeworfen werden kann. Nach meiner Auffassung besteht aber dieses Urteil von Magdeburg nicht zu Recht. Das Magdeburger Gericht hat sich dadurch, daß es den ersten Beamten des Reiches diesem Maß in frivoler Weise ausgesetzt hat, über das Gefühl des Scham hinweggegeht, also schamlos gehandelt. Wenn ich in diesem Zusammenhang ferner von „seig“ und „verächtlich“ gesprochen habe, so erinnere ich daran, daß im alten Staate sich wohl kein Gericht gefunden hätte, den damaligen Träger der Würde des Landesverrats zu beschuldigen, weil hinter ihm eine reale Macht stand. Jeder Richter hätte sich sofort sagen müssen: am nächsten Tage bist du suspendiert und wirst mit Schimpf und Schande abgesetzt. Heute aber, wo hinter dem Träger der Würde Deutschlands keine reale Macht, sondern nur die moralische Macht einer großen edlen Persönlichkeit steht,

da ist mit einem Male der Mut vorhanden.

Da sagt man mit einem Male: Deine Absicht interessiert uns nicht, dein Vorwurf war Landesverrat. Das ist seig und verächtlich. Ein übrigen habe ich die Persönlichkeiten der Magdeburger Richter nicht gekannt, kennre auch heute nicht. Ich habe Ihnen auch nicht den Vorwurf der persönlichen Feindschaft machen wollen, für mich sind das eben die Vertreter eines Systems und Leider Gottes die Vertreter des Gros der heutigen brennenden und deutschen Richterschaft. (Bewegung im Saale.) Wenn ich von „seig“ geprahnt habe, so meine ich damit, daß es die Pflicht des Richters gewesen wäre, über eine mögliche Veränderung der rechtlichen Gesichtspunkte vorher mit

dem Vertreter des Nebenklägers zu sprechen, nicht aber damit zum Schluß der Verhandlung wie mit einem Blitz aus heiterem Himmel zu kommen. Vielleicht wäre dieses Unglück für die deutsche Justiz vermieden worden, wenn man auf die mögliche Trennung von Vorsitz und Ansicht vorher aufmerksam gemacht hätte. Mit dem Ausdruck „euer Klüngel in familiend“ meinte ich die Insammlung Eberts als früheren Abgeordneten und Parteiführer. Von den Richtern des Freistaats wird doch immer Tatkraft verlangt, Müßiggang auf das Beamtenverhältnis. Sie waren also verpflichtet, mit zu prüfen, ob es notwendig war, vom Standpunkte des Magdeburger Gerichts folchige Feststellungen zu treffen.

In diesem Zusammenhang verwies Landgerichtsdirektor Kröner auf den Fall des Lübecker Großkaufmanns Posselt, der vom Reichsgericht während des Krieges von der Anklage des Landesverrats freigesprochen wurde, eine Anklage, die er sich zugezogen hatte, weil er seinen russischen Fabrik bei Kriegsausbruch befohlen hatte.

Hinsetzen für die russische Kavallerie herzustellen, um auf diese Weise seine großen Unternehmungen für Deutschland zu retten und sie vor der Beschlagsnahme durch die Russen zu bewahren. Weiter erklärte der Angeklagte: Die republikanischen Richter haben doch den Eid auf die Verfassung geleistet, sie haben geschworen, die Grundlagen der Verfassung, also auch das Ansehen des obersten Beamten zu schützen. Statt dessen hat man ihn in Magdeburg in Verzug gebracht, und deshalb behauptete ich, daß sich die Richter damit selbst in Verzug gebracht haben. Ich erkenne an, daß meine Worte ratsch waren, daß sie Verbannungen enthalten. Neben die Beweisgründe, die mich zu diesem Urteil veranlaßt haben, möchte ich mich jetzt im Schlusssatz äußern.

Rechtsanwalt Landberg machte dann darauf aufmerksam, daß das Gericht noch nicht über seinen Verlängerungsantrag entschieden sei. Gleichzeitig erklärte er, daß Hoffentlich das Magdeburger Urteil in zweiter Instanz ihn vor der Notwendigkeit befreien würde, Kritik an dem ersten Urteil zu üben.

Generalstaatsanwalt Lindow erklärte demgegenüber, er sehe keine Notwendigkeit, die Verhandlung zweiter Instanz abzuwarten, ebensoviel wie er es nicht für notwendig halte, das Urteil erster Instanz hier zu verlesen. Für die Frage der Beleidigung und die Frage des Strafmordes erscheine das unerheblich.

Rechtsanwalt Lindow: Wir haben eine Kritik des Magdeburger Urteils in keiner Weise zu fürchten. Der Antrag wurde wieder abgelehnt. Das Gericht beschloß ferner, die Gründe des Magdeburger Urteils nicht zur Verleugnung zu bringen, da sie für den vorliegenden Fall unerheblich seien.

R.-A. Landsberg: Durch die Presse und durch die Antrags des demokratischen Abgeordneten Niedel ist bekannt geworden, Herr Landgerichtsdirektor Bewersdorff habe noch zur Zeit seiner Richtertätigkeit in Cottbus erklärt, der einzige mögliche Reichspräsident sei Ludendorff, und der Sattlergeselle Ebert müsse so bald wie möglich verschwinden. Ich bitte, Herr Bewersdorff über diese Gelegenheit hier als Zeugen zu hören. Weiter ist uns bekannt geworden, daß Herr Bewersdorff nach dem Urteil in Magdeburg sich

als den Sieger von Magdeburg

hat feiern lassen, daß er Glückwünsche entgegengenommen hat und daß er es nicht für notwendig befunden hat, diese Glückwünsche zu seinem Urteil zurückzuweisen.

B.-A. Bewersdorff: Es ist Ihnen doch wohl bekannt, Herr Rechtsanwalt, daß Herr Landgerichtsdirektor Bewersdorff dienstlich dem Justizministerium erßtzt hat, er könne sich auf eine Bemerkung, wie sie ihm von dem Abgeordneten Niedel vorgeworfen wurde, nicht entzinnen.

R.-A. Landsberg: Man weiß, wie solche Dinge den Behörden gegenüber gehandhabt werden. Ich ziele deshalb auf eindrückliche Vernehnung des Herrn Bewersdorff hin.

Generalstaatsanwalt Lindow: Das alles geht ins Überflüssige. Wichtig für das Gericht ist doch lediglich die Meinung, die Herr Kröner hatte, als er den Artikel schrieb.

Landgerichtsdirektor Bewersdorff: Ich lege Wert darauf, hier öffentlich zu der Anfrage Niedel Stellung zu nehmen. Alles, was darüber in der Presse verbreitet ist, trifft nicht zu. Man hat den ersten Satz meiner Antwort in dem Justizministerium weggeschlossen. Ich habe folgendes erklärt: „Mangels näherer Angaben über Zeit, Ort und Veranlassung kann ich mich nicht entzinnen und so weiter.“ Das ist etwas ganz andres, als mir immer vorgebracht wird. Zur übrigen hat in dem Prozeß gegen Rothardt Rechtsanwalt Landberg nach der Vernehnung des „Leichnam“ mir tatsächlich den Vorwurf mangelnder Objektivität gemacht. Ein solcher Vorwurf war unerhört und ist auch als unerhört dem Schöffengericht und mir gegenüber von vielen Richtern bezeichnet worden.

R.-A. Landsberg: Ob dieser Vorwurf unerhört war, darüber haben Sie, Herr Nebenkläger, nicht zu entscheiden. Ich will an dieser Stelle auch nicht näher erörtern, ob die Art, wie Sie den Prozeß gegen Rothardt geführt haben, unerhört war, obgleich ich den nötigen Anlaß dazu hätte. Ich habe mich lediglich vor der Anklagekammer zu verantworten. Wenn Sie glauben, daß ich die Grenzen überschritten habe, dann tun Sie gegen mich doch die nötigen Schritte. Im übrigen besiehe ich nun noch mehr auf der Vernehnung des Landgerichtsdirektors Bewersdorffs. Hatte ich einmal eine derartige Neuverhandlung getan?

Der Sattlergeselle da oben muß verschwinden, dann würde ich mich auch ohne nähere Angaben darauf bezeichnen.

Landgerichtsdirektor Kröner: Ich möchte nur noch betonen, daß das Vorwurf des Ehrenschutz, auf das ein Richter Anspruch hat, natürlich davon abhängt, ob es sich um einen unantastbaren Richter oder um einen handelt, gegen den mit Recht Angriffe erheben werden.

Nach kurzer Beratung lehnte das Gericht die gestellten Weisungen ab, worauf Generalstaatsanwalt Linsen das Wort zu seinem Plädoyer ergriff. Er beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark oder 50 Tage Gefängnis.

Der Vertreter des Nebenklägers, Staatsanwalt Schaper (Magdeburg), forderte gar Gefängnisstrafe!

Als Verteidiger des Angeklagten besprach R. A. Otto Landsberg kurz die Widersprüche des Magdeburger Urteils und fuhr dann fort: Wenn durch das Magdeburger Urteil der Ehre des deutschen Namens im Ausland Abtrag geschehen ist, so ist das die Schuld des Magdeburger Gerichts, das Deutschland draußen in der Welt als den Gegensatz eines Rechtsstaates erscheinen ließ. Der Angeklagte hat unter dem frischen Eindruck des Urteils geschrieben, der objektiv sicher beleidigend ist. Aber es fragt sich doch, ob ihm nicht § 193 zur Seite stand. Der Generalstaatsanwalt hat dem Angeklagten das Recht der Kritik ohne weiteres zuerkannt. Die Vorstellung, die den Angeklagten zu seiner Handlungsweise veranlaßte, war die, daß das höchste Gut des Volkes angefahrt war. In diesem Falle, in dem die höchsten Ideale des Volkes auf dem Spiele standen, hatte der Angeklagte das Recht, in dem Urteil

eine Herausforderung der Republik

zu erkennen, der sein Herz nun einmal gehört. Jeder Schriftsteller und Künstler muß sich eine Kritik an seinem Werke gefallen lassen und dem Kritiker nicht das Recht des § 193 zur Seite. Dadurch will ich nicht gesagt haben, daß das Urteil des Magdeburger Schöffengerichts etwa eine wissenschaftliche oder künstlerische Arbeit gewesen ist. (Heiterkeit im ganzen Saale.) Jeder Bürger muß das Recht haben, Kritik zu üben an der Rechtsprechung, schon aus dem Grunde, weil das Volk ja immer mehr zur Rechtsprechung herangezogen wird. In einem demokratischen Staat muß der Bürger auch das Recht haben, an der Justiz zu den Urteilen Kritik zu üben. Das Gericht hat hier zu prüfen, ob die Bekleidungen in dem Urteil lediglich formale Natur sind, oder ob der ganze Inhalt beleidigend ist. Der Angeklagte hatte den Eindruck, daß das Magdeburger Urteil von Parteipolitis getragen war, daß die Richter eine bestimmt gefärbte Brille auf hatten und daß sie sich mit dem neuen System nicht befrieden könnten. Die Magdeburger Richter haben es nicht verstanden, daß einem Menschen um so höhere Anerkennung zu zollen ist,

wenn er aus der Tiefe in die höchsten Höhen steigt, als wenn dies einem Mann gelingt, der durch Geburt und Erziehung besondere Chancen besitzt. Der Angeklagte hat sich mit hohem Mut auch heute wieder zu seinen Worten bekannt. Der Angeklagte wußte, daß man ihm nach dieser Stellungnahme ins Gefängnis zu bringen versuchen werde, doch wie das Urteil auch immer ausgebe, seine Freiheit vernichtet sei. Gleichermaßen wie er es in den Abgrund zu springen, der ihn verschlingen würde.

Landgerichtsdirektor Kroner sagte im Schlußwort: Es ist richtig, daß bei der Niederschrift des Artikels mir die Personen der Magdeburger Richter und meine eigene Person ganz nebeneinander waren. Ich habe mich nur als das Instrument gefühlt. Ich habe es als meine Aufgabe betrachtet, für die höchsten Belange von Volk und Vaterland und besonders auch des Richtertums einzutreten. Deshalb glaube ich, auch für mich meine Freisprechung beantragen zu dürfen.

Das Urteil.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil: Das die angeklagten Verurteilungen des Landgerichtsdirektors Bawersdorff in Stöcknitz betreffen, so mögen sie wahr oder falsch sein. In der Urteilstafel in der vorliegenden Sache können sie überhaupt nicht in Betracht kommen. Gegen den Landgerichtsrat Schulz lag nach dieser Richtung überhaupt nichts vor. Das Gericht hat ausdrücklich die Motive geprüft, die den Angeklagten zu seiner Handlung veranlaßten. So hat das Gericht angenommen, daß der Angeklagte im Ufselft gehandelt hat, hingerichtet von politischer Leidenschaft, und es hat ihm deshalb zu einer Geldstrafe von 3000 Mark oder je 1 Tag Haft für je 60 Mark verurteilt. Den Nebenkläger wird die Genehmigung der Veröffentlichung des Urteils in der "Vorläufigen Zeitung", der "Deutschen Richterzeitung" und der "Magdeburgischen Zeitung" erteilt. —

Der falsche Angeklagte.

Beim Landgerichtsdirektor Kroner den gegen den Reichspräsidenten in dem Magdeburger Urteil erhobenen Vorwurf des Landesverrats als eine jammerhölle, schamlose, feige, verächtliche Konfusion gegenüber dem Träger der Würde Deutschlands" bezeichnet, ist damit noch nicht gezeigt, daß diese Worte sich un-

mittelbar auch gegen die Person der Richter wenden, die dieses Urteil gefällt haben. Lediglich die Schlufzfolgerung als solche, der Angriff gegen die Persönlichkeit des Reichspräsidenten wird mit aller Schärfe zurückgewiesen. Die Person der Richter wurde in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnt. Wenn der deutsche Philosoph Schopenhauer einmal von "ruchlosem Optimismus" spricht, so sagt er damit doch noch nicht, daß alle Optimisten ruchlos sind; lediglich eine Geistesrichtung als solche soll mit aller Schärfe bekämpft werden. Ähnlich ist auch der Aussatz von Kroner aufzufassen.

Es lag daher meines Erachtens kein Anlaß vor, im öffentlichen Interesse Anklage gegen diesen hochverdienten Mann zu erheben. Gewiß läßt sich nicht leugnen, daß Kroners Artikel außerordentlich scharf ist. Er sagt, daß Richter eines Freistaats, die ein solches Urteil fällen, sich selbst insamieren, und darin liegt allerdings ein scharfer Angriff gegen die Magdeburger Richter. Daß aber Kroner hierbei die Absicht der Beleidigung gehabt hätte, erscheint ausgeschlossen, vielmehr hält sich dieser Angriff durchaus innerhalb der wissenschaftlichen Ausführungen jenes Urteils. Wenn Kroner glaubte, so scharfe Worte wählen zu sollen, so offensichtlich nur deshalb, weil er die Empfindung hatte, daß hier die Ehre des höchsten Repräsentanten des Deutschen Reiches und daher das Ansehen des Deutschen Reiches selbst, aus dem Spiele stehe. Unter diesen Umständen glaubte er, daß gegenüber einem bei jedem Angriff auf den Repräsentanten des Deutschen Reiches auch eine möglichst scharfe Abwehr erfolgen müsse, und darum geht es meiner Überzeugung nach fehl, wenn man gegen Kroner heute ein derartiges Strafverfahren entfesselt.

Wie rechtlich denkende Männer über das Urteil der Magdeburger Richter denken, beweisen die Ausführungen eines der höchsten preußischen Richter, des Senatspräsidenten beim Kammergericht Dr. Großmann, in der Morgenauflage des "Berliner Tageblattes" vom 18. Januar 1925. Dort heißt es:

Es ist tief bedauerlich, daß in der Fülle dieser Kundgebungen die große Fakultät der Preußischen Richterbereitschaft, der die beiden an dem Magdeburger Urteil beteiligten Richter angehören. Denn gerade wir preußischen Richter müssen es mit brennender Scham empfinden, daß zwei Kollegen aus unserer Reihen an diesem unerträglichen Spruch mitgewirkt haben. Waren die beiden Richter oder war einer von ihnen anderer Ansicht, als sie in den Urteilsgründen zum Ausdruck gekommen ist, so war es nicht nur um seine willen, sondern auch um die Richterstandes willen sein Recht und seine Pflicht, deutlich zu erklären, daß er der unverantwortlichen Begründung weder zugestimmt habe noch zustimme; denn es gibt höhere Interessen als das Gerichtsgeheimnis, und ein solches höheres Interesse ist in besonderen Fällen auch die fiktive Verantwortlichkeit seitens des Richters. (Reichsgericht, Entscheidungen in Zivilsachen, Band 89, Seite 17). Waren sie aber oder war einer von ihnen wirklich so grenzenlos besangen, daß er Friedrich Ebert für fähig hielt, einen Landesverrat begangen zu haben, und das deutsche Volk für fähig, ihn dennoch zum Reichspräsidenten zu wählen und als solcher Zuhörer hindurch zu dulden, so ist es schwer zu verstehen, wie sie es dann mit ihrem eigenen Gewissen zu vereinigen vermochten, Beamte eines solchen Landes zu bleiben, das Gehalt einer solchen Republik weiter zu bezeichnen und aus dem das deutsche Volk herabsehenden Schmach zu ziehen, sich in einem Verfahren, in dem es um die Ehre dieses Volkes ging, selbst für besangen zu ersäufen. Schon pflichtigt der preußische Richter aber war und ist es, weil an diesem Magdeburger Urteil und von den beiden an ihm beteiligten Kollegen absurden, daß das Urteil gegen berechtigte Kritik in Taten zu nehmen. Auf die Schlußrede, die aus der für den Fernerliebenden schwer begreiflichen entgegengesetzten Haltung des Preußischen Richterbereins zu ziehen sind, wird bei anderer Gelegenheit zurückzukommen sein. Hier sei nur noch abhängig gefragt, daß das Ehrentuch des deutschen Reichspräsidenten rein geblieben ist, daß aber leider nicht dasselbe gilt vom Schenktheile deutscher Justiz.

Kleines Feuilleton.

Goethe und Charlotte von Stein.

Die rein menschliche Persönlichkeit berühmter Männer wird von der Kultur mit beiderlei lebhafter Teilnahme betrachtet. Im Mittelpunkt solcher Durchsicht steht nicht immer wieder das Verhältnis dieser Männer zu den Frauen. In ihren Beziehungen zu den Frauen kommt das Femininum großer Männer am reisten und dionisiaca zum Ausdruck, und diese Beziehungen bieten auch wegen der Romantiziertheit der Zeitung, die sie für den Charakter großer Männer ausspielen, den reizvollen Stoff für die Legendenbildung. Am häufigsten prägen sie die Beziehungen zu den Frauen im Leben und Werk großer Männer, und hier wiederum kommt es wiederum bei jeder Begegnung zwischen Persönlichkeit und Schöpfer Goethes eine herausragende Erzählung ein.

Einmal haben in großer Zahl und Persönlichkeit den Schöpfer Goethes begleitet und sein Schaffen beeinflußt. Eine unter ihnen aber hat für seinen größten Erfolg eine so hohe Bedeutung erlangt wie Charlotte von Stein. Von seiner Niederwerfung nach Weimar in der Nähe der heutigen Rothe des 15. Jahrhunderts an bis zu jenseit etwa ein Dutzend Jahre später angekommenen Reise, nach der sein Liebesverbot mit Charlotte von Salvius, seiner jüngsten Frau, begann, hielt Goethe völlig im Schatten Charlottes von Stein. Diese beiden stellten die treulose und ausgelöschtendsten für seine menschliche und künstlerische Entwicklung dar. Ihre beiden jungen Freuden in dieser Zeit bestätigten beide erst später ihre endgültige Vollendung, aber ihnen allen, vor allem der schöpferischen und dem Faust. In das Schreiben von Goethes Schicksal mit Charlotte von Stein eingearbeitet. Dasselbe zieht die zahlreichen Briefe aus diesen Jahren, in denen die herzliche Liebe Goethes an Charlotte bestand.

Das Schicksal des Schreibers von Stein und die Art ihrer Beziehungen zu Goethe sind von der Literaturgeschichte ebenfalls untersucht worden. Die idyllische, heilige und anziehende Seele ihres Schöpfers zu Goethe und seiner Sünderin aus Sicht und seiner Beziehung mit Charlotte bei vielen Schriftstellern zum Trotz gebaut. Charlotte für eine Frau zu erläutern, die Goethe unbedingt genannt und von ihm überredigt werden ist. In dieser vorzülichen, ungetrennten Verbindung offenbart sich jedoch Hubbard gegenüber der beiden gemeinsamen Beziehung, die Goethe von Charlotte erwartet hat, als auch eine Verbindung von Charlotte ganzem Schreiben und einer offizielle Bezeichnung von Goethes eigenen Schreiben. Es ist einer ganz bescheiden geblieben, die exponierte Sicherungsgröße der Charlotte von Stein unter gewissem Zwischenraum mit überzeugendem historischen Praktizismus und konkreten Zeiträumen, aber nicht einzigen Sicherungsgröße, nachzu-

zeichnen. Dieser gebliebene Versuch einer Rechtfertigung liegt uns vor in der Schilderung mit dem bezeichneten Titel "Das Maritrium der Charlotte von Stein" von Dr. Baudissé (G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart und Berlin).

Charlotte von Stein — das darf nicht vergessen werden — ist sieben Jahre älter als Goethe gewesen. Von Natur kühn, unruhig, beherrschend und maßvoll, in engen gesellschaftlichen Fesseln und verworrenem Zustand gebunden, in einer Vernünftiche leidenschaftliches dahinlebend, von häuslichen und mütterlichen Sorgen bedrängt, tritt sie dem jungen Brautepos Goethe als reise Dame der Aristoletie entgegen. Ihre bezaubernde Lärm und fröhliche Würde in Verbindung mit ihrer hohen geistigen und gesellschaftlichen Rauheit und Goethes Feuerseele bilden die gegenüberliegenden Anziehungspunkte und führen über eine jahrelange Seelenfreundschaft schließlich naturgemäß zu einer durch staunende dienstliche und örtliche Zeugnisse Goethes bestätigten zeitlosen Eingabe der beiden Personen aneinander. Daraus kommt nach Jahren höchsten Liebesglücks jäh die Abfahrt Goethes von Charlotte und seine Reise für ein ungebildetes, im lediglich flüchtig reisenden Raden. Charlotte und Goethe diesen Freunden mit Gedächtnis erinnern, so wäre sie nicht der Mensch und besonders nicht das Werk gewesen, das Goethe gerade in ihr betrachtet.

Charlotte hat Goethe ihr ganzes Leben geschenkt. Sie ist sie nur eine, wenn auch ungemein bedeutungsvolle, Geliebte gewesen. Als er den Liebesknot löste, dem er doch schon eine öffentliche Legitimierung, also einen dauernden Besitz, gewünscht hatte, gab er ihr in jährem verhülltem Egoismus und wenig raffiniert zu verstehen, daß sie als geworden, während er jung geblieben ist. Charlotte mußte sich wie verbannt und weggeworfen, in ihrem Vertrauen schamlos geäußert, fühlen. Sie kann allen Grund zu gerechter Empörung, und die nervenzermürbende Art des Wechselsatzes, die nun über ihren ohnmächtigen Körper hereinbricht, läßt den Überschwang ihres Zornes begreiflich erscheinen.

Goethe selbst hat in ehrlichem Schuldbewußtsein und im Gefühl seiner ewigen menschlichen Verbindlichkeit mit Charlotte über das heilige Band zwischen ihnen erneuert. So finden wir die beiden in den Zeiten ihres Ehezwecks wieder zusammen, der befrüchtenden Harmonie inniger Zusammengeschöpf. Und die Weltweit mag Goethers von Stein in dankbarer Liebe als der Frau gedenken, von der Goethes umfassendes Menschen- und Günterium keine jämische Scherzenmüdigung erfahren hat.

Dr. Wilhelm Bolze.

Centraltheater. Die Zukunft im Zigeunerbaron ist, daß um den als Novum erachteten Hans Wilhelm

In demselben Sinne hat Geheimer Justizrat Heinrich, der Vorsitzende der Berliner Unterkammer, erklärt, daß er „dem Urteil des Magdeburger Gerichts und seiner gestellten Begründung nicht nur verständnislos, sondern tiefschämt gegenübertrete“, und der berühmte Nationalökonom Lujo Brentano schreibt:

Das Magdeburger Urteil hat mich gleich hunderttausenden rechtlich Denkenden mit Entrüstung und tiefer Scham über die Verblendung vieler Deutscher erfüllt.

Führende deutsche Rechtsgelehrte wie Ulrich, Graf zu Dohna, Dahl, Blume, Mendelsohn, Bartholdy haben das Urteil in einer gemeinsamen Erklärung als „unverständlich“ bezeichnet.

Es läßt sich nicht verneinen, daß alle diese Auseinandersetzungen sachlich gleichfalls schwere Vorwürfe enthalten. Denn es bedeutet allerdings einen schweren Vorwurf gegen ein Gericht, wenn von ihm die ersten Männer der Wissenschaft behaupten, daß es in einer Sache, die die Ehre und das Ansehen des Deutschen Reiches betrifft, ein absurdes undlich gesetzte Urteil gefällt habe.

Unter diesen Umständen halte ich es daher auch nicht ungerechtfertigt, wenn man den Artikel des Landgerichtsdirektors Kroner herausgriff und ihn zum Anlaß einer Offizialverfahren macht. Mag dieser Artikel in der That auch nicht immer glücklich sein, sachlich besagt er doch nichts anderes als das, was von anderer Seite, und zwar von den glänzendsten Männern der deutschen Wissenschaft mit aller Nachdruck zum Ausdruck gebracht worden ist.

Hätte sich der Vorfall nicht in republikanischer Zeit, sondern in wilhelminischer Zeit in Deutschland eignet, hätte etwa damals ein deutscher Richter in einer Urteilsprache gewagt, einen Vorwurf gegen Wilhelm II. zu erheben, weil dieser Staatsgeheimnis in leichtfertiger Weise seinen Verwandten in London oder Petersburg preisgegeben hätte, so hätte man einen solchen Richter nicht nur binnen einer Woche vom Amt suspendiert, sondern man hätte ihn außerdem wegen Majestätsbeleidigung vor den Strafgericht gezogen. Daß man aber im heutigen Deutschland nicht gegen den Richter vorgeht, der den Repräsentanten des Deutschen Reiches ohne Spur einer juristisch haltbaren Begründung des Hochverrats zeigt, sondern gegen den Kollegen, der sich hiergegen in einer, wenn auch vielleicht überjährligen, Kritik wendet, ist charakteristisch für die Schwäche des Staatsgedankens in unserer Republik. Rechtsanwalt Dr. Ernst Emil Zweiber.

Bölkisch-kommunistische Einheitsfront.

Als am Mittwoch nachmittag die Abgeordneten zum Reichstag gingen, wo die zweite Beratung des Haushalt des Reichsarbeitsministeriums fortgesetzt wurde, bot sich ihnen vor den Toren des Hauses ein erschütternder Anblick: Hunderte von ausgemergelten und verkrüppelten Arbeitern in validen füllten die breite Straße. Der Bölkischvertreter zu zeigen, wie furchtbare die Not der Opfer der Arbeit ist und wie dringend sie nach Abhilfe ruft.

Im Sitzungssaal gab es zunächst einige Stunden ruhig angehörter Reden, bis der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Kramann dem allzu vorhastig um die politischen Fragen des Achtstundentages und der Ratifizierung des Washingtons Abkommens herumirenden Arbeitsminister auf den Leib rückte, und gleichzeitig mit dem reaktionären Großindustriellen Lönn und Lönn abrechnete.

Da vereinigten sich ein Dutzend Kommunisten zwischenreuter in ihrem Haß gegen die freien Gewerkschaften mit den Reaktionären auf der Rechten. Das übliche Bild; die völkisch-kommunistische Einheitsfront vor hergestellt. Die Kommunisten erbrachten wieder einmal den Vo-

zu entlasten, Herrn Oskar Kretzschmar übertragen, der die Partei im Berliner Großen Schauspielhaus bereits gejungen hat. Dr. Götze ist eine sehr vorteilhafte Bühnenercheinung, bewegt und gewandt und ungezwungen und hat sich dem Ensemble mit Routine eines sicheren Darstellers angepaßt. Sein dramatische Organe hat Heldenporträts und übertrahlt das ideale vermeidliche durchgängige Porträt des Orchesters. Mit dieser Aufführung hat das Nationaltheater einen guten Griff geraten, der gleicher mit der Leibeszeitung der Arbeiterpartei durchgeführt. Stephan Schröder ist schon früher von uns günstig beurteilt worden. Sie führte ihre Partie mit Geist und Grazie durch und gab der Partie der hochfahrenden Arbeiter eine angenehme Farbung. Das gut besuchte Haus den Darstellern der größeren Partien vielen Beifall.

Die "Journalisten" als Plagiat. Schon zu Lebzeiten Dr. Dichters wurde die Behauptung aufgestellt, der enigmatische "Journalist" einem 1806 im Druck erschienenen gleichnamigen Journalist, Entwicklungen in Zivilsachen, Band 89, Seite 17. Waren sie aber oder war einer von ihnen wirklich so grenzenlos besangen, daß er Friedrich Ebert für fähig hielt, einen Landesverrat begangen zu haben, und das deutsche Volk für fähig, ihn dennoch zum Reichspräsidenten zu wählen und als solcher Zuhörer hindurch zu dulden, so ist es schwer zu verstehen, wie sie es dann mit ihrem eigenen Gewissen zu vereinigen vermochten, Beamte eines solchen Landes zu bleiben, das Gehalt einer solchen Republik weiter zu bezeichnen und aus dem das deutsche Volk herabsehenden Schmach zu ziehen, sich in einem Verfahren, in dem es um die Ehre dieses Volkes ging, selbst für besangen zu ersäufen. Schon pflichtigt der preußische Richter aber war und ist es, weil an diesem Magdeburger Urteil und von den beiden an ihm beteiligten Kollegen absurden, daß das Urteil gegen berechtigte Kritik in Taten zu nehmen. Auf die Schlußrede, die aus der für den Fernerliebenden schwer begreiflichen entgegengesetzten Haltung des Preußischen Richterbereins zu ziehen sind, wird bei anderer Gelegenheit zurückzukommen sein. Hier sei nur noch abhängig gefragt, daß das Ehrentuch des deutschen Reichspräsidenten rein geblieben ist, daß aber leider nicht dasselbe gilt vom Schenktheile deutscher Justiz.

Entdeckung eines neuen Pharaonenengrabs? Im Laufe der Ausgrabungsarbeiten in der Nähe von Dachur, einige Kilometer südlich von Saqqarah, hat man der "Times" zufolge ein Steinfragment gefunden, von dem es eine eine Kultur an die Priester des Pharaos Scheschauf darstellt. Dieser Priester war der letzte König der 4. Dynastie (aus Memphis, der 2340 bis 2680 regierte) und der unmittelbare Nachfolger des Pharaos Menkara (Mykerinos), dessen Pyramide die kleinste der drei Pyramiden von Gizeh ist, die sämtlich aus der 4. Dynastie stammen. Das Fragment wird als Beweis dafür angesehen, daß man das lange gesuchte Grab des Pharaos Scheschauf gefunden hat. Die betreffenden Kästen wurden schon sofort als "Grab des Pharaos" bezeichnet. —

Der Besoldungsstandal.

Es grollt und wühlt in der Tiefe. Durch die ganze Arbeitnehmerschaft Deutschlands geht eine Welle der Empörung über die geradezu beispiellose parteiische Haltung des Reichsfinanzministeriums unter der Führung von Luther und Schlieben gegenüber den Arbeitnehmern. Man muß sich einmal recht deutlich die zwei Gesichter des Reichsfinanzministeriums ansehen, um den Ekel und die Erregung der Beamten und Arbeiter zu verstehen. Das eine Gesicht voll von Wohlwollen für die Industriherren, das andre voll von brutaler, fälscheriger Abschöpfung gegenüber den Beamten und Arbeitern. Man braucht nur zurückzublicken auf die Besoldungspolitik des Reichsfinanzministeriums im Laufe des vergangenen Jahres, und man wird sofort begreifen, daß das Reichsfinanzministerium systematisch darauf ausging, die Front der Arbeitnehmer zu spalten, zu verwirren und zu schwächen, nun nicht nur die Beamten und Arbeiter der Länder und des Reiches, sondern die gesamte Arbeitnehmerschaft müßte und dem Lohnstück des Kapitals gegenüber kampfunfähig zu machen.

Im November 1923, also just um die Zeit, wo die Stresemann und Luther mit dem Gedanken umgingen, den Ruhrindustriellen 715 Millionen zu schenken, da erklärte der damalige Ministerialdirektor und jetzige Reichsfinanzminister v. Schlieben bei den Lohn- und Besoldungsverhandlungen im Ministerium:

für die Reichs- und Staatsarbeiter, Angestellten und Beamten gibt es jetzt nur noch zwei Möglichkeiten, entweder zu verhungern, oder für eine vorübergehende Zeit zu hungern — mindestens so lange zu hungern, bis wir in Deutschland wieder zu geordneten Wirtschafts- und sozialen Finanzverhältnissen gekommen sind. Jetzt kann es sich nicht darum handeln, die Löhne und Gehalte nach den Bedürfnissen der Einwohner festzusetzen oder gar die Lebenshaltungs-Ziffern zugrunde zu legen, sondern nur noch um die der Reichsregierung zur Verfügung stehenden Mittel; und diese sind sehr gering.

Schlieben malte die Zukunft grau in grau und er malte sie nicht nur so, sondern er sorgte durch seine Besoldungspolitik dafür, daß die Wirklichkeit seinem Bild entsprach.

Als im November 1923 die Umstellung der Löhne und Gehalte auf Rentenmark erfolgte, da erklärte das Reichsfinanzministerium plötzlich, Arbeiter und Beamte müssen wieder verschieden behandelt, die Staatsarbeiter müßten wieder mit den Arbeitern der Privatindustrie (Metallindustrie) gleichgestellt werden. Das war ein weitgehendes Zugeständnis an die Arbeitgeber der Privatindustrie und bedeutete das Auseinanderreissen der Arbeiter und Beamten, um die Schlagkraft der Arbeitnehmerorganisationen zu schwächen. Außer dem Bunde für höhere Beamte kam auch der Deutsche Beamtenbund dem Schachzug Schließens entgegen. Die Quittung für diese Dummheit erhielten die Beamten des Deutschen Beamtenbundes später.

Die Lage der Reichsarbeiter wurde ferner infolge verschlechtert, als Deutschland in drei Wirtschaftsgebiete eingeteilt wurde, während die fünf Ortsklassen bestehen blieben, so daß eine ungeheure Unterschiedigkeit der Löhne entstand. Bei den Beamten blieben die seitherigen fünf Ortsklassen ohne Wirtschaftsgebiete. Diese Trennung brachte sehr schnell den Arbeitern, besonders denen im Wirtschaftsgebiet I (Ostdeutschland) eine Kürzung ihrer Bezüge gegenüber den bis dahin mit ihnen vergleichbaren Beamten. Der nächste Streich des Ministeriums bestand in der

Erweiterung der Spannung

zwischen den gelernten und ungelernten Arbeitern. Gegen eine gewisse Auseinandersetzung der beiden Lohngruppen hatten auch die Arbeitnehmer nichts einzubringen, was aber das Reichsfinanzministerium sich leistete, bedeutete einfach die Auslieferung der ungelernten Arbeiter an den Hungertod.

Ein Beispiel: Es erhielt im Oktoberdurchschnitt pro Woche in Ortsklasse A ein 25jähriger angelernter Arbeiter 46 Pfennig, und der ungelernte Arbeiter 82 Pfennig weniger als der Handwerker. Im Dezember dagegen erhielt der angelernte Arbeiter pro Woche 2,82 Mark und der ungelernte Arbeiter 4,42 Mark weniger als der Handwerker. Die Folge war Mifmut und Verärgerung in den einzelnen Arbeitergruppen; aber das war dem Reichsfinanzministerium schnuppe, und hartnäckig wies es alle Versuche der Organisationen zur Beseitigung der Ungerechtigkeit zurück. So die Sache wurde noch schlimmer, und man kann sagen, daß es heute in Deutschland kaum nennenswerte Arbeiterkategorien gibt, wo das Spannungsverhältnis zwischen den Gelernten und Ungelernten so enorm ist, wie bei den Reichsarbeiterlöhnen. Der dritte Streich des Reichsfinanzministeriums wurde geführt zur

Heraabdrückung der Löhne der Reichsarbeiter,

und zwar besonders der Löhne der unteren Gruppen. Sie betragen gegenwärtig in Ortsklasse A, Wirtschaftsgebiet I, für den Handwerker 25,92 Mark pro Woche, für den angelernten Arbeiter 22,14 Mark, für den ungelernten Arbeiter 21,06 Mark. Im Wirtschaftsgebiet II: 30,28 Mark, 24,30 Mark und 22,68 Mark; im Wirtschaftsgebiet III: 32,94 Mark, 25,92 Mark und 24,30 Mark. Auch bei Einzurechnung der Sozialzulagen, die für Frau und Kind 3 Pfennig pro Stunde betragen, vollkommen unzulängliche Löhne!

Dazu kommt, daß man in der gleichen Zeit, wo gerade die oberen Beamten mit erheblichen Zulagen bedacht wurden, die Reichsarbeiter gegenüber den vergleichbaren Beamten besonders schlecht behandelte. In Prozenten ausgedrückt, gestaltet sich das Verhältnis so, daß die Gehaltserhöhung der vergleichbaren Beamten im Jahre 1924 zwischen 70 und 80 Prozent beträgt, diejenige des Arbeiterlohnes

dagegen nur zwischen 30 und 40 Prozent. Die Reichsarbeiter, die oftmals die gleiche Arbeit leisten müssen wie die vergleichbaren Beamten, gehören heute zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitern.

In vielen Gegenden erreichen die Reichsarbeiter noch nicht einmal die Friedens-Nominallöhne. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß die Beamten etwa zufrieden erhalten; im Gegenteil. Aber die öffentliche Meinung muß auf die erbärmlichen Löhne der Reichs- und Staatsarbeiter einmal deutlich hingewiesen werden. Einzelne Freistaaten, wie Sachsen, Preußen u. a., haben deshalb auch den Skandal nicht länger mit ansehen können und sind dazu übergegangen, ihren Arbeitern etwas höhere Löhne zu gewähren.

Der Reichstag muß so bald wie möglich einmal in den Besoldungsstandal des Reichsfinanzministeriums gründlich hineinleuchten. Dem neuen Reichsfinanzminister muß von der Reichstagtribüne herab klargemacht werden, daß er nicht dazu da ist, lediglich alle Wünsche der Unternehmer restlos zu befriedigen. Schlieben muß an sein Wort vom November 1923 erinnert werden, als er sagte, er sei bereit, eine nachträgliche Revision der Lohn- und Gehaltssätze vorzunehmen, sobald es die Finanzverhältnisse erlauben. Der Wechsel des Herrn Ministerialdirektors muß jetzt vom Reichsfinanzminister eingelöst werden; er ist längst fällig, überfällig! —

Heilmann und Barmat.

Vorsitzender Dr. Leidig eröffnet die Sitzung des preußischen Untersuchungsausschusses am Mittwoch um 10 Uhr 15 Minuten. Der Ausschuß tritt in die Vernehmung des Zeugen Heilmann ein. Vorsitzender Dr. Leidig fragt, ob Barmat mit Heilmann auch über seine Beziehungen zur Staatsbank gesprochen habe, die bis zum Jahre 1923 zurückgehen.

Heilmann entgegnet, er habe seit 1923 gewußt, daß Barmat in irgendwelchen Beziehungen zur Staatsbank stand. Einzelheiten habe er bis zum 8. Dezember 1924 nicht erfahren. Damals hätte die „Rote Fahne“ allerlei Enthüllungen gebracht, und er habe daher Barmat um Aufschluß gebeten. Barmat habe ihm sehr eingehend dargelegt, wie er die Dinge sah.

Dr. Leidig: Waren Sie auch in dieser Art Ehrenhaft und ehrlich?

Heilmann: Diese Beraterenschaft ist im Laufe der Jahre in dem Maße verlorengangen, als sich das Unternehmen erweiterte.

Vorsitzender Dr. Leidig gibt dann den Vorfall an Dr. Decrberg ab, da er eine Vereinbarung mit dem Vorsitzenden des Reichstagsuntersuchungsausschusses Saenger vereinbart habe, damit die beiden Ausschüsse nicht gegeneinander arbeiten.

Der Kommunist Stolt richtet nun eine Reihe von

Fragen an Heilmann.

Er erinnert an die Papierlieferungen an den Rotterdamer „Vorwaarts“ und fragt, ob Heilmann bekannt sei, daß gerade in dieser Zeit die deutsche Arbeiterpresse außerordentlich unter dem Papiermangel litt.

Heilmann gibt das zu, erwähnt aber, daß er mit der Ausführbewilligung nichts zu tun gehabt habe.

Stolt fragt dann weiter, ob Heilmann davon etwas bekannt sei, daß die Erlebniskarte des Generalkommandos Lüttwitz, die Barmat besaß, und ob diese Vermittlung durch den Parteigenossen, dem damaligen Oberkommandierenden Roske zustande gekommen sei, ferner ob, wie der frühere Adjutant der Berliner Kommandantur Fischer in seinen Erinnerungen erzählt, von Holländischer Seite einmal Geld zur Verfügung gestellt wurde, um die spartakistische Bewegung zu unterdrücken, und ob Barmat dieser Geldgeber gewesen sei.

Heilmann erwidert auf diese Fragen, daß Barmat seines Wissens Roske niemals gesehen oder gesprochen hat und daß er, Heilmann, selbst in dieser Angelegenheit nicht mitwirkt habe, da er Barmat erst später kennenlernte. Zur zweiten Frage glaubt Heilmann feststellen zu können, daß Barmat Fischer niemals einen Pfennig zur Verfügung gestellt habe.

Stolt richtet ferner die Frage an Heilmann, ob der verstorbene Abg. Krüger niemals die geringste Entschädigung von Barmat erhalten hat.

Heilmann bemerkt dazu, daß für das „Köpenicker Volksblatt“ 1000 Mark gegeben wurden und daß darüber ordnungsmäßig quittiert ist.

Dann fragt Stolt, ob Heilmann seine juristischen Kenntnisse in der Steuerangelegenheit Barmats aufgeboten habe.

Heilmann: Gesprächsweise habe er gehört, daß Barmat auf dem Standpunkt stand, daß er seinen Wohnsitz in Amsterdam habe und persönlich in Deutschland nicht steuerpflichtig sei. Die Steuern seien von der „Amerima“ in Berlin gezahlt worden.

Abg. Stolt (Komm.) will wissen, ob außer Ober junior auch Wels junior in einem Barmat-Unternehmen tätig gewesen sei.

Heilmann verneint letzteres, Walter Wels sei Privatselbstreiß bei Barmat gewesen.

Barmat in London.

Abg. Stolt (Komm.): Ist dem Zeugen Heilmann bekannt, daß der Abg. Wels im Jahre 1924 Barmat von Berlin aus als Kurier an den damaligen Premierminister und Sozialdemokraten Macdonald geschickt hat, um Barmat auf diese Weise in englischen Kreisen einzuführen?

Abg. Heilmann: Wels hat Barmat, mit einem Privatbrief beziehen, im Jahre 1924 zu Macdonald geschickt. In dem Brief erinnerte Wels Macdonald daran, daß Macdonald den Barmat in derselben Zeit kennengelernt habe, in der Herr Wels mit ihm zusammenkam. Weiter ging Barmat mit einem inoffiziellen Auftrag des Reichspostministers nach London, um mit der damaligen englischen Regierung über eine Linderung des Postabrechnungsverkehrs zu verhandeln. Diese Verhandlungen waren von Erfolg gekrönt. Natürlich hat Barmat als Kaufmann derartige Aktionen nicht lediglich aus Eitelkeit und Gemeinnützigkeit übernommen, sondern er hat selbstverständlich dabei stets seine geschäftlichen Ziele im Auge gehabt.

Auf weitere Fragen des Abg. Stolt (Komm.) antwortet Heilmann, daß der sozialdemokratische Abgeordnete Kultner weder für Barmat-Unternehmungen noch für Barmat-Blätter tätig gewesen sei. Solange Barmat Lebensmittelläufe tätigte, habe er niemals einen Reichs- oder Staatskredit gehabt. Der erste Kredit sei 1922 von der Reichsbank gegeben worden. Das endete, als die Beziehungen mit der Staatsbank angingen. Spekulativer Kaufe in Mark habe Barmat nie gemacht. Markläufe dienen nur dem Zweck der Einführung für neue Lebensmittelanläufe, da dazu Valuta nötig war. Daß eine Quittung Koenens über 5000 Mark existiert habe, sei sicher. Am übrigen bemerkte Heilmann über die Verbindung Koenens mit Barmat, daß Koenens eines Abends Barmat aufgefordert habe, nach „Adlon“ zu kommen, um mit Krafft wegen Anknüpfung von Geschäftsvorbindungen mit England zu sprechen. Auf Heilmanns Anraten, der davon warnte, die Vermittlung Koenens anzunehmen, habe Barmat abgelehnt.

Barmat und die Sozialdemokratie.

Vors. Deerberg stellt an Heilmann die Frage, ob irgendwelche finanziellen Beziehungen zwischen Barmat und der Sozialdemokratischen Partei bestanden haben.

Abg. Heilmann erwidert darauf, daß Barmat nie in als der Partei oder Genossen irgendwelche Summen zur Verfügung gestellt habe, ohne sich vorher mit ihm, Heilmann, ins Benehmen zu setzen. Heilmann gibt zu, daß die 15 000 Mark, die an das Köpenicker Blatt gegeben wurden, von Barmat stammen. Weiter habe Barmat anlässlich der Dezemberwahl 1924 auf seine Veranlassung hin, da angeblich der vorangegangenen Wahlwahlen es um die Parteikasse nicht mit dem besten bestellt war, die Summe von 20 000 Mark zur Verfügung gestellt. Abgesehen von diesen größeren Beträgen habe Barmat nur hin und wieder kleinere Beträge gegeben, die aber nur in die Hunderte von Mark gingen und zwar in Fällen, wenn irgendwelche Parteisekretariate sich wegen Geldverlegenheit an Barmat wandten oder wenn einzelne Parteigenossen durch Krankheit in der Familie oder

durch Stellenlosigkeit in Not geraten waren.

Heilmann schätzt die gesamten Aufwendungen, die Barmat in einem Zeitraum von sechs Jahren an die Partei gab, auf höchstens etwa 50 000 Mark. Weiter habe Barmat auf eine Anregung des Ministers Schwarz in der Sitzung von Koenen i. Co. aus seinen Mitteln ein Kindheim errichtet, das ungefähr 25 Kinder beherberge und ausschließlich unter der Verwaltung sächsischer Behörden stehe. Weiter sei ihm über diese Angelegenheit nichts bekannt.

Abg. Deerberg (dt.-natl.): Wissen Sie etwas über die Finanzbeziehungen zwischen Barmat und dem Reichsbanner Schwarz-Nof-Gold?

Abg. Heilmann (Sog.): Barmat hat dem Reichsbanner niemals Geld zur Verfügung gestellt; das Reichsbanner hat auch niemals um Unterstützung durch Barmat gebeten.

Abg. Deerberg: Ist Ihnen etwas über die Geschäftsbeziehungen zwischen Barmat und dem Reichsbanner a. D. Bauer bekannt?

Abg. Heilmann: Reichslandrat a. D. Bauer hat mit Barmat häufig auch über Geschäfte gesprochen. Ob und wieviel daraus Geschäftsbeziehungen entstanden sind, ist mir nicht bekannt.

Der Kriminalkommissar.

Abg. Kausholz (dt.-natl.) beantragt sodann, den Kriminalkommissar Klinchammer als Zeugen zu laden, der über die gegen Barmat früher erstatteten Anzeigen Auskunft geben soll. Seine politischen Freunde vertreten den Standpunkt, daß, wenn diesen Anzeigen seinerzeit nachgegangen worden wäre, die Staatsbank vielleicht nicht in die Lage gekommen wäre, Kredite an Barmat zu geben.

Abg. Rusche (Dem.) erweitert den Antrag Kausholds dahin, daß auch der Präsident des damaligen Landespolizeiamts Fall geladen wird, worauf der Abg. Kausholz seinerseits noch als dritten Zeugen den Kriminalkommissar Wipo zu laden beantragt.

Der Ausschuß beschließt, diese Zeugen heute noch zu vernehmen. —

Auf weitere Fragen erklärt Abg. Heilmann, daß, sobald ihm bekannt sei, sozialdemokratische Organisationen und Gewerkschaften an irgendwelchen Geschäften Barmats niemals beteiligt gewesen sind. Eine Ausnahme davon mache eine Geschäftsbinding Barmats mit dem Leipziger Konsumverein. Heilmann erklärt auf Befragen weiter, daß Barmat von der Gewerkschaftsbank einen Kredit von 300 000 Mark erhielt, der aber bald gespendigt und auch zurückgezahlt wurde. Diese Kreditverbindung habe im übrigen nur sehr kurze Zeit bestanden.

Abg. Dr. Waentig (Sog.) verlangt von Heilmann eine nochmalige eingehende Darlegung des Verhältnisses zwischen

Barmat und J. Roth und Berlin-Burg.

Zeuge Heilmann gibt darauf eine ausführliche Schilderung über die Lage des Barmat-Konzerns im Juni 1924. Barmat besaß damals u. a. die „Amerima“, die Berliner Merkur-Bank, die Altenburger Handelsbank, alles kleinere Unternehmungen, die keinen besondern finanziellen Aufwand für den Betrieb erfordert hätten, selbst dann nicht, wenn der Geschäftsgang ungünstig gewesen wäre. Barmat war damals ferner beteiligt bei Eisen-Mattheis in Magdeburg. Dann wurden die Beziehungen zu J. Roth und Berlin-Burg angeknüpft, und zwar durch die Vermittlung des Oberfinanzrats Hellwig. Sobald sich Heilmann erinnern kann, ist das im Mai 1924 gewesen. Hellwig sei es gewesen, der Barmat zuerst mit dem Inhaber von J. Roth zusammengebracht hat, und darauf sei auch die Beteiligung Barmats am J. Roth-Konzern und bei Berlin-Burg erfolgt, die beide etwa 20 bis 30 große Fabriken in Deutschland, der Tschechoslowakei, Österreich und Holland unterhielten. Diese Unternehmungen seien damals stark überföhrt und ohne jede Betriebsmittel gewesen. Vor der Übernahme durch Barmat hätten diese Firmen, namentlich Berlin-Burg, bereits einen Vertrag abgeschlossen, in dem sie sich mit einer Art Schottfirma zu einem sogenannten Metageschäft über den Verkauf der Maschinen geeinigt hätten, um dadurch neue Mittel zur Betriebsführung zu gewinnen. Dieser Verkauf scheine schon teilweise vor der Übernahme durch Barmat durchgeführt gewesen zu sein. Barmat habe zunächst große Bedenken gehabt, das Risiko einzugehen, und er habe angelegentliche Verhandlungen gepflogen darüber, wieviel Kapital notwendig sei, um alle diese Unternehmungen zu sanieren. Es sei Barmat damals gesagt worden, es handle sich um etwa 1 bis 1½ Millionen Mark. Bereits wenige Wochen nach dem Abschluß des Vertrags habe sich aber herausgestellt, daß

selbst das Zehnfache dieser Summe nicht ausreichte, um die Fabriken wieder aktiv, d. h. überschuffähig zu machen. Man müsse das aber mit Einschränkungen verstehen, denn es seien unter den Fabriken auch solche gewesen, die bereits nach kurzer Investition wieder produktiv arbeiten konnten.

Heilmann erklärt, daß er diese Mitteilungen einem Herrn Wolf verdanke, der von Barmat 6 Wochen vor seiner Verhaftung als Industrieleiter engagiert worden ist, und der die Werke einer Nachprüfung unterzogen hat. Andere Fabriken, wie beispielsweise das Stammwerk Burg und Rostow, hätten jedoch sehr großer Mittel bedurft, um wieder betriebsfähig zu werden. Die Staatsbank habe später keine weiteren Kredite geben wollen, aber sie gab wertvolle Sicherheiten frei, damit Barmat sich andere Kredite beschaffen könne, um die Sanierung von J. Roth und Berlin-Burg zur weiteren Durchführung bringen zu können.

Abg. Deerberg (dt.-natl.) stellt nach dieser Aussage Heilmanns fest, daß also der Zusammenbruch des Barmat-Konzerns dadurch herverursacht wurde, daß Oberfinanzrat Hellwig den Konzern bestimmte, schwer notleidende Gesellschaften im großen Stile zu übernehmen.

Heilmann bemerkt, daß er sich nur dem Urteil eines Versteigerers anschließen könne, der erklärt habe, die Auflösung Heilmanns sei auch die Auflösung der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft habe gesagt, Barmat sei wohl ein Betrüger, aber ein betrogener Betrüger, der durch die J. Roth- und Berlin-Burg-Angelegenheit hineingezogen wurde.

Ein aufgeregter Kriminalkommissar.

Die Frage, wie es zu erklären sei, daß ein so erfahrener Geschäftsmann wie Barmat sich habe täuschen lassen, beantwortet Heilmann mit der Ausführung, Barmat sei ein erfahrener Kaufmann, aber kein Industrieller gewesen. Als am 8. Dezember nach dem Wahlgang Heilmann Barmat gefragt habe, wie es vorstaatlich mit seinem Konzern stehe, habe dieser ihm gesagt, in gerichtlicher Sachverständiger, der Baurat Sab, habe den Wert bei J. Roth und Berlin-Burg auf 75 Millionen Mark fest-

gesellt. Nach der Verhaftung habe er gehört, daß diese Schädigung Heilmann gesagt, daß er diesen Vaurat Sach niemals gehört habe. Heilmann gesagt, daß er diesen Vaurat Sach niemals gehört habe. Auf die Frage, ob er meine, daß Varmat bei diesem Geschäft hincingelegt worden sei, erwiderte Heilmann, eine Beteiligung könne ein schlechtes Geschäft sein, aber nicht jedes schlechte Geschäft ersfüllt den strafrechtlichen Tatbestand.

Befragung des Kriminalkommissars.

Zwischen sind die Kriminalkommissare Klinghammer und Pipo sowie der jetzige Ministerialdirektor Fass erschienen. Der Ausschuß beobachtet, die benannten als Zeugen zu vernehmen und wendet sich zunächst der Befragung des Kriminalkommissars Klinghammers zu, die Klärheit über den im November 1919 erfolgten Zusammenschluß des Abgeordneten Heilmann mit dem Kriminalkommissar Klinghammer bringen soll.

Der Beugeklinghammer sagt aus: Eines Tages ging mir eine Anzeige der Bochumer Handelskammer zu, in der die Firma Gebrüder Varmat beschuldigt wurde, auf unlauteren Weg Einführ-Lizenzen für große Lebensmittelmengen aus Holland nach Deutschland sich verhaftet und erhalten zu haben. Ich ging dann zur Firma Varmat hin, um eine Durchsuchung der Räume vorzunehmen. Anwohnend in der Wohnung war ein Herr, von dem ich jedoch nicht mehr weiß, ob es Herr Varmat oder sein Vertreter war. Dieser Herr telephonierte mit dem "Vorwärts", verlangte nach Herrn Heilmann und sagte ihm: "kommen Sie schnell, nehmen Sie ein Auto, hier ist Polizei." Herr Heilmann erschien nach wenigen Minuten, stellte sich mir als Abgeordneter vor und funkte in meine dienstlichen Obliegenheiten hinein in einer Weise, die ich als Drohung auffaßte. Aus der Fülle der Papiere, die vorhanden waren, griff ich eine heraus und fand in ihr 1. eine Urkunde des Reichswirtschaftsministers mit der persönlichen Unterschrift von Wissel, in der Einführungslizenzen genehmigt waren.

2. fand ich einen Brief aus Holland, in dem die Schluszeile etwa lauteten: "... und dann grünen Sie mir den Gewissen Staunding und sagen Sie ihm schönen Dank für das Druckpapier für die holländische Parteipresse." Auch das fiel mir auf, weil ich wußte, daß sich Deutschland damals in einem katastrophalen Druckpapiermangel befand.

3. fand ich eine deutsch-nationale Interpellation, die mir jedoch gänzlich unbekannt war und der ich daher keine Bedeutung beilegte.

Meine Frage, ob die Unterschrift Wissels echt sei, wurde bejaht. Abg. Heilmann fragte mich dann, wer mein Vorgesetzter sei, und ich nannte ihm den jetzigen Ministerialdirektor Fass. Mit dem Abgeordneten Heilmann sei er, der Zeuge, später nochmals zusammengekommen, als es sich um die Bepruchung einer neuen Gehaltserregung für die Kriminalbeamten handelte. Er habe sich damals an Heilmann „als einen der prominentesten deutschen Politiker nach der Revolution“ gewandt. (Heiterkeit)

Abg. Heilmann bestreitet die Angaben dieses Zeugen, die ihm schon aus dem Bericht des Beamtenausschusses bekannt seien. Die Firma Gebrüder Varmat ist 1923 gegründet, der Zeuge kann also nicht im Jahre 1919 bei ihr eine Haussuchung vorgenommen haben. Auch ein Attest ist, daß eine telefonische Verbindung mit dem "Vorwärts" hergestellt wurde.

Zeuge Klinghammer erklärt: Wenn die Firma noch nicht bestanden habe, dann handle es sich jedenfalls um die Namen, um die es sich hier drehe. Auf die Frage an Heilmann, ob er seine Ansicht aufrechterhalte, daß der Zeuge das, was er gefunden habe, der Presse zugeführt hätte, erwidert Heilmann: „Ich bin der Überzeugung, daß die Briefe zwischen Varmat und mir damals bei der Durchsuchung beschlagnahmt und jetzt der Presse zugeleitet sind.“

Klinghammer erklärt, daß er niemals irgend welches Material der Gebrüder Varmat zu privaten oder publizistischen Zwecken verwendet habe.

Abg. Hardwald (Soz.) fragt den Zeugen Klinghammer, ob er bei seiner Durchsuchung die Überzeugung gehabt habe, daß die Firma Varmat vom Reichswirtschaftsministerium eine ordnungsgemäß Erlaubnis zur Einführung bekommen habe. Der Zeuge Klinghammer bejaht das. Ein Diktat habe trotzdem vorgelegen, weil nämlich Varmat nicht die Großhandelslizenzen hatte, die in Deutschland notwendig ist.

Abg. Dr. Böhl (Soz.) wünscht von dem Zeugen Klinghammer Auskunft darüber, ob er über die ganze Angelegenheit damals oder später mit Personen gesprochen habe, die nicht Beamte sind. Man könne dann vielleicht feststellen, wie diese Angelegenheit in der Öffentlichkeit bekanntgeworden ist.

Der Zeuge Klinghammer erklärt, daß er mit seiner Frau über die Angelegenheit gesprochen habe, und auch sonst im vertrauten Kreise, verweigert jedoch eine nähere Auskunft über diejenigen vertrauten Kreise mit dem Hinweis darauf, daß aus einer solchen Aussage ihm evtl. ein Disziplinarverfahren wegen Verleihung eines Dienstgeheimnisses erwachsen könnte.

Mit dieser Auskunft ist der Ausschuß zufrieden.

Die Aktion des Reichswirtschaftsministeriums.

Sitzvertreter des Vorsitzenden Dr. Deesberg teilt hierauf dem Ausschuß mit, daß ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, Ministerialrat Kuhn, anwesend sei und ein Auffindung über die ganze zur Sprache stehende Angelegenheit der öffentlichen Aktion gegen Varmat und der Durchsuchung dem Ausschuß zur Verfügung stellen könne.

Ministerialrat Kuhn gibt hierauf den Inhalt dieses Auffindungsberichts an. Es beginnt mit einer Anzeige des Reichswirtschaftsministeriums für Lebens- und Gütermittel vom 20. Dezember 1919, der ein Anschluß an der "Deutschen Zeitung" vom 9. Oktober 1919 mit der Bitte um weitere Verfolgung beigefügt war. Die bei Ausführungen der "Deutschen Zeitung" bestätigten

sich mit der schon bekannten Mitteilung der Bochumer Handelskammer.

Schließlich findet sich eine von Dr. Frank unterzeichnete Mitteilung des Landespolizeiamts an den ersten Staatsanwalt beim Landgericht I vom 27. November 1919, in dem Bezug genommen wird auf die Paragraphen 1 und 9 der Verordnung über den Handel mit Lebensmitteln usw. und die Einstellung des Verfahrens aufmerksam gemacht würde. Die Staatsanwältin Winter verfügte darauf, daß anzunehmen sei, daß Varmat und Dr. Winter in entschuldetem Irrtum die Tat für erlaubt gehalten haben. Schließlich wurde nach weiterem Schriftwechsel zwischen Staatsanwältin und Amtsgericht das Verfahren des Amtsgerichts eingestellt.

Es wird darauf in die Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Fass eingetreten, der damals Leiter des Landespolizeiamts war.

Dr. Fass sagt aus: Die Gebrüder Varmat habe ich in meinem ganzen Leben nie gesehen. Ich habe auch weder mittelbare noch unmittelbare Beziehungen zu ihnen gehabt, es sei denn, daß die Behandlung dieser Dienststelle als eine solche Beziehung zu bezeichnen wäre. Zur Sache selbst erkläre ich: Das Landespolizeiamt hat in jener Zeit sehr viel zu tun gehabt mit Aus- und Einführungslizenzen. Diese Angelegenheiten wurden mit bearbeitet durch den damaligen Bevollmächtigten der Reichsstelle für Lebens- und Gütermittel, der später in die Reichsstelle zur Überwachung der Ein- und Ausfuhr übergegangen ist. Diese Dienststelle hat eine Anzeige erstattet an das Landespolizeiamt und dazu den Ausschnitt einer Wochenschrift aus einer Berliner Tageszeitung überwandt. Zeuge klagte den bereits erwähnten Artikel. Diese Anzeige bildete die Umlage eines Verfahrens, welches bei dem Landespolizeiamt anhängig gemacht worden ist.

Diese Anzeige ist mir, auch meinem Vertreter sowie dem Sachbearbeiter nicht vorgelegt worden, sondern ist geschäftsmaßig als eine Bagatellsache unmittelbar an den damaligen Kriminalkommissar Klinghammer weitergegeben worden. Dieser hat auf Grund der Unterlagen in seiner Beamteigenschaft eine Ausbildung bei Varmat vorgenommen und berücksichtigtes Material beschlagnahmt. Nachdem diese Durchsuchung und Beschlagnahme erfolgt war, bin ich später vom preußischen Staatskommissar für Volksnahrung, meiner vorgesetzten Dienststelle, gebeten worden, ich sollte über die betreffende Angelegenheit zu einem Vortrag in den Reichstag kommen. Der damalige Wirtschaftsminister Robert Schmidt wünschte von mir Auskunft über die Sache. Und ich habe darüber Vortrag gehalten. Bei meinem Vortrag beim Reichswirtschaftsminister sagte der Minister zu mir: "Was machen Sie da für Gejagte, haben Sie denn nicht gelesen, daß ich in der Nationalversammlung eine Rede gehalten habe, in der ich mich über die Angelegenheit Varmat ausgesprochen habe?" Ich kannte diese Nationalversammlungssrede nicht und zeigte dem Minister nun meine Unterlagen für das Vorgehen. Er sagte, seit wann denn die Polizei nachrufen, könne, ob der Wirtschaftsminister, mit Recht oder Unrecht, Ausführbewilligungen für Papier irgendeiner Firma gebe. Ich trug unsre Verdachtsmomente vor. Er sagte mir, die Urkunden seien in Ordnung. Bekannt ist dem Zeugen, daß Varmat am 3. Januar 1920 den Beschuß der Einschaltung des Verfahrens übermittelt bekommen hat. Zum Schluß wird noch festgestellt, daß dieser Beschuß auf Einstellung des Verfahrens nicht mit Gründen versehen worden ist.

Darauf vertrat sich der Ausschuß auf Sonnabend vor-mittag 10 Uhr. —

wird die Entscheidung über die Ratifizierung bis zum Santa-Nimmerleins-Tag verschoben.

Die Arbeiter müssen demgegenüber von der deutschen Regierung ganz entschieden fordern, daß sie in der Ratifizierungfrage die Initiative ergreift. Gerade weil Deutschland in einer viel ungünstigeren Situation ist, hat es ein Lebensinteresse daran, durch die Ratifizierung einen Damm gegen die Ausbeutung sowohl durch die Reparationen als durch den kapitalistischen Interessenkampf zu bauen. Das arbeitende Deutschland hat ein Interesse daran, aber die neue Reichsregierung? — *

Internationales Arbeiterinnenkomitee.

Der Internationale Gewerkschaftsring in Wien hatte auf Vorschlag der ebenfalls in Wien tagenden internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkonferenz die Errichtung eines Internationalen Gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkomitees beschlossen, das mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund und unter dessen Leitung arbeiten soll. Der Internationale Gewerkschaftsbund hat die Gewerkschaftszentralen von Belgien, Dänemark, Deutschland, England und Frankreich gebeten, je eine Vertreterin vorzuschlagen, die bis zur nächsten internationalen gewerkschaftlichen Arbeiterinnenkonferenz in das Komitee einzutreten soll. Die erbetenen Vorschläge liegen nun mehr vor, und das Komitee sieht sich aus folgenden Genossinnen zusammen:

Frau H. Burniau (Belgien), Brüssel, Rue Joseph Stevens Nr. 8; Frau Jeanne Chebren (Frankreich), Quai 77 Rue Massena; Fr. Henriette Gron (Dänemark), Kopenhagen, C. Amagerbrogade 29 IV; Fr. Gertrud Hanna (Deutschland), Berlin S, Inselstraße 6; Fr. M. Quaife (England), 29, Carlton-Road, Levenshulme, Manchester.

Die Aufgaben des Komitees sind folgende: 1. Es soll für die besonderen Interessen der Arbeiterinnen im Rahmen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung Aufmerksamkeit wenden. 2. Anregungen zur Propaganda unter den Frauen machen und bei dieser Propaganda mitwirken. 3. Bei Fragen, die die sozialpolitische Gesetzgebung für Arbeiterinnen betreffen, dem Internationalen Gewerkschaftsbund mit Anregungen und Ratschlägen zur Seite stehen. 4. Bei der Beschaffung von statistischem und andern Material über die Arbeiterinnenfrage behilflich sein.

Die Geschäfte des Komitees werden durch das Secretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Tesselchadestraat 31, besorgt. Das Komitee wird seine Tätigkeit sofort aufnehmen. — *

Der Verband der Maschinisten und Feuer hat eine Konferenz seiner Angestellten des Bezirks Nordwestdeutschland in Kiel ab. Der Zentralvorstandende Klebe (Berlin) konnte in seinem einleitenden Referat feststellen, daß die durch die Inflation hergerufene wirtschaftliche Krise ihre Schärfe verloren und der Verband ihre Auswirkung vollständig überwunden habe. Die Organisation steht auch finanziell wieder auf gesundem Boden.

Zu der gegenwärtig in den Gewerkschaften geführten Diskussion über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften vertrat die Konferenz die Auffassung, daß die Gründung einer auf die Gewerkschaften gestützten Arbeiterpartei abzulehnen sei. Dafür sei es aber notwendig, daß den Gewerkschaften ein großer Einfluß sowohl innerhalb der Partei als auf die politischen Gedanken eingeräumt werden müsse. Die Aufgaben der politischen Parlamente bewegen sich heute weit mehr auf praktisch-wirtschaftlichen Gebieten als zu irgendeiner Zeit. Da sei es eine Querierung der Verhältnisse, die wirtschaftlichen Massenorganisationen der Arbeiterschaft in die Rolle eines stummen Mitwirkenden zu drängen oder ihnen nur den Reichswirtschaftsrat als Tätigkeitsfeld zu überlassen.

Die Konferenz nahm im übrigen einen harmonischen Verlauf. —

Die Einheitsfrontmacher in Italien. Die Leitung des italienischen Gewerkschaftsbundes, die Confederazione Generale del Lavoro in Mailand, hat beschlossen, daß die vor einigen Tagen dortselbst von den kommunistischen Vertretern der Arbeiterkammer von Triest und Treviso sowie der ganzen Gewerbeangestellten-Gewerkschaft eingehaltene Resolution gegen die Grenzen der Kritik überdrückt habe um eine Beleidigung und Verleumdung darstelle, und daß dadurch die proletarische Einheit verletzt wurde. Demgemäß wurden die genannten drei Vertreter von der Confederazione ausgeschlossen. Gegen alle Organisationen, welche sich mit ihnen solidarisch erklären, wurde dieselbe Maßnahme angeordnet. —



Mitteilungen aus der Buchhandlung Volkstimme.

Was lese ich?

Neu eröffnete Zeitschriften:
Die neue Rundschau 2. Heft. — Die Arbeitsküche Nr. 1 — Gewerkschaftsblatt Nr. 45 — Die Gluck Nr. 41. — Die Gemeinde Heft 3 — Gewerkschaftsblatt Nr. 2 — Delhagen & Klaftas Monatsh. Heft 6 — Der Lehrermeister im Garten und Kleinsterhof Nr. 5. — Modenbuch Nr. 12 — Kurzweile Nr. 2 — Welt und Wissen Nr. 5. — Die neuen Illustrierten Frühjahrs-Dode-Alben. — Deutsche Moden-Zeitung Heft 10. —

Theaterfasse.

Volksschule. Sonnabend den 7. Februar. Die junge Gräfin. Donnerstag den 8. Februar Morgen 10.30 Uhr. Die Stadttheater. Donnerstag den 12. Februar Kammermusik-Vorstellung im Stadtmuseum. Donnerstag den 26. Februar Konzert im "Kaisersaal" (Professor Henck). —

Der Bürge.

Roman von Dr. H. Hall Caine.
(74. Fortsetzung) Zugleich verboten.

VI.

Zugs darauf wurde das traurige Werk vollbracht. Der Befehl war angelangt, und vier Reiteren kamen mit ihren Gefahren an Land.

Es war früh am Morgen. Seine Seele von Grauen war zugewichen, die das Geheimnis hätte verraten können. Ein Sieg war nicht zu erwarten. Jeden zum Ende zu retten, hielt auch jetzt an deiner Stelle fest.

Die Reiteren näherten sich in eine Reihe vor dem Hause auf. Sohn trat in den fröhlichen, weißen Morgen hinaus. Er sah fast und besser aus. Sein Geist war ruhig und seine Haltung würdig. Das Kind war seit seines Lebens gründlich mit ihm gekommen. In dieser Art in dieser Stunde stand er ihm gegenüber und es überwinterte ihm das fröhliche Zutrauen.

In seiner Seele lichtete der Reiter. Er holt den Kopf zurück und die Hände gefaltete und unterwarf mit fühlendem Sehnsuchte.

Jeden ließ sich hin, die Arme über den Rücken gelegt. Zu diesem Augenblick kam die Samme durch die Reiter und bestimmt sein emporkriechendes Kind.

Die Reiteren entfernen, und er fiel. Die Seele waren ihm durch Herz gedrungen — das große Herz für Gutes und für Böses, das je in einer Menschenkunst gepflanzt — der Schmiede Seele war tot.

VII.

Ende Fortsetzung einer Stunde entfaltete eine große Anregung im letzten Stück. Die Jungen waren vor angemessen — zuviel! Auf den ersten Blick übersehen es alles Freude war fort und sein Besitz an Jungen ausgemüht werden. Es war keine dicke Kurzzeit. So sein tüchtiger Sohn? Seine

beiden Freunde waren ihm entflohen, und seine kleine Seele trennte zwischen beim Verfall ihrer möglichen Leidenschaften.

Das bedeutet dies?" fragte er und sah sich blöde um.

Der alte Pastor hatte von einem Augenblick zum andern sein schmäleres Wesen abgemessen. Er wandte sich mit dem Rute eines Löwen gegen den Gouverneur, schaute ihm fest ins Auge und sagte:

„Das bedeutet, daß ich ein elender Freigänger bin und Ihr ein bedauerlicher Tyrann.“

Ein Kanonenknall ertönte in der Stadt draußen, der das Meer in Bewegung zu versetzen und die kleine Insel zu erschüttern scheint. — Das englische Freigängerkästchen war angekommen.

Die bämische Flagge auf der Schulter fiel, und Adam rückte vom Land an Land. Er sah, was geschehen war und begann sich sofort dorthin, wo Jaxon mit friedlich zum Himmel aufzugezähmtem Gesicht lag. Er kniete neben ihm nieder und küsste ihn mit der Lippe. „Mein liebster Junge. Dein leidvolles Leben ist zu Ende. Deine hämische Seele hat Ruhe gefunden. Schließe, Jaxon weiß, schließe in Frieden.“

Dann erhob er sich und sagte ruhig: „Wenn einer sterbt, diese Welt sei nicht auf Gerechtigkeit gegründet, soll er hierher kommen und leben. Das steht der Welt, der sich Generalgouverneur von Island nennt, und hier liegt sein einziger Platzverdienst. Der eine lebt, der andre stirbt. Der lebt in Macht und Leibesfüß, der andre stirbt wie ein gehetzter Wolf. Doch keiner von beiden möchte ihr lieber sein? Der, welcher die Welt zu seinen Füßen liegen hat, oder der, welcher zu Füßen der Welt liegt?“

Jorgen Jorgensen sah den Kopf. Die Dolchstiche trafen die tiefe Worte. Da brach Adams Tod plötzlich durch und er schrie laut: „Gib mir Dich!“ Gabe zurück an den Ort Deiner Mutter. Niemand wird sie Dir mehr umsonst. Doch nimmt dies zur Warnung mit: Hüne Gold auf wie den Schmied der Straßen, werde mächtiger als irgend ein Schmiediger — und wenn es Dir gelingen will, willst Du ein Gremel, ein Kumpf, ein Auspurg sein

in den Augen der Menschen. Seher östnische Verbannite wird mit ausrufen: „Jedes andre Schicksal — nur dieses nicht — dieses nicht!“ Hinweg mit Dir! hinweg! Hebe Deine bösen Füße weg; denn dies ist heiliger Grund.“

Und Jorgen Jorgensen wandte sich und ging weg wie ein gepeitschter Hund.

VIII.

Sie begruben Jaxon auf einem Stück unberührten Bodens neben der kleinen, hölzernen Kirche. Eigenhändig grub Sigfus das Grab in dem festen Labgrund. In dieses Bett eines Neuen legten sie das junge Flammenherz. Es war dunkle Mittwochnacht gewesen, als Jaxon zur Welt kam, es war ein berner Morgen, als er sie verließ. Der Himmel erstrahlte in zartem Blau und Sonnenchein lang auf dem blendenden Schnee.

Zwölf in Weiß gekleidete isländische Jungfrauen umstanden Jaxons Grab und sangen ihm in seiner LieblingsSprache eine Hymne, die Sir Sigfus sie gelehrt:

„Des Menschen Leben ist wie ein Hauch, der in der Luft sich verliert, wie eine Blume, die oft schon verblüht, noch eh sie die Flut hat gezieret. Die endende Zeit vertilgt ratsch von dem Menschen Sohn jegliche Spur, und nichts beichtet von dem, was ihm gab die gütige Mutter Natur. Doch er, der für andre lebte und litt, der für andre ist gestorben, hat in dieser Welt der Vergänglichkeit unverwüllchen Kranz sich erworben.“

Auf dem helligen Grün, am Rande des Eismeers, steht auf Jaxons Hügelstätte eine Pyramide aus Labblöcken, jetzt durchlöchert und moosbedeckt. Und bis auf den heutigen Tag bei jener Blöck: „Der Ort des toten Jaxon.“

Ende.

In bezug auf Preiswürdigkeit und Qualität bieten unsere

Serien-Tage

etwas Außergewöhnliches!

Stoffe

1 Mr. Haussleiderstoff	95,-
1 Mr. Bertal oder Zephir für Oberhemden	95,-
1 hoher Dreieckstuch ges. u. geb.	95,-
4 Stück Blusentücher farbig	95,-
3 Mr. Hemdentuch 80 cm breit	1.95
1 Mr. Halbleinen für Bettlaken	1.95
1 Mr. Schweizer Vorstoß weiß oder farbig	1.95
1 Mr. Rockstreifen 105 cm breit	1.95
1 Mr. Cheviot reine Wolle, 180 cm breit	2.95
1 Mr. Manschetter für Anlage	2.95
1 Mr. Seidentrikot moderne Farben	2.95
2 Mr. Blusenstoff schöne Streifen	2.95

Wäsche

4 Fräolin-Hemdchen	95,-
1 Damen-Hemd mit Etagette	95,-
1 Damen-Unterrock mit Stickeret	1.95
1 Prinzess-Unterrock mit breitem Stickeret-Volant	2.95
1 Worpshürze gestreift	95,-
1 Blümchürze gestreift, mit Stickeret	95,-
1 Waschtüchergarn, gestrichn.	95,-
1 Küchenhandtuch gestrichn.	1.95

Taschentücher

8 Rinder-Taschentücher	95,-
6 Damen-Taschentücher mit Bobbaum	95,-
4 Herren-Tücher mit unterer Kante	95,-
4 Herren-Tücher ohne	95,-

Beim Einkauf von 4.00 Mr. an

1 Luftballon gratis!!

Damen-Konfektion

Rasat aus Tafelstofde, in viel Farben 5.95	2.95
Rasat aus Tafelstofde, m. lang. Kermeln 4.95	7.95
Hemdchen aus guten Velours vell und dunkel gestreift 8.95	2.95
Kleiderröcke aus festen Stoffen	3.95
Kleiderröcke eins. u. met., extra weit 5.95	3.95
Prinzess-Unterkleider aus Kunstleder	4.95

Etwas ganz Besonderes! Unterzeuge

Herren-Mattohosen echt ägyptisch Matto	1.95
Herren- und Damen-Mattohosen	1.95
Herren-Mattohenden	2.95
Herren-Normalhenden	2.95
Herren-Normalhosen	1.95
Herren-Ganzhenden	2.95

Herren-Überhemden Zephir gestreift, mit 2 Kragen	3.95
Seidenstrümpf-Schlüpfer moderne Formen	2.95

Strümpfe

Damen-Strümpfe engl. lang. schwarz u. farbig 2 Paar	95,-
Seidenstrümpfe schwarz Paar	95,-
Damen-Strümpfe prima Baumw., extra 2 Paar	95,-
Damen-Strümpfe prima Seidenstrümpfe schwarz, farbig Paar	1.95

1 Blümchegarnitur kleine	1.95
1 Wärmlasche statt verzinst.	1.95
1 großes Holztablett	1.95
1 Wäscheleine 40 Meter	1.95
1 Broskaten verschiedene Dekore	2.95
5 Weingläser mit geschlossener Kante	2.95
6 Illum.-Michtöpfe	1.95
5 Alpala-Eß.Öffel	2.95

Haushalt-Artikel

1 Illum.-Schmortops	16 cm	95,-
1 Illum.-Konföde mit 1/2 Liter-Maß	1.95	-
1 Illum.-Kofferolle mit Stiel, 16 cm	1.95	-
2 Alpala-Kaffe-Öffel mit Perlrand	1.95	-
1 Alpala-Eß.Öffel od. -Gabel Perlrand	1.95	-
1 Silbertisch vernickelt und innen vergoldet	95,-	-
10 Stück Servietteller		95,-
6 Stück Michtöpfe 1.95		95,-
3 Paar Porzellantassen Rosentante		95,-
1 Porzellan-Kaffee-Service 5-teilig		95,-
1 Niedre holz-Bornitur 7-teilig		95,-
1 Wachs- oder Buchstaben		95,-
1 Glanz-, 1 Schmuck- und 1 Auftragshörste		95,-
1 Schreib-er, 1 Schneebürste und zusammen		95,-
1 Kaffee- und 1 Süßerdose		95,-
1 Zopfappellen- u. 1 Zwiebelbehälter		95,-
1 Suppenstiel, 1 Durchschlag, 1 Reisebeutel		95,-
1 Emaille-Nachtgeschirr		95,-

Gardinen

Gardinen Meterware	Meter	95,-
Rangreißstoff 60 cm breit	Meter	95,-
Zuteidauer 65 cm breit	Meter	1.95
Lamoleumläufer 65 cm breit	Meter	1.95
Haibstören Lammine, mit breitem Einfall	Stück	2.95

R. Wittkowski

Breiter Weg 61

Teilzahlungen von 100 Pf.
gestatten auch Ihnen die Mitgliedschaft im



Dafür erhalten Sie jährlich 4 Bücher in bester Ausstattung auf holzfreiem Papier gedruckt, Fadenheftung, in Ganzleinen gebunden. — Außerdem monatlich eine reich illustrierte Zeitschrift.

Buchhandlung Volksstimme,
Magdeburg, Große Wünstrasse 3.

Tarragona

rot	ca. 18 Vol-% Alkohol er-klassige Ware pro Liter	2.00
	1 Flasche 1.50	2.00
	1 Glas, gold 1/1 l	2.00
	1 Glas, Samos 2.00	2.00
	Frz. Rotwein 2.5	2.5
	Vino-Vermouth 1.2	1.2
	Martin & Rossi Tari-	
	Kirsch- und Johannis-	
	beerwein p. Fl. 0.75	
	Brantweinquelle 1.95	1.95
	sonder und handlerringen	
	Brantweinquelle 1.95	1.95
	Stephansbrücke 20,	
	Zedern, 12-2 u. 6-8-	

Konsumverein
für Magdeburg u. Umg.
Eingetr. Genossensch. mit beschr. Haftpflicht

Wir empfehlen unseren Mitgliedern

Rinder-Gefrierfleisch

Ia. Qualität.

Ganz besonders weisen wir die Mitglieder der Altstadt,

Friedrichstadt-Werder, Gracan und am Anger auf den neu

eröffneten

Schlächterladen Knochenhauerstr. Nr. 70

hin. — Den Mitgliedern in Lemsdorf und Dodendorf. Str. bringen wir den in Gartenstadt Reform der Neuzeit entsprechend eingerichteten Schlächterladen in empfehlende Erinnerung.

Spröde Haut

und rote Hände werden sammelweich und weiß durch

Dr. Biells Arnikaderma

enthält die heil-nden Bestandteile der Arnikaßigkeit in wirksamer Form. Erbsenkerze nach dem Waschen auf den Händen verrieben, erzeugt Arnikaderma den zartesten Teint und bessigt Fros beulen. Tube 50 Pf. in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien. Hauptdepot Rats-Apotheke, gegenüber dem Bismarck-Denkmal.

komplettes Bett

1 steh. aus: 1 Schublade, 1 Schrank, 1 Kasten



Am Montag

ist der letzte Tag meiner diesjährigen weißen Woche.

Der Riesenerfolg

dieser großen Sonderveranstaltung veranlaßt mich, nochmals diverse Extra-Posten weißer Waren

zu besonders billigem Preise zum Verkauf zu stellen



Besonders vorteilhafte weiße Kleider und Blusen



Hemdblusen aus guten weißen Stoffen	Stück	2.95
Rösal weiß Vollvoile, mit Knopfgarnitur und farbigem Kragen	Stück	4.75
Rösal weiß Vollvoile, mit farbigen Blenden garniert	Stück	5.75
Rösal weiß Vollvoile, langer Arm, Kragen und Ärmel mit dicker Voilegarnierung	Stück	6.75



Blusen weiß, Vollvoile mit mit Gitterfalte und Säumchen . . .	Stück	6.75
Blusen weiß, Vollvoile, mit Säumchen	Stück	6.95
Rösal weiß, Vollvoile, mit würtfischen Volanteas, aparte Form	Stück	7.50
Rösal weiß, Vollvoile, Kragen mit plissierter Batiste-Spitze	Stück	9.85

Wäschestickerei

Wäschestickerei	Stück	4.00	Meter	50	38,-
Doppelstoff-Langette	Stück	4.20	Meter	88	58,-
Wäschestickerei mit passendem Einband, 3 Stück	4.60	Meter	110	70,-	
Wäschestickerei mit passendem Einband, 8-10 cm breit	Meter	58,-			
Wäschestickerei prima Ausführung, 10-12 cm breit	Meter	75,-			

Vorgezeichnete Handarbeiten

auf guten wäschestoffen	
Mittelbeden	Stück 1.45 1.10 95
Mittelbeden mit Saum	Stück 1.20
Überhandtücher	Stück 1.65 1.35 75,-
Rüschenstreifen	Paar 55,-
Ovale Decke	Stück 1.10 95,-
Decke 130x180 cm	Stück 4.10
Zischentücher	Stück 18 10,-
Nachttischdecken	Stück 35,-
Rüschen Kreis, Loch und Nischen	Stück 1.20 95 60,-
Tablettdecken	Stück 22 18 11,-
Rüschen-Garnitur	steifig, rot ob. bl. bei. Garn. 4.50
Rüschen-Kante	5 Meter 90,-

Kurzwaren

1 Posten Stoffgarn	w. schw. Knäuel	5,-
1 Posten weißer Sternzwirn	Stck. 3,-	3,-
1 Posten weißes Band	in diversen Breiten	Stück 10,-
1 Posten Hemdentknöpfe	verschied. Größen	Stück 15,-
1 Posten Frisiertümmle	zum Ausuchen	Stück 50-30,-

Weiße Bettbezugstoffe

Bettbezüge weiß Satin, 130 cm breit	Meter 2.35 1.75	1.55
Bettbezüge weiß gestrickt, Satin 130 cm breit	Meter 2.70	2.35
Bettbezüge weiß Damast, 130 cm breit	Meter 3.25	2.40

Paradellinen	Linen, m. Rangette
	über Einlage garn.
	Stück 4.10 3.50 2.55
Bettbezüge mit 1 Rüsche	2.45
Bettbezüge mit 2 Rüschen	3.00
Bettlaken	Satinstuch, Linon oder 2.50

Ein Posten Wäschestoffe

darunter befindet sich: Hemdentuch 99,-

Krempel, Linon und Kretonne 22,-

Meter 1.65 0.95 0.75 0.65 0.55

1.45 1.10 0.95 0.75 0.65

0.55 0.45 0.35 0.25

0.25 0.15 0.10 0.05

0.05 0.02 0.01

Große Gardinen-Ausstellung mit anschließendem extra billigen Sonderverkauf

Gratis
erhält jeder Kunde bei einem
Einkauf von 3 Meter an
einen Luftballon!

H. Lublin

Sehenswerte
Schaufenster- und
Innendekoration

Sonder-Angebot

Unglaublich billig!

berkauje ich ab Freitag einen
Koffer Käse, und zwar:

Cilsiter 90
das Pfund 90,-

Tafelküsse 60
das Pfund 60,-

Carl Bubbe
Lebensmittelhaus
Im Münzplatz, Innenstadt

Achtung! Buckau Aktion!
Neues Textilhaus, Neue Straße 12

Schlosser-Jäger und Küchen
von 2.25 an

Leinen von 2.50 an

Fuß- und Matratzen von 6.70 an

Windjacken u. Joppen
in feinster Qualität
und sehr preiswert.

Walter Baudelow.

Ziehung 12. Februar.

Geld-Lotterie

f. Ausl.-Deutschland

5.633 Gewinne

in bar ohne Abzug = Mk.

150.000

50.000

20.000

10.000

Lose à Mk. 3.00

Porto und Ustle 35 Pf

extra vers. auch unter
Nachnahme

Rudolf John

Hamburg 35, Sierichstr. 32

Postcheck Hamburg 27295

Bestell-Nr. ab angeben

Beondere
Ranfelegenheit

Gebrauchte Gebbi-

schädel-Stickerei, s. vi.

zu erfr. im Lad. Ge-

schäftsführ. Fr. Deutscher

Seit gegr. 1861 Anno

Berlin, in der Kommode

der Stadt. Städte

1861

Die Zeitung gewen-

det eine Rangordnung

der Gewinner

und die Gewinner

werden auf der

Zeitung benannt

und die Gewinner

werden auf der

meis, daß sie politisch nicht links von den Sozialdemokraten, sondern rechts von den Ludendorffern stehen. —

Sitzungsbericht.

Der Reichstag nahm am Mittwoch zunächst das Abkommen mit Polen über die Nutzung von Baulichkeiten im Dorfe Kurzbrack im Kreise Marienwerder durch Polen in erster und zweiter Lesung an.

Darauf wird die zweite Lesung des Reichshaushaltsgesetzes beim Reichsarbeitsministerium. Verbunden damit werden zahlreiche

Anträge über die Arbeitszeit.

Abg. Schneider (Berlin, Dem.): Frischer Geist in die Sozialpolitik könne nur durch demokratische Gedankengänge kommen. (Lachen rechts.) Die Arbeitslohnverhöhung müsse endlich fertiggestellt werden. Dringend notwendig seien Reformen in der Ausgestaltung und Unfallversicherung. Die Frage der Arbeitszeit sei eine Kulturrelegenheit. Der Redner fordert Beseitigung des jetzigen Systems der Bohneuer.

Auf Antrag der Parteien werden nunmehr noch etwa 50 Interpellationen und Anträge, die Arbeitsfragen betreffen, mit zur Verhandlung gestellt.

Abg. Drewni (Wirtschaft, Pdg.): Die Arbeitgeber im Kleinhandel und Gewerbe wehren sich gegen Überspannung der Sozialpolitik.

Abg. Schwarzer (Bahr, Bp.): Zu der Unfallversicherung müssen die Verantwortlichen der Rentenempfänger und der Unterliegenden berücksichtigt werden.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) verlangt gründliche Prüfung des Gedankens eines Arbeitsdienstjahr. Es sei ein Skandal, wenn vielfach heute noch nicht einmal die Kriegslöhne gezahlt werden. In der Baufest habe man den Personalabbau mit unglaublicher Brutalität durchgeführt.

Reichsarbeitsminister Brauns

gibt einen Überblick über die Tätigkeit seines Amtes. Er erinnert an seine Rede im Haushaltsausschuss und lehnt es ab, sich über Dinge zu äußern, die noch im Stadium theoretischer Erwägungen sind. Es sei ein wesentlicher Erfolg, wenn schon kurze Zeit nach dem Zusammenbruch unsre Sozialversicherung auf seiten Südens stand. Nach Beobachtung des Unfallversicherungsgesetzes werde man überall wieder die Friedensleistungen erreicht haben. Die Reichsregierung werde eine planmäßige und zusammenfassende Gestaltung der Sozialversicherung nicht aus den Augen verlieren. Es sei aber eine gesetzliche Kompromissnotwendig. Es habe keinen Zweck, Beschlüsse zu fassen, die man nachher wieder rückgängig machen müsse. Der Minister spricht sich für eine baldige endgültige

Schaffung der Arbeitslosenversicherung

aus. Selbstverständlich könne auch hier nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden. Die Leistungen der Erwerbslosenfürsorge hätten sich seit Jahresfrist um rund 100 Prozent gehoben. Der Minister beschäftigt sich dann mit der Frage der Arbeitszeit. Die Rettung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik erforderte die Reichsregierung keineswegs in verlängelter Arbeitszeit und in vertuschten Löhnen. Die Mehrheit der deutschen Unternehmer werde auch nicht so kurzfristig sein, zu glauben, mit solchen Mitteln ihren Platz auf dem Weltmarkt zu behaupten. Die Verlängerung der Arbeitszeit war nur ein Hilfsmittel in der Not. Der schematische Abschluß und endtag sei für den Gesetzgeber nicht tragbar, auch wenn er Dömann heile. (Heiterkeit.)

Zu der Frage des Washingtoner Nebereinkommens sei der Standpunkt der Regierung bekannt. Deutschland beabsichtige keineswegs ein Vorgehen, das als soziales Dumping bezeichnet werden könnte. Aber auf die besondern Verhältnisse müsse Rücksicht genommen werden.

Abg. Dr. Ritschig (Dem.) erhebt Einspruch gegen Ausführungen des Abg. Stegerwald, die als gegen den Apothekerstand gerichtet aufgefaßt werden könnten.

Abg. Klönne (Dt.-natl.) fordert Sicherung der arbeitsfreien Sonntags.

Abg. Dömann (Soz.):

Ich stelle fest, daß der Reichsarbeitsminister sich zu einer Reihe von Problemen nicht geäußert hat, die ich angeschnitten habe und die doch außerordentlich wichtig sind. Ich erwähne nur die Rettung der Gewerkschaften bei der Frage der produktiven Erwerbslosenfürsorge, bei den Verhandlungen über die Handelsverträge usw.

Der Reichsarbeitsminister hat dann weiter darauf hingewiesen, daß nur durch die weinende Verkürzung der Arbeitslohn und die Verlängerung der Arbeitszeit die Erhaltung der Wirtschaft im Jahre 1923 möglich gewesen sei, und daß im Jahre 1924 sich eine Besserung vollzogen habe, die sich auch in den Nachlassen der Arbeitsstörungen zeige. Ich stelle bei dieser Gelegenheit fest, daß bei den Verhandlungen Ende 1923 die Löhne der Metallarbeiter im Ruhrgebiet von 70 auf 50, die der Ungelehrten auf 40 Pf. und gegen den Willen der Arbeiter reduziert worden sind. Die Metallarbeiter haben damals vor dem Kampf gestanden, um diese Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwehren. Damals hat die Regierung dadurch eingeschlagen, daß sie den Arbeitern die

Erwerbslosenunterstützung entzog.

Das kommunistische Zwischenrufe stellt Redner fest, daß die Kommunisten im Kampf gegen die Gewerkschaften Hand in Hand mit den Schwerindustriellen arbeiten.

So vorzüglich der Reichsarbeitsminister sich über die Frage der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ausgesprochen hat, so schützt hat der deutsch-nationale Redner seine Gegnerschaft gegen den Achtstundentag ausgesprochen. Er sagt, daß er für die Ratifizierung des Abkommens sei, wenn Nordamerika, Südamerika, die Oststaaten usw. gleichfalls die Ratifizierung vornehmen. Ich stelle deiner gegenüber fest, daß in Belgien, in Schweiz, in Frankreich, in der Tschechoslowakei, in England noch heute das Dreischichtenystem zu 8 Stunden für die Metallarbeiter besteht und daß

lediglich Polen und Deutschland die längere Arbeitszeit haben. Die Arbeiter verlangen den Achtstundentag, sie verlangen eine auskömmliche Entlastung, solange sie das nicht haben, werden Sie keine Ruhe finden. (Abg. Befall bei den Soz.)

Abg. Dömann stellt gegenüber Ausführungen des Abg. Röddel (Kom.) weiter folgendes fest: Zu der Bewegung im Führer bemerkte ich: Unsre Streitkämpfe liegen vor aller Welt offen da, sie ergeben, daß wir den Kampf um den Achtstundentag mit den denkbaren schwierigsten Mitteln geführt haben. Zum süddeutschen Metallarbeiterstreik stelle ich fest, daß dieser Kampf von unserer Organisation ein vierjähriger lang geführter worden ist im vollen Einvernehmen mit sämtlichen Funktionären der kommunistischen Partei. Weiter: Als nach dem Ende des Kampfes verhandelt wurde, haben wir

die 48ständige Arbeitswoche durchgesetzt,

von dem Verlassen des Prinzips des Achtstundentages ist also keine Rede. Unter den Funktionären, die an der Abstimmung teilnahmen, befanden sich 19 oder 20 Kommunisten, und lediglich zwei von ihnen haben gegen die Abmachungen gestimmt. Wir haben dann eine Urabstimmung unter allen Mitgliedern vorgetragen, gleichzeitig, ob es sich um Sozialdemokraten oder Kommunisten handelt, haben die Arbeiter den Abmachungen zugesagt. Ja, noch mehr. Gerade in den Hochburgen der Kommunisten, wie in Stuttgart, Erlangen usw., ergaben sich für die Abmachungen 85 bis 92 Prozent. Verstehen Sie damit die Lügen, die fortgesetzt gegen den Metallarbeiterverband verbreitet werden. Ich sehe zwar hier als

Radiodienst der "DIESSSTIMME."

Schutzzölle in England.

London, 5. Februar. Die englische Regierung hat dem Unterhaus ein Weißbuch vorgelegt, das sich mit dem Schutz der englischen Industrie gegen „unfairen Wettbewerb“ beschäftigt. Es handelt sich mit anderen Worten um Schutzzölle unter gewissen Voraussetzungen. Der Zoll soll erst dann erhoben werden können, wenn eine Sachverständigenkommission das Verlangen der betreffenden Industrie nach Zöllen gehört hat.

Die Bedingungen, unter denen die Regierung einen Wettbewerb als „unfair“ ansieht und sich zu Schutzzöllen bereit erklärt, sind:

1. Das Handelsministerium muß der Meinung sein, daß die um Schutzzölle einstimmige Industrie Englands von maßgebender Bedeutung ist nach Umfang und Natur der Erzeugnisse.

2. Muß der Beweis erbracht werden, daß der Wettbewerb durch das Ausland außer gewöhnlich ist.

3. Die betreffende Industrie muß beweisen, daß die Bedingungen in dem Lande, das den Wettbewerb hervorruft, unfair sind.

4. Das Gesuch einer Industrie kann zurückgewiesen werden, wenn ihr Betrieb „nicht mit größter Leistungsfähigkeit und Sparsamkeit arbeitet“ oder wenn ein Schutzzoll andere Industrien einträchtigt sollte.

5. Ein besonderer Ausschuß hat darüber zu berichten, ob der Wettbewerb ausländischer Waren normal ist, und ob sie zu nicht billigeren Preisen verkauft werden können, als sie in England mit-

hingen herzustellen sind, oder ob ein solcher Wettbewerb den Arbeitsmarkt in England bedroht.

6. Der Wettbewerb wird als unfair betrachtet, wenn der niedrige Preis durch niedrige Löhne oder länger als in England übliche Arbeitszeiten erzielt ist.

7. Ein Ausschuß wird darüber zu entscheiden haben, daß der in Frage kommende Schutzzoll so hoch bemessen sein wird, um unfairen Wettbewerb des Auslandes zu verhindern.

Die liberalen Blätter nehmen entschieden gegen die Zuschriften des Weißbuchs Stellung und wittern in ihm einen Vorläufer zu einer umfassenden Schutzzollpolitik Englands. —

Die anerkannte Hamburger Schulpolitik.

Hamburg, 5. Februar. In der Hamburger Bürgerschaft ist nach zweitägiger ausgedehnter Debatte der seit Monaten währende Streit um die vereinigten Rechten gegen die Hamburger Schulpolitik zu einem geschlagen worden. Mit allen Mitteln war gegen die Grundschule und gegen den Fährigen Lehrgang der höheren Schulen gearbeitet worden. Die Volkspartei hatte sogar hinter dem Rücken der Oberaufsichtsbehörden mit dem bisherigen preußischen Kultusminister Boelk Verbindungen angeknüpft, um der sozialistischen Leitung der Hamburger Schulbehörden eins auszuwidern.

Rumehr hat die Rechte eine entscheidende Niederlage erlitten, denn mit großer Mehrheit nahm die Bürgerschaft in der Mittwochssitzung einen demokratischen Antrag an, der die Anerkennung der bisherigen Hamburger Schulpolitik bedeutet. —

Hauptobjekt der kommunistischen Arbeiter. Ich muß aber vor den Arbeitern im Lande folgende Tatsache ausdrücklich feststellen. Der kommunistische Redner hat 20 Minuten gesprochen, aber er hat nicht 2 Minuten daran verwandt, um dem deutsch-nationalen Redner alleine entgegenzutreten. Die ganze übrige Zeit war ausgefüllt mit den schwerwerten

Berleundungen gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. (Lebhafte Befall bei den Soz., Lärm bei den Komm.)

Die Sitzung wird um 8 Uhr auf Donnerstag, nachmittags 1 Uhr, vertagt. Ein Antrag der Kommunisten, auf die morgige Tagesordnung die Bildung eines Untersuchungsausschusses über die Micum-Läden zu setzen, wird abgelehnt.

Auf der Tagesordnung der Donnerstag-Sitzung steht die Fortsetzung der Beratungen der Entwürfe über die Gesetze der Haushaltspässe, in Verbindung mit den dann eingereichten Anträgen. —

Staatsanwalt und Reichstag.

Am Mittwoch trat der Untersuchungsausschuß des Reichstags nochmals zusammen, nachdem in den Mittagsstunden die Abgeordneten des Ausschusses eine Konsensur mit dem Untersuchungsräther und dem Oberstaatsanwalt gehabt haben, die das gerichtliche Verfahren in Sachen Varma-Muttius neu leiten.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Pfleger, einer der Abgeordneten, machte zunächst die Mitteilung, daß die Gerichtsbehörden Einwendungen hätten gegen die Untersuchungstätigkeit des Reichsausschusses, während noch eine gerichtliche Untersuchung jeweils. Eine entsprechende Mitteilung wird an den Vorsitzenden des Ausschusses ergehen. Dr. Pfleger sagte weiter: Wir sind nicht in der Lage, in einer öffentlichen Sitzung zu erörtern, inwiefern und aus welchen Gründen, persönlicher oder sachlicher Art die Beweisaufnahme, die nach unseren Beschlüssen Sonnabend beginnen sollte, den Gang des Strafverfahrens schädigend beeinflussen müßte. Ich muß deshalb die Herren bitten, sich mit der Zustimmung zu begnügen, daß nach den uns gegebenen Informationen die strafrechtliche Untersuchung in einem Tempo und mit einem Personalaufwand geführt wird, daß man sagen kann: es wird mit soviel Arbeit, um die ganze Sache so rasch wie möglich abzuschließen. Nach Lage der Dinge fasse ich mich dahin zusammen: so wie der Stand des Strafverfahrens heute ist, crachte ich nicht nur die Tagungen, die jetzt in preußischen Ausschüssen stattfinden, sondern genau so die Beweisaufnahme, die von uns angeregt ist, für absolut unvereinbar mit den Anforderungen, die wir an eine gerichtliche Voruntersuchung und ein strafgerichtliches Verfahren stellen müssen im Interesse der Öffentlichkeit. Ich beantrage daher die vorläufige Sitzierung der Beweiserhebungen.

Der Vorsitzende, Abg. Saenger (Soz.), schlägt vor, am Sonnabend vormittag doch noch eine Sitzung abzuhalten und an das preußische Justizministerium das Ersuchen zu richten, einen Vertreter in diese Sitzung zu senden, der dem Ausschuss noch nähere Mitteilungen über die Gründe machen sollte, die im Interesse des Gerichtsverfahrens gegen die Untersuchungstätigkeit des Reichsausschusses vorliegen. Die Tatsache sei bedauerlich, daß ein andres Parlament hemmungslos in verschiedenen großen und langen Sitzungen Beweiserhebungen vornehme und das Reichsgericht jetzt zurückstehen sollte. Die Öffentlichkeit werde selbstverständlich daraus ungünstige Schlüsse ziehen.

Nach weiterer kurzer Erörterung wurde einstimmig der Vorschlag des Vorsitzenden angenommen. Es findet also am Sonnabend vormittag um 10 Uhr eine Sitzung des Ausschusses statt, in der ein Vertreter des preußischen Justizministeriums gehört werden soll. —

Deutschnationaler Aufwertungsbolzage.

Der Aufwertungsausschuß des Reichstags lag am Dienstag ein Gesetzentwurf des Reichsjustizministeriums zur Beratung vor, der bestimmt, daß in Rechtsstreitigkeiten über Aufwertungsfragen die Verhandlung auf Antrag einer Partei einzustellen ist. Entgegen einem in der letzten Woche gefassten Beschluß des Ausschusses steht dieser Gesetzentwurf jedoch vor, daß dem Antrag auf Ausschaltung eines Verfahrens nicht stattgegeben ist, wenn der Antrag der Ausschaltung widerspricht und zu besagen ist, daß ihm durch die Ausschaltung ein erheblicher Nachteil entstehen würde. Diese Zustimmung wurde sofort von den Vertretern verschiedener Parteien angefochten, weil sie das ganze Gesetz illustriert macht.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Abgeordneter Kiel, daß mit solchen Bestimmungen für die Gläubiger nichts erreicht sei und die Rechtslage nur noch verschärft würde. Da es den Gerichten an jeder sicheren Rechtsgrundlage für ihre Entscheidungen fehle, wäre es das zweckmäßigste, den deutchnationalen Antrag auf Ausschaltung der Rechtsordnung vom 4. Dezember und ihre Ersetzung durch ein Zwischen-

Vorher schon haben die Deutschnationalen ihren eigenen Antrag sabotiert und auch im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung stellte sich heraus, daß die Parteien der Rechten keine Mußvorschrift über die Ausschaltung des Beschaffens beschließen wollten. Ein Antrag, der die Mußvorschrift in eine Konsensur ändern und das Recht, Ausschaltung des Verfahrens zu beantragen, nur dem Gläubiger einräumen will, wurde ebenso abgelehnt wie alle andern Anträge, in daß der Ausschuss ohne jeden positiven Vorschlag dastand. Das war selbst dem Deutchnationalen Kiel zu viel und er schlug vor, noch einmal über die Anträge abzustimmen, um in der Öffentlichkeit den schlechten Eindruck zu vermeiden.

Der Antrag, das Verfahren ohne Einschränkung auszuziehen, wenn eine Partei es beantragt, wurde dann mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Bei den Anträgen stimmte die gesamte Linke. Mit 14 gegen 12 Stimmen wurde ein Antrag angenommen, wonach das Verfahren auf Antrag des Gläubigers ausgeführt werden kann. Den von den Sozialdemokraten unterstützten Antrag der Demokraten, daß dieses Zwischengegesetz spätestens am 30. April außer Kraft trete, wurde von den Rechtsparteien abgelehnt. Sie beschlossen, die Reichsregierung den Zeitpunkt des Auflösungstreibes bestimmen zu lassen.

Die Haltung der Rechtsparteien im Aufwertungsausschuß zeigt mit aller Deutlichkeit, daß es ihnen jetzt gar nicht darum zu tun ist, den gebotenen Druck auf die Regierung auszuüben, damit diese die Aufwertungsfrage möglichst bald regelt. Sie denken gar nicht daran, in der Zwischenzeit den Gläubigern und Sparten den Schutz zu gewähren, wie sie es vorgetäuscht hatten. Vielmehr ging aus den Ausschreibungen von Rednern der Rechten hervor, daß ihr Bestreben dahin geht, den angeblich übertriebenen Ansprüchen der Gläubiger und Sparten entgegenzutreten. —

Motiven.

Reichspräsidentenwahl. Die Wahl des Reichspräsidenten wird wahrscheinlich am Sonntag den 3. Mai stattfinden. —

Abbau der Belastung. Von zufälliger Stelle wird mitgeteilt, daß am Sonnabend, die in Wermelskirchen liegenden englischen Truppen die Stadt endgültig verlassen werden. Der interalliierte Untersuchungsausschuß der Rheinland-Eisenbahn hat verfügt, daß am genannten Tage die Eisenbahn-Kontrollposten in Wermelskirchen, Schaberg, Gräfrath und Engelskirchen zurückzuziehen sind. Dann wird Wermelskirchen, das seit 1918 englische Besatzung hatte, von den Truppen frei. Auch die in Ohligs liegenden englischen Truppen, die die Bahnhofskontrolle ausüben, werden am Sonnabend zurückgezogen und ihren in Köln gelegenen Truppenteilen überwiesen. Die bisherige Bahnhofs-, Post- und Güterkontrolle in Ohligs wird umgewandelt in eine Verkehrsüberwachungsstelle. Der englische Offizier bleibt weiter als Leiter dieser Stelle im Amt.

Die Handelsverträge im Auswärtigen Ausschuß. Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags behandelt am Mittwoch in Gegenwart des Außenministers, des Wirtschaftsministers und des Finanzministers sowie des Streitkampfes. Streitkampf macht nähere Mitteilungen über die außenpolitischen Gesichtspunkte, die bei den Handelsverträgen zwischen Spanien, England, Österreich, Schweden, Frankreich, Italien, Belgien, Irland, Russland und Polen maßgebend waren bzw. sind. Der Reichswirtschaftsminister beleuchtete die wirtschaftlichen Hintergründe der Handelsvertragsverhandlungen und legte seine grundlegende Einstellung zur Handelspolitik vor. —

Sturm im österreichischen Parlament. Im österreichischen Nationalrat kam es am Mittwoch zu sehr heftigen Szenen. Als die sozialdemokratische Abgeordnete Rauschka schilderte, wie in Grünbach Gendarmerie-Arbeiter verhaftet und sie wie schwere Verbrenner aneinander gesiezt seien, rief ein deutchnationaler Abgeordneter: „Ordnen wir's, Bagabunden darf man nicht verteidigen!“ Diese Worte lösen bei den Sozialdemokraten jüngste Entrüstung aus. Die Erregung neigte sich noch, als der Justizminister zugeben mußte, daß tatsächlich vier Männer und Frauen aneinandergebunden weggeführt worden waren. Als der deutchnationale Zwischenruber sich zu verteidigen begab, erhob sich bei den Sozialdemokraten großer Lärm. Sie riefen ihm zu: „Schämen Sie sich, Sie Feigling!“ Erst nach langerer Zeit legte sich die Erregung. —

Depeschen.

Otto Braun gibt auf!

Berlin, 5. Februar. Nach dem „Amtlichen Preußischen Pressedienst“ hat Ministerpräsident Otto Braun dem Präsidenten des Landtags mitgeteilt, daß er dieses Amt nicht annehmen könne und den Auftrag zur Regierungsbildung dem Parlament zurückgebe. —

Sozialdemokraten im Aufwertungskampf. W. Berlin, 5. Februar. Im Aufwertungsausschuß des Reichstags erklärte ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, daß die Regierung in spätestens drei Wochen den Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen werde, der die endgültige Lösung der Aufwertungsfrage bringen solle. Gleichzeitig würden auch die Mitglieder des Aufwertungsausschusses den Gesetzentwurf zur Kenntnis erhalten, damit ihnen so schnell als möglich Gelegenheit gegeben werde, die nötigen Einzelheiten des Gesetzentwurfs zu prüfen. Demgegenüber verlangten die sozialdemokratischen Vertreter, daß sofort in die Debatte über den deutchnationalen Antrag eingetreten werde, der in dem bestmöglich verlangt wird, daß die auf Grund des Artikels 42 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten zur Aufwertungsfrage vom 4. Dezember 19

WÄSCHE u. AUSSTATTUNGS WOCHE

SCHÖPE

Schlußtage

Freitag, Sonnabend, Montag

Weißwaren, Stickereien

Madapolem-Stickerei la Ware	Stück 9.0	1.10
Madapolem-Stickerei Gum und Anas	Stück 4.0 1.25	85
Madapolem-Stickerei Gummierter a. em b. 3.9	Stück	85
Madapolem-Stickerei Gum. und Anas mit Gangart achtst. 8 bis 10m o. ein Meter	50	4
Prima Schweizer Stickerei Flock u. St. teilmuster	Meter 1.25	1.10
Rösi-Stickerei a. Ware ca. 8 bis 35 cm breit	1.50 1.00	85
Schol. u. Foltentragen	Vlies und Sohl. zum d. Spiz. verniet	1.10
Moderne Westen aus Vlies, mit Säumen	1.25	

Stickerei-Reste

in verschieden Längen und Breiten
Mfr. 75 55 25,

Spitzen

Bluschninen-Röppesspize u. -emias ca. 5 und 7 Meter	65
Bluschninen-Röppesspize u. -emias ca. 4 bis 6 cm breit Meter 28	15
Bluschninen-Röppesspize u. -emias la Ware, ca. 10 bis 12 cm breit, Meter 70	55
zwirnspize schmal End 8 Meter	65
zwirnspize 5 und 12 cm breit	15
Belindernes-Spitze und -emias	10

Seidenband

Satinbänder
zum Stricken, in allen Farben Stück 55

Handschuhe

Zamex-Handschuhe weiss, dicke Sohle	95
Zamex-Handschuhe weiss, dicke Sohle, mit eing. Seidensohle	1.75
Satinhandschuhe zum Stricken, ca. 1.85 jedem Stück	1.85

Damen-Ziegenleder- Handschuhe

mit 35

Herren-Artikel

Weisse Oberhemden mit Klos. in es. Sonderpreis	4.50
Weisse Oberhemden mit Rosemias und Knopfmanchetten	6.50
Weisse Oberhemden mit Kapschluss und weißen Manschette	8.50
Frau-Ob:rhemen la. Qua., allerbeste Bearbeitung	12.00
Sorbige Oberhemden 4.75	
Perlat mit 1 Kragen	
Sorbige Oberhemden	5.25
mit 2 Kragen, unterlegter Saum	6.50
Nachhemden la. Qualität, Geishaform oder mit Kragen	5.50
Batistäfelchen mod. wie Formen	28
Schleifenbinder meister Kl. 90s.	55

Kragen

Sportkragen weiss und gestrich.	35
Borhemden weiss, genütt.	1.25
Borhemden weiss, weiß	1.00

Bei Einkauf von 4 Mark an ein Luftballon gratis!

Strümpfe

Damen-Strümpfe weiss, Baumwolle, für Doppelsohle, Sonderrie	95
Damen-Strümpfe weiss, ganz feine Garnqual., Doppelsohle, Sonderrie	1.35
Damen-Strümpfe weiss, prima Seide, für Doppelsohle, Sonderrie	1.95

Kinder-Strümpfe

weiss, Baumwolle, 1/2 gefüllt Größe 2-15, jede weitere Größe 10,- mehr	
---	--

Schürzen

Summer-Schürze aus großer Stoffe	1.45
Summer-Schürze guter Stoff, ohne Klett	3.95

Trikotagen

Damen-Unterhemden weiss gestrich., mit schmalen Achseln	1.45
Damen-Unterhaillen ohne Arme, weiß gestrich., gute Qual. 2.25	1.75
Damen-Unterhaillen weiss gestrich., mit Armeln	2.50
Damen-Hemdhosen 1.95	
prima Seide, mit 1/4 Armeln	
Damen-Hemdhosen	2.95
weiss gestrich., elegante Ausführung	
Damen-Hemdhosen	4.95
weiss, ganz feine Maloqualität	
Damen-Schlupfhosen	3.75
weiss, ganz fein gestrich., mercieriert	
Damen-Schlupfhosen 4.50	
weiss la. Rundseite, verstärkter Saum	
Damen-Unterleider la. Rundseite, mit durchgeh. Bordernähn	7.85
Damen-Überdrüsen reine Wolle, weiß, mit farbigen Streifen	7.50

Damenwäsche

Damen-Hemden mit Trägern, Langette oder Söhlmann	90
Damen-Hemden Ausselschluß, Hem- deutn. mit Endetrennen	1.85
Damen-Hemden Ausselschluß m. Dose mit Langette oder Endetrennen	2.75
Kniebeinkleider mit Langette oder Endetrennen	1.85
Kniebeinkleider mit Endetrennen	2.75
Damen-Nachhemden Schnurform	3.95
Gendhosen mit Hohlbaum oder Endetrennen	3.50

Zölle-Garnitur

Seide und Seide d. mit Söhl- mann oder Endetrennen	4.95
Prinzess-Unterord. mit Langette oder Söhlmann	2.95
Prinzess-Untertaille mit Söhlmann oder Endetrennen und Endes	95

Schlußtage

Freitag, Sonnabend, Montag

Raumwollwaren

Unsere Spezial-Qualitäten

Wäsche-Stoffe

Uma	10 Meter	7.50	5 Meter	3.75
Beith	10 Meter	8.50	5 Meter	4.25
Alara	10 Meter	9.50	5 Meter	4.75
Dora	10 Meter	11.50	5 Meter	5.75

Hemdentuch

fein-, mittel- und starkföldig
Meter 95 78 68

58

Körperbarchent	80 cm breit, gebreitet	Meter 1.85	95
Pfeebarchent	extra schwer, auch Nordstreifen	Meter	95
Linon	für Bettwäsche, Bettbreite Meter 1.85	1.45	
	Kissenbreite Meter 1.15	85	
Bettdecke und Satins	Bettbreite Mtr. 2.65 Kissenbreite Mtr.	1.65	
Bettflattun	buntgebümmt, Bettbreite Mtr. 1.65 Kissenbreite Mtr.	95	

Fertige Bettwäsche

Buntgebümmt Bezug	Mtr. 12.50	9.50
Rorierte Bezug	Mtr. 10.50	9.50
Damost- und Satinbezüge	Mtr. 21.00	18.00
Linenbezüge	Mtr. 12.50	9.50

Befüllte Bettwäsche 12.50

1 befüllter Bezug } Garnitur	16.00
1 befülltes Kissen } 1 glattes Kissen	

Metall-Bettstellen

Metall-Bettstellen 80x190 cm, weiß lackiert, mit Kettenz- Matratze	19.50
Metall-Bettstellen 100x190 cm, mit Weißung, verzierung,	

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 5. Februar 1925.

Reaktion ist Kriegsgefahr.

Das Friedenskartell von Magdeburg hatte wieder einmal den von allen Reaktionären und Kriegsherrn wütend gehaften Pazifisten v. Gerlach zu einem Vortrag nach Magdeburg geholt. Der große Saal des „Kristallpalastes“ war dicht besetzt. Magdeburg, so sagte Gerlach, der Sitz des Stahlhelms und des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist die Stadt der Entscheidung im Kampf zwischen rückwärts und vorwärts. Stahlhelm ist Reaktion, er schaut rückwärts, wir Schwarztrotzgoldene schauen vorwärts. Wir wollen nicht angreifen, sondern die Republik schützen und für den Frieden wirken. Der geistige Kampf zwischen Reaktion und Republik ist die Feuerprobe auf die Gemüthe des deutschen Volkes. Wer noch für Schwarztrotzgold ist und damit für die Monarchie ist, widersteht sich dem Gang der Geschichte. Denn überall in der Welt geht es vorwärts zur Demokratie, zur Republik.

Die Regierung muss ein Spiegelbild der Wahlen sein. Am 7. Dezember sind $\frac{1}{2}$ Millionen Wähler mehr für die Republik eingetreten, als am 4. Mai. Das hätte bei der Regierungsbildung zum Ausdruck kommen müssen. Statt dessen ist den Gegegnern der Republik die Reichsregierung ausgeschafft worden. Deshalb ist die Regierung ein Zerrbild. Nicht nur für alle Republikaner in Deutschland, sondern auch für alle vernünftigen Menschen im Ausland ist diese Regierung eine grobe Enttäuschung. Darüber hinaus ist sie ein unermesslicher Schaden für unser Volk und Land. Nur bei allen Helden gegen Deutschland hat die reaktionäre deutsche Regierung große Freude herborgerufen.

Noch schädlicher als die Tatsache einer republikanischen Regierung mit monarchistischen Ministern hat im Ausland die faulose Regierungserklärung gewirkt. Das Ausland glaubt nicht, daß eine Regierung, die von Kriegsbegeisterten Monarchisten geleitet wird, republikanische und Erfüllungspolitik treiben kann. Deshalb herrscht das denkbar stärkste Misstrauen gegen diese deutsche Regierung im Auslande.

Wir Republikaner müssen diesen schlechten Eindruck, den Deutschland unter seiner Rechtsregierung auf das Ausland macht, wieder beseitigen, indem wir vor allem durch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beweisen, daß das republikanische, verständnisvolle Deutschland stärker ist, als das monarchistische, repanchelütere Deutschland.

Eingehend schilderte Gerlach aus seinen Beobachtungen in Frankreich und Belgien, welchen Schaden das Auftreten des schwarztroten Stahlhelms und das Geschrei der nationalstiftenden deutschen Zeitungen dem deutschen Volke zufügt. Reaktion und Rüstungswillen ist gleichbedeutend. Zum Auslande glaubt man nicht, daß der nationalistische Unzug bei uns nur Theater ist, der wohl der Republik aber niemals dem Auslande gefährlich werden kann.

Wir können das Vertrauen nur wiederherstellen, wenn wir Ernst machen mit dem Willen, endlich dem Völkerbund beizutreten. Denn, im gesamten Ausland würde Deutschlands bedingungsloser Beitritt zum Völkerbund als eine Absage an den Rebellengedanken in Deutschland angesehen. Gerade aus nationalen Interessen müssen wir in den Völkerbund hinein. Unsre deutschen Landsleute im Sacrévier und im Auslande haben ein Recht zu verlangen, daß sie sich an einen deutschen Vertreter und nicht an Ausländer im Völkerbund mit ihren Wünschen und Forderungen wenden können.

Wir müssen überall und mit aller Entschiedenheit unsern Willen befreien, die Republik zu schützen und für Völkerverständigung zu wirken. Die Pazifisten sind keine Lämmer, die sich geduldig von der Reaktion abschlachten lassen. Unsre Parole heißt: Gegen Reaktion und Krieg, für Frieden und Freiheit!

In der Aussprache betonte der Gauvorsitzende des Reichsbanners, Genosse Möller, daß gerade mit dem Gedanken der Republik und den Farben Schwarztrotzgold der echte nationale Gedanken verbunden ist. Das Reichsbanner ist nicht nur eine Abwehrbewegung gegen Reaktion und Nationalismus, sondern auch eine Organisation zur Förderung der nationalen Einheit Deutschlands. Eindringlich machte Möller die Kriegsfechter und deren Mitläufer auf die Schrecknisse des Krieges und seine furchtbaren Folgen aufmerksam. Der Stahlhelmtag hat ja manchem die Augen geöffnet, der von der Harmlosigkeit des Stahlhelms getäuscht hatte. Am 22. Februar werden in Magdeburg die republikanischen Frontsoldaten aus ganz Deutschland und auch aus Österreich unter den Farben Schwarztrotzgold für den großdeutschen republikanischen Gedanken und für die Völkerverständigung demonstriert.

Im Schlusswort ging Gerlach auf das politische Verhalten der Kommunisten ein, das er als durchaus schändlich für die deutsche Arbeiterschaft bezeichnete. Es ist eine politische Torheit der Kommunisten, das Hauptgewicht ihres Kampfes gegen die Sozialdemokratie zu richten. Sie glauben für Rosa Luxemburg zu wirken, arbeiten aber in Wahrheit für Potsdam. Mit dem Hinweis auf die grauenhaften Fortschritte der Giftgasherstellung schilderte Gerlach die nicht auszudenkenden Verheerungen eines neuen Krieges, in dem ganze Landeshaften und Völker ausgerottet werden können. Das Gemeinsamkeitsinteresse aller Menschen muß dahin gehen, Kriege unmöglich zu machen. Alle Völker müssen gemeinsam arbeiten an der Besserung der Lage der Menschheit, und jedes Volk muß bei sich selbst anfangen. Dienst am Volk ist Dienst an der Menschheit. —

Zersplitterungsversuche in den Gewerkschaften.

Wir erhalten diesen Bericht: Die hiesige Ortsgruppe des im Revolutionstaumel gegründeten Werkmeisterbundes in Eisen hatte für Montag den 2. Februar eine Versammlung der Magdeburger Werkmeister einberufen. Als Referent war hierzu der frühere Geschäftsstellenleiter des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf Kubach aus Leipzig erschienen, der über das Thema „Die Werkmeisterverbände und der Afabund“ referierte.

Die Versammlung war sehr gut besucht, aber nicht etwa von Mitgliedern des Essener Werkmeisterbündchens, sondern von den Mitgliedern des seit mehr als 10 Jahren bestehenden Deutschen Werkmeisterverbandes in Düsseldorf. Die vom Essener Bund erschienenen Mitglieder hatten sehr gut an einem Tische Platz. Zur etwa einstündigen Aufführung versuchte nun der Referent den Magdeburger Werkmeistern zu beweisen, daß der deutsche Werkmeisterstand durch die Zugehörigkeit des Deutschen Werkmeisterverbandes Düsseldorf zum Afabund in seiner Bedeutung herabgesetzt würde und daß durch das Herorutschen des Massenstreiksstandpunktes die Gegenseite zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern immer größer würden. Weiter gefiel sich der Referent darin, die Personen herunterzureihen, die in den letzten Jahren im Staate führende Stellungen eingenommen haben. Vor allen Dingen hat er es auf Siegfried Aufhäuser als Vorstandsmitglied des Afabundes abgesehen. Der Charakter des Referenten wird dadurch schon am besten gekennzeichnet, daß er in einer Versammlung Personen beschimpft, die sich selbst nicht verteidigen können, weil sie auch mit dem besten Willen nicht in einer derartigen Versammlung mit auftretend sein könnten.

Ein zweites Loblied sang er der Volks- und Centralarbeitsgemeinschaft, trotzdem er nicht einen einzigen Beweis dafür erbringen konnte, daß diese Gebilde der Arbeiterschaft bisher auch nur das geringste Entgegenkommen gezeigt hätten. Weiter beschreibt der Referent durch Hervorbringung der von einzelnen Gewerkschaften in den Jahren 1919 und 1920 begangenen Fehler nun den Beweis dafür zu erörtern, daß der Afabund parteipolitisch nicht neutral sei, obwohl er selbst zugeben mußte,

dass durch die Sagungen des Afabundes die parteipolitische Neutralität nach jeder Richtung hin gewährleistet ist. Er glaubte aber seine Behauptungen darauf stützen zu können, weil der Afabund gegen diejenigen Afarbeitsparteile, die nun in den oben bezeichneten Fällen einmal die Sagungen verletzt haben, nicht so hart genug vorgegangen sei.

Aus seinen ganzen Ausführungen ging hervor, daß es ihm nicht im geringsten darum zu tun ist, die Interessen der Werkmeister zu vertreten und deren wirtschaftliche Lage zu verbessern, sondern daß es ihm lediglich darauf ankommt, die große

geborenen starben 80, von den übrigen waren 35 nervös, 12 schwachsinnig, 8 blödsinnig und 8 epileptisch, also 58 geistig nicht normal. Von den 40 geistig gesunden waren 6 schwachsinnig und in der Entwicklung zurückgeblieben, 7 radikalisch, 3 stottern und 1 tuberkulös.

Der Alkohol übt seine zerstörenden Wirkungen am verheernden auf die feinsten Protoplasmateile, namentlich auf das Nervenprotoplasma, da übt er eine so starke Anziehungskraft aus, daß dessen Moleküle zerreißen. Dadurch werden ganze Nervenbahnen außer Funktion gesetzt. Kein Wunder, wenn Kinder, die Alkohol bekommen, in ihren Leistungen zurückbleiben. Dazu folgende Tabelle nach Heger:

Bensuren im Gesamtfortschritt:

Alkoholgenuss	I	II	III	IV	Durchschnitts-Zentur
gar nicht...	14 Proz.	48 Proz.	30 Proz.	4,0 Proz.	2,25 Proz.
zuweilen...	13	52	34	3,0	2,27
täglich einmal	7	49	39	5,3	2,82
eigtl. Trinker	7	43	41	10,0	2,54

Es besteht also kein Zweifel: Der Alkohol ist in jeder Hinsicht für die körperliche und geistige Entwicklung unserer Kinder ein Hindernis. Darum, Mütter, schützt eure Kinder, euer wertvollstes Gut! —

— Der Sozialismus in der Westliteratur. Am Sonntag hält über dieses Thema im Saale des Franko-Jugendheim's Genossen Henneberg einen Vortrag. Der Vortrag wird umrahmt von Recitationen. Die Veranstaltung wird gestraffen vom sozialistischen Bildungsausschuß. Sie ist in erster Linie für die Jugend gedacht, sie wird aber auch Erwachsenen viel bringen, die bemüht sind, die geistige Weltbedeutung des Sozialismus zu erkennen. Die sozialistische Idee hat Ausdruck gefunden in den Werken wirklich großer Dichter aller Zeiten und Völker. Der Vortragende wird darüber interessante Aufschlüsse geben. —

— Fußtritte — kein Erziehungsmittel! Wegen boshafter Behandlung war B. von der Strafanstalt in Detmold verurteilt worden, weil er einem Kind von 7 Jahren einen Fußtritt in den Rücken verübt hatte. Die Revision wurde vom Reichsgericht verworfen, indem u. a. ausgeführt wurde, nach der Feststellung des Landgerichts habe B. gewußt, daß der Fußtritt ohne vernünftigen Zweck einem Kind von dem Angeklagten verübt worden ist. Als Erziehungsmittel kann ein Fußtritt nicht angesehen werden. Der Fußtritt ist dem seiner Ohnmacht anvertrauten Kind ohne Grund in den Rücken verübt worden, indem B. aus Neigung zu grundloser Misshandlung, aus Lust an fremdem Schmerz handelt und über den Rahmen des ethischen Züchtigungsrates hinausging. Er bezweckte lediglich, dem Kind einen ungerechtfertigten Schmerz zu bereiten. Ohne Rechtsirrtum konnte in solcher Handlungweise das Tatbestandsmerkmal der boshaften Bestrafung gemäß § 22a des Reichsstrafgesetzes erblickt werden. —

— Achtung, Elternbeiräte! Die gemeinhinige Schung mit der Arbeiterschule für heute Donnerstag findet nicht statt. Die Notiz unter Magdeburger Angelegenheiten in der gestrigen Nummer ist nur versehentlich veröffentlicht worden. —

— Magdeburg als Kongressstadt. Die hädliche Presse stellt mit: Während der Dauer der „Migrana“ in der Zeit vom 14. bis 20. März 1925 findet in Magdeburg die Generalversammlung des Reichsverbandes der deutschen Spirituosen-Industrie E. Löhe (Sauerland) statt. —

— Heraussetzung des Brotpreises. Mit Wirkung vom Freitag den 6. Februar wird der Brotpreis auf 75 Pfennig erhöht. —

— Verisetzung. Regierungs- und Schulrat Kolrep, der am 1. Oktober 1924 nach Königsberg i. Pr. versetzt wurde, ist vom 1. April 1925 in gleicher Eigenschaft an die Regierung von Potsdam versetzt worden. —

— Als Unterstützungschwundler hat sich der 41 Jahre alte Arbeiter Ernst Lingner aus Magdeburg in letzter Zeit hier wiederholt bemerkbar gemacht. Er verübt es ganz besonders Geistlichen gegenüber über höchststiftig vorzutäuschen. Lingner ist festgenommen. Der Polizeipräsident — Kriminaldirektion — warnt vor ihm für den Fall, daß er nach seiner Entlassung die Verstüppen fortsetzen sollte. —

— Gestohlen wurden aus Gärten an der Friedrichstraße Straße 15 verlorene Güter; aus einem Keller in der Gellertstraße 20 Pfund Butter, 9 Pfund Schmalz und 250 Eier. —

— Festgenommen wurde der Schweinfurter Herrn. Bawitz, der am 2. o. M. aus einem Hausflur in der Bismarckstraße ein Fahrrad gestohlen hatte. —

— Vermisst wird seit 10. v. M. der 16 Jahre alte Arbeitsschule Richard Boagel, Georgenstraße 12. Er ist mittig ob, untersetzt, blond und war bekleidet mit brauner Breecheshose hellgrauem Rock blauer Woll. Angaben über seinen Verbleib erwirkt der Polizeipräsident, Kriminaldirektion. —

Aus den Gerichtsälen.

Eine Autofalle auf der Landstraße.

Wegen verüchter schweren Raubes stand der Bäcker Martin Böse vor dem erweiterten Schöffengericht, der dabei abgefasst wurde, als er auf der Landstraße nach Duderstadt einen Steinbarricaden baute, um darin Autos abzusperren. Der Angeklagte errichtete quer über die Landstraße mit kleinen Chausseesteinen etwa 1½ Meter breite und 30 Centimeter hohe Hindernisse in etwa 15 Meter Abstand. Er selbst stellte sich mit einer geladenen schweren Mauserpistole an diesen Barricaden auf, um sich bei günstiger Gelegenheit über seine Opfer zu stürzen.

Zwei Reichswehrsoldaten hatten den Angeklagten beobachtet, die sofort den Landjäger benachrichtigten und dann gemeinsam gegen die Verbrecher — sie glaubten natürlich es seien deren mehrere — vorgingen. Es gelang ihnen, den Böse festzunehmen, seine Pistole zu beschlagnehmen und ihn ins Gefängnis zu bringen. Trotzdem bestreitet der Angeklagte vor Gericht jede Schuld. Er will mit seiner geladenen Pistole dort nur spazieren gegangen sein.

Da der Angeklagte noch wegen eines Diebstahls angeklagt war, gestaltete sich die Verhandlung ziemlich langwierig. Der Diebstahl gibt er zu. Er ist einfach in ein Arbeiterhaus gegangen, in der eine Bekannte von ihm wohnte, der er aus ihrem Koffer etwa 10 Mark Stahl und folgenden Zettel dafür hineinlegte: „Liebe Anna! Du wirst entschuldigen, daß ich das Geld genommen habe, aber Du kriegst es wieder. Gruß Martin.“ Das Wiedergeben hat aber der Angeklagte verweigert. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr einem Monat Gefängnis. —

(Fortsetzung des redaktionellen Teiles nächste Seite.)

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Buckau. Heute Donnerstag abend 8 Uhr Frauenabend bei Meier W.-straße. Tel.: Redaktion Müller.

Am Freitag abend 8 Uhr Mitglieder-Versammlungen

Bezirk Endenurg in den „Sudenburger Festhallen“. Referentin: Frau Hartmann.

Bezirk Rothensee bei Berlin. Referent: Stadtverordneter Aßel.

Bezirk Cramm im „Elbgarten“. Referent: Stadtverordneter Bach.

Bezirk Wilhelmstadt. Am Sonnabend abend 8 Uhr Heiterer Frauenabend im Hotel Wilhelmstadt.

Bei veralteten Autoren und Althma raten wir Ihnen, bevor Sie auf der Breiten Weg 188, 5. Stock, einen Tag oder zwei Tage zu kaufen und durch Autostolen mit $\frac{1}{4}$ Pfund Zucker und $\frac{1}{4}$ Liter Wasser eine preiswerte, gute Hustenmedizin selbst herzustellen.

Circus Straßburger

Magdeburg, Blumenfeld-Gebäude
Telefon 9707.

Wieder-Eröffnung

Sonnabend 7. Februar
abends 7½ Uhr
dann weiter täglich 7½ Uhr,
jeden Sonntag, Mittwoch und
Sonnabend, auch 3½ Uhr

Eine Auslese der größten derzeitigen und für Magdeburg völlig neuen Sensationen!

Ein Programm, welches alles bisher in Magdeburg Gebotene weit übertrifft und jede Nummer garantiert zum ersten Male in Magdeburg!

Diavolo Looping

in der offenen Schleife

4 Franklins 4
Lebende Guimibüllle

Therese Renz

Die weltberühmte Schulreiterin

Neuartige Reitakte

Fr. Kühl und Herr Fred

Gy. Corros

Der große Zauberer

Kunst- und Daueraucher

Kapitän Walls

16 Krokodile

Kampf mit Riesen-Krokodilen unter Wasser

Fliegende Funken

Lazis elektr. Demonstrationen

L. W. P. Lee

Schwebende Musik

12 Romanos 12

Größter Gladiator-Akt der Welt

Maxoni, Marvelli, Barlow, Zanden, Pavey
deutsche Manege-Komiker, vorzügliche Springer und Kaskadeure

Olschansky
der Nestor
der Spasimacher Dänemarks

12 Kamele

Vor 4 Wochen aus der kirgisischen Steppe frisch importiert, dressiert von Paul Banu

Edwardo u. Gestadt
skandinavische Clowns

Bim-Bom
russische Musical-Humoristen

Meisterdressur Hugolettys
Neudressiert: 12 Trakehner Rappen, 8 schwerste Dinen usw.

Eisballett Charlotte
eine künstliche Eisbahn in d. Manege

Billy Jenkins-Co.
die große Cowboy-Schau

Anfang der Abendvorstellungen 7½ Uhr, der Nachmittagsvorstellungen 9½ Uhr. Einlaß 1 Stunde vorher. Kinder nur wochentags nachmittags halbe Preise! G-schloss Schulfächer Vorzugsspiele. Anmeldung erbeten.

Billets Verkaufsstelle: Breiter Weg Nr. 160, Telefon 1574 und 5759, an der Circuskasse von 10 bis 1 Uhr und eine Stunde vor Beginn der Vorstellung

Dressur-Proben, Tier-Schau täglich 10-1 Uhr
Sonntags vormittags Ponys und Kamelrennen für Kinder

Volkstümliche Eintrittspreise!

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer

Zu dem vom 20. bis 22. Februar dieses Jahres in Magdeburg stattfindenden

Bundesfest

zu dem aus allen Gauen Deutschlands und dem besuchenden Ausland hunderttausend republikanische Kriegsteilnehmer erwartet werden, gibt der Festausschuß ein

Festprogramm

hieraus, das allen Teilnehmern unentgeltlich überreicht wird. Um der Magdeburger Geschäftswelt Gelegenheit zu geben, sich bei den kaufstarken Festteilnehmern in Erinnerung zu bringen, wird dem Festprogramm ein

Anzeigenteil

beigegeben, der allerdings nur einen beschränkten Umfang haben kann, aus diesem Grunde aber um so wirksamer sein wird. Reflektanten, die diese günstige Reklame benutzen und sich einen günstigen Platz in unserem offiziellen Festprogramm sichern wollen, werden guttun, sich unverzüglich mit uns in Verbindung zu setzen. Alle von anderer (zum Teil gegnerischer) Seite geplanten ähnlichen Unternehmungen dienen nur rein persönlichen Interessen. Der Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer steht ihnen vollkommen fern.

Große Münzstraße 3, 2 Tr. Der Festausschuß

Nützere Spezialmarke



Eigene Fabrikation

Der hohe Wert

meiner fertigen Herren- und Knaben-Kleidung liegt in der eigenen Fabrikation durch unseren „Eis“-Konzern, in dem gemeinschaftlichen direkten Einkauf streng rechter Stoffe und Güterfachen. Dadurch wie ich Ihnen das Beste in Qualität und Verarbeitung und das Vortrefflichste im Preise. Jedes Stück bietet Ihnen Erfolg für Maß. Selbst die Anzüge in den niedrigen Preislagen sind halbwert und flott verarbeitet. Meine große Auswahl in allen Abteilungen macht Ihnen die Wahl leicht, und sollten Sie meine Firma bei Bedarf unbedingt besuchen.

Herren-Anzüge und -Mäntel in allen Modefarben und marmorenbau, für jede Figur passend, auch für ganz starke Herren. 32.00 45.00 52.00 64.00 72.00 88.00

Jünglings-Anzüge und -Mäntel in blau und vielen Farben, aus reellen Stoffen hergestellt. 24.00 29.00 35.00 40.00 46.00 53.00

Knaben-Anzüge und -Mäntel in Original-Sportform. 7.50 9.00 12.00 16.00 22.00 28.00 34.00

Herren-Sportanzüge in Kord, Mantelkragen und Taschen. 36.00 39.00 45.00 54.00 60.00 72.00

Gummimäntel und bahrische Lodenmäntel vorzüglich wasserfeste Qualitäten. 18.00 21.00 28.00 33.00 39.00 44.00

Herren-Hosen in gestreift und Brechesform. 5.50 7.00 9.00 12.00 16.00 22.00

Windjacken in impregniert, witterfest. Stoffen, in Röhren- ausz. 9.50 12.00 14.00 16.00 18.00 22.00

Berufs-Kleidung für qualifizierte Berufe am Lager.

Ronfemanden-Anzüge meine vorzüglichsten blauen „Eis“-Anzüge, für jede Figur passend. 24.00 28.00 32.00 36.00 42.00 48.00

Gesellschaftskleidung a. B. Frau-Anzüge, Smokings, Entwirrungen u. Westen, in eleganter Verarbeitung, größte Auswahl, voll Erfolg für Maß.

Etro-Angebot in vorzügl. Herren-Stoffen motorwirker Verkauf, farbige Anzugstoffe. Meter 3.00 5.00 7.00 10.00 12.00 14.00 16.00 18.00

Schwarze, blaue Rammgarn-Anzugstoffe pro Meter 12.00 14.00 17.00 19.00 22.00 25.00

Hosenstoffe in eleganten Stoffen und Mäntelform. pro Meter 6.00 9.00 12.00 15.00 17.00 21.00 24.00

Mantelkragen für Sport- und Knaben-Anzüge pro Meter 2.90 3.50 3.90 4.20 4.80

Auf meine Raub-Artierung, welche in beginn auf elegante Form und herborragenden Stoff etwas Besonderes bietet, möge ich ganz besonders aufmerksam. Großes Lager reicht.

Rauchstoffe.

...:

Billets Verkaufsstelle: Breiter Weg Nr. 160, Telefon 1574 und 5759, an der Circuskasse von 10 bis 1 Uhr und eine Stunde vor Beginn der Vorstellung

Dressur-Proben, Tier-Schau täglich 10-1 Uhr

Sonntags vormittags Ponys und Kamelrennen für Kinder

Volkstümliche Eintrittspreise!

Heinrich Casper

Magdeburg, Breiter Weg 133.

Großer Einführungs-Berlauf

Achtung!

Nur 3 Tage

Freitag Sonnabend Montag

Achtung!

Nur 3 Tage

Freitag Sonnabend Montag

Jeder Käufer ohne Ausnahme erhält einen Luftballon oder eine Kinderuhr gratis.

Herren und Damenstoffe

Herrenstoffe 140 cm breit

Cheviots 130 cm breit, reine Wolle 4.50 3.75 3.20

Cheviots doppeltbreit, in vielen Farben 1.75

Popeline große Breite 4.75 3.05 2.45

Rockstreifen neutrale Muster 5.40 3.05 2.40

Blusenstreifen 2.95 1.95 1.65

Schotten 1.85 1.45 85

Baumwollwaren

Baumwolle weiß 1.30 1.10 88

Baumwolle bunt 1.25 95

Hemdentuch 1.25 88

Inlette 4.10 3.95 3.45

Züchten 1.75 1.15 95

Handtuchstoffe 1.10 98

Handtücher fertig Stück 1.55 1.15 1.05

Zephir für Oberhemden 1.10 98

Schlittenzeuge 1.95 1.65 1.25

Schlittenzeuge 1.95 1.65 95



>Kammer-Lichtspiele<

In Rheinlands Not an Deutschlands Not

erinnert der einzige dastehende Monumentalfilm

Bölf in Tränen

ein Werk, das an dramatischer
Wirkung unerreicht dasteht

Jeder deutsch Denkende, gleich welcher
Partei, muß diesen Film sehen!

Kein Film kann stofflich unsrer Fühlern so sehr rühren
wie die Geschichte der armen Flamen, die, vom
spanischen Joch unterdrückt, ihre ganze Freiheit
zu verlieren scheinen. Die Leidenschaft dieses
Volkes, durch die das hohe Bild der Liebe wie eine
eindärmende Sonne zieht, führt in Bildern und
Titeln unmittelbar an die aktuellen Schicksale
Deutschlands. Alt um Alt steigert sich durch die
geniale Darstellung der Hauptspielerin

Raequel Meller

die in wenigen Monaten zu den ausgewählten
Lieblingen auch des deutschen Volkes gehören wird.

Tiere sind Menschen

ein Film, wie er noch nicht da war!

Alle Darsteller sind Tiere.
Der Film wurde mit unglaublichen Mühen innerhalb 3 Jahren hergestellt.

Die neueste Deutlig-Woche.

Beginn: Montag 4 Uhr, Sonntag 3 Uhr.



>Panorama-Lichtspiele<

Stuart Webbs

der Fürst der Detektive, in

Die molaiische Dschunfe

Das Geheimnis der Kara-Nicht.
Noch länger Zeit wieder ein Detektivfilm voll atemloser
Spannung und doch von logischem Aufbau in Raum und Zeit.

Wo ist mein armer Junge
hente nach?

Eine Geschichte von drei Menschen:
einem Sohn, der die Welt entdecken wollte und zu
einem Morddienst gekommen, um seinem Vater die Seele
zu entlocken... und
einer Mutter, eine Tochter — eine Seelige.

Die Deutlig-Woche.

Beginn: Wochentags 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Unsere Heizung ist wieder in Ordnung.

Restaurant Otto Wolters

Städteregionstrasse, 18
2 Min. vom Bahnhof. Telefon 1120.
Montag ab 12 Uhr bis 1.30.

Stellangebote

berufen bei Deutscher Betriebs-
Büro für Betriebswirtschaft
in der
Volkstimme

Große Gala-Redoute

Eine mondäne Aufführung auf der
Eibe und Strandfest.

Achtung! Achtung!

Freitag den 6. Februar, ab 8 Uhr abends

Preis-Skat.

Sonntag den 8. Februar

Gr. Preisschiessen

nicht zu preisen.

Restaurant Z. Schoppen

Hugobauer Strasse 73.



APFELSTR.

Raffinierte Ausmachung

Rauschende Feste

Berückende Frauen

Temperamentvolle Darsteller

Inhaltvolles Sujet

das sind die Vorzüge

des heute gezeigten U.a.-Filmwerks der

Goldwyn-Millionenklafe.



Frauenfeinde

Die Frauen beherrschen uns, missbrauchen
uns und zerstören das Beste im Manne."

Lioney Barrymore

eine scharfe, raffinierte Erziehung, befehrt seine Rolle
meisterhaft. Sportmann durch und durch, ein ausgezeichneter
Degenfachler, brilliert er durch vornehmes, fein ab-
gestimmtes Spiel. Ihm zur Seite

Alma Rubens

nicht, wie so viele, nur eine schöne Frau, sondern eine große
Königin voll Temperament und Grazie.

In unserem Beiprogramm:

Vetter Bobby, der Schimpanse?

In der Nacht - in der Nacht

2 Filmwerke breiteren Inhalts.

Die neueste Sciron-Auslandswoge

Spieldatei: Montag 5 Uhr, Sonntag 3 Uhr.

Enorm billig!

Einzelmöbel

leiche oder nussbaum,
schwere hohe Bett-
ställen mit Spiralf-
u. Aufklebenmarken,

55-75 Mt. 2 elde-
r, schwere, verlebt,
in Bänke u. Stiehl-

100-120 Mt. 3 elde-
r, breit, 50-115 Mt.

Waschmöbel mit
Spiegelaufbau

65-85 Mt. Wasch-
schrank 25-30 Mt.

Bettw. m. Spieg. 75-95 Mt. Frisch-

20-70 Mt. Rohr-
küche, hoch, 6-8 Mt.

Chaiselongues 36-48 Mt. Pfirsich-

sofa 90-105 Mt.

Schlafz. Matratze,
18-16 Mt. Aufleger-
matratz. 12-20 Mt.

rumenans 10 bis
25 Mt. Flügelar-
tiken 65-85 Mt.

Korbstuhl 12-16 Mt.

Büfett, eck. scha-
fhaft 220-310 Mt.

Kre. eng. eck. ecke,
dazu passend, sehr
schön, 115-175 Mt.

Küchen, usw. 115-
210 Mt., Sterrichten
25-40 Mt.

Stahlwoh.-Bet-
ställen weiß 90x190
mit Spiralf. u. Auf-
legematten 50-70 Mt.

Rauchstube,
echt elche 15 b 40 Mt.

Schreibstube
Div. kom., eck. ecke u.
raum, innen 3 Säge

Preis 85 bis 95 Mt.

Sparte Küchen
kompt., in farbig und
natür. lackiert, 75, 90,
120 bis 300 Mt.

Schlafzimmer und
Speisezimmer.

Auf Wunsch bequeme
Zahlungsweise

Anzahl. 15 %

in wöchentl., 14tägl.
oder monatl. Raten.

Ernst

Geissler

Breiter Weg 124, I.

Halle, 1. Stock, u. r.

Verband n.a.u.wärts

Egl. geöffn. 8u-1, 21-2-7

Wiener Gesellschaftshaus
Schönebeck, Froher Str. 16

empfehl. wie in Gatz.,
Bereine Zimmer und
Saal. 219 W. Fritze.

Gasthaus

Unhaltiner Hof

Brauereistrasse 3

- Tel. 1891 -

Diverse Vereinstische

bis 160 Personen

Walter Grunow.

Der schönste

Bondsfilm

Seden Sonntag

ein neues Bild!

53 Original-
Zeichnungen

und Delikatessen - Vol-

garistische

deutscher Künstler, mit

Beilagen und Sprüchen

unserer Dichter und

Dichter

Buchhandlung

Volkstimme

Magdeburg.

Schönebeck

- im -

Sohlenleider - auschnitt

ähnliche Schnitzmacher-Bedarfsartikel

zum günstigsten Preis

Paul Altwater, Lederhandlung

Schönebeck, Breiter Weg 5.

oooooooooooooo

Zigarren

Schönheiten, hervertragende
Sachitäten, äußerst billig!

Re. 20 Stück 7 Mt. 50 Stück 3,25 Mark

Re. 10 Stück 8 Mt. 50 Stück 3,75 Mark

Re. 5 Stück 8 Mt. 50 Stück 2,75 Mark

Re. 3 Stück 10 Mt. 50 Stück 2,25 Mark

Re. 2 Stück 10 Mt. 50 Stück 1,75 Mark

— Rauch- und Rantabak —

oooooooooooooo

Tabak-Müller

Leipzig, Ecke der Straße 9a.

Fernversand u. r. — 14. Salote 131.

oooooooooooooo

Fili
Das Theater
der internat. Großfilme

Heute zeigen wir den Stolz der
deutschen Filmindustrie.

Die Berliner Uraufführung im „Marmorthaus“ stand
im Zeichen des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller.
Ein tiefgefühlter Prolog von Rudolf Presber
ging der Feier voran. Die Minister und Spitzen
der Behörden waren zahlreich erschienen und gaben
der Uraufführung und somit der Hartleben-Feier
das Gepräge einer großen, würdigen und eindrucks-
vollen Premiere.

**Drossel-
montag**

Eine deutsche
Offiziers-Tragödie
in 8 Akten

Nach dem gleichnamigen Roman von O. E. Hartleben

Regie: Rudolf Meinert.

Der Schöpfer dieses Werkes, Herr Rudolf Meinert,
ist heute persönlich im Theater anwesend und wird
einen Prolog sprechen.

Die Handlung spielt in einer kleinen Garnisonstadt
und auf einem Gute in der Nähe derselben vor
dem Weltkrieg.

Die Kaste, deren gesellschaftliche Moral und
militärischer Ehrbegriff das Verhängnis dieses
Leutnants und seiner Geliebten herbeiführen, ist
versunken und trotzdem bannet ihr Schicksal auch
den Menschen von heute, denn niemand spricht
ungestrahlt gegen das Gitter festgewurzelter Begiffe,
auch wenn sie andre sind wie damals!

Außerdem zeigen wir

Ein lustiges Beiprogramm.

Beginn der Vorstellungen:

1/25

1/27

1/29

Besuchen Sie bitte möglichst die
Nachmittags-Vorstellung, da der
andrang sehr groß sein wird.

M. F.-V. Fortuna v. J. 1911 E. V.

begeht am 7. Februar, abends 7 Uhr,
im „Wilhelma-Prunksaal“ sein

Kappen-Fest

Restlose Beteiligung unserer Mitglieder erwünscht

Der Vergnügungs-Ausschuss.

Ein Tag der Jugend in Stäffurt.

Am 1. Februar trafen sich in Stäffurt die Vertreter der Arbeiterjugendvereine unseres Bezirks zu einer Bezirkskonferenz und große Scharen der Mitgliedschaft zu einem Bezirkstage. Es darf vorweg gesagt werden: Alle Veranstaltungen des Tages verliefen mit schönstem Erfolg.

Die ersten Beratungen, die in der Bezirkskonferenz ge- pflogen wurden, waren getragen von größter Sachlichkeit und von dem Willen zu reicher Arbeit im neuen Jahr. Aus dem Geschäftsbericht des Secretärs sei erwähnt, daß der Bezirksvorstand Mittelbund jetzt 85 Jugendvereine mit 3500 Mitgliedern zählt. In den regelmäßigen Veranstaltungen der Vereine sind rund 150 000 Jugendliche im Laufe des Jahres zusammengebracht worden. In den 20 Werbeveranstaltungen, die der Verband umfaßt, wurden auf zahlreichen Kursen wertvolle Vorträge und Bildungsgelegenheiten geboten. Zu 70 solcher Werbebeziehungen, die Sonntags stattfanden, hat der Bezirksvorstand seine Vertreter und Referenten entsandt. Aus der Arbeit des Bezirksvorstandes selbst sind hervorzuheben der Bezirkstag Jugendtag zu Pfingsten in Halberstadt mit über 2000 Besuchern, die Führerabsprache und Mädchentagung sowie drei Jungbornkurse auf der Verbandschule von 8- bzw. längiger Dauer.

Für das kommende Jahr lag ein umfangreicher Arbeitsplan vor, der mit der Öffneragitation beginnt und hiermit vor allem die Eröffnung der Schulklassen hat. Konfirmanden bestreben will. Er weist ferner noch Jugendleiterkurse auf dem Jungborn, Führertagungen und Studienjahrten auf. Besonderes Interesse wird der Reichsjugendtag am 8. und 9. August erweisen, der nach Hamburg eine riesige Zahl von Jugendlichen zusammenführen wird.

Die Aussprache über den Bericht und über die kommende Arbeit war von höchstem Ernst und größter Sachlichkeit getragen. Die vorliegenden Anträge wurden mit einigen Änderungen fastlich angenommen. Auch die Vorstandswahlen wurden in größter Einmütigkeit vorgenommen. Gewählt sind Schmidt, Falke, Krüvenau (Magdeburg), Kitz Berg, Anna Ballendorf (Berlin), Weber (Halberstadt), Schleener (Stendal), Becker (Eisendorf). Mit einem Liede wurde die Konferenz geschlossen.

Während die Vertreter der Vereine in ernster Arbeit zur Beratung der Organisationsfragen beieinander waren, fanden sich die zahlreich zusammengekommenen Jugendlichen im „Fürstenhof“ zu einer Morgensession zusammen. Musik und Gesang, Recitationen und eine Rederei des Genossen Buchholz (Magdeburg) füllten das Programm aus. Frohsinn und Jugendlichkeit kamen in reichem Maße zur Geltung.

Um 2 Uhr begann dann der Umzug durch die Stadt. Tausende Jugendliche mit vielen roten und schwarzen goldenen Fahnen nahmen am Umzug teil. Wie leuchtende Zukunftssymbole flatterten die Fahnen im Wintersonnechein, und zutreffend freudig durchhaldten die Lieder der Jugend die Straßen. Wohl kaum dürfte Stäffurt jemals einen solchen strahlenden Jugendzug gesehen haben. Die Reaktionäre von rechts und links, die glauben, in Stäffurt eine Hochburg zu haben, ergingen sich hier und da in Schimpftreien und Anpölen, wagten sich im allgemeinen jedoch nicht heraus. Ihnen mag der Zug der sozialistischen Jugend eine Warnung sein. Es gibt eine Kampfschar für Sozialismus und Republik in der sozialistischen Jugendbewegung, die jederzeit einstechen wird für ihre Ziele und aus deren Reihen unerschütterliche Kampfeskraft hineinwächst in die Arbeiterschaft.

Neben den Kampf der Jugend um ihr Recht im Arbeitsverhältnis und um Jugendlichkeit sprach dann in einer Kundgebung der Genosse Westphal (Berlin). Die Forderungen der arbeitenden Jugend nach einer der Jugend gemäßen Arbeitszeit, nach Ferien im Arbeitsjahr werden heute von allen großen deutschen Jugendverbänden unterstützt. Immer wieder muß die Jugend ihre Stimme erheben und gerade jetzt wieder sich für die Erhaltung ihrer Rechte einzehren. Der Akt ist und endet ja nur besonders für die Jugend gefordert werden. Gemeinsam mit den Alten in den Gewerkschaften gilt es den Forderungen Geltung zu verschaffen.

Die Tagung hat damit ihr Ende erreicht. Im Stäffurter Jugendheim fanden sich bis zur Abschluß der einzelnen Vereine die Jungen und Mädchen zu feierlicher Unterhaltung bei Gesang und Tanz zusammen. Für alle Teilnehmer werden die Stäffurter Tage unvergänglich bleiben. Den Parteigenossen, die opferfreudig die notwendigen Lautsprecher zur Verfügung stellten, an dieser Stelle besondere Dank.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wanzeben.

Groß-Ottersleben. Wichtige Funktionärsitzung morgen (Freitag) abend 8 Uhr bei Hörling. — Theaterveranstaltung am Sonntag abend 8 Uhr, ebenfalls bei Hörling. Der Reinerttag wird der Arbeitserholung überwiegen. — **Die drei Schulgebiete** halten ihre Versammlung am Montag den 9. Februar, abends 8 Uhr, in den „Hansa-Sälen“ ab. — **Im öffentlichen Versammlungssaal** steht Reichstagabgeordneter Genosse Silbermann über Regierungsbildung und politische Reaktion. Der Rat der Kommunisten an der Arbeiterschaft durch offene Unterstützung der Reaktion in „Deutschland“ gebrandmarkt. Angehört dieser kommunistisch-faschistischen Front müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter auf harte Auseinandersetzungen vorbereiten und darum ihre Organisationen stärken. Genosse Danckert hob in der Aussprache hervor, daß die Kommunisten auch in unserm Lande durch ihren gemeinsamen Protest mit den Bürgerlichen Rat an den Interessen der Arbeiterschaft getrieben haben. Er forderte ferner die Anwendung auf, mehr als bis her hohen Markenbedarf im Konsumverein zu decken. Die Wahlen haben bewiesen, daß die Geschäftsführer in ihrer großen Mehrheit Gegner der Arbeiterschaft sind. Die Arbeiterfrauen müssen ihr eigenes Unternehmen, den Konsumverein, unterstützen, aber nicht die jauer verdienten Großindustriellen Herrschaften hintertragen, die auf Stahlhelmfeiern und sonstigen nationalsozialistischen Veranstaltungen große Reden über die Möglichkeit der Arbeit halten. Die Verwaltung des Konsumvereins wird stets bereit sein, den gerechten Wünschen der Mitglieder Rechnung zu tragen. Bei gegenwärtigem Verstehen und Vertrauen muß es vorwärts gehen.

Hohenwörden. Offizielle Gemeindevertreter-Sitzung morgen (Freitag) abend 8 Uhr bei Steinmann. Wichtige, die Arbeiterschaft interessierende Vorlagen stehen zur Beratung. Die Gemeindevertreter der Sozialdemokratischen Partei treffen sich heute (Donnerstag) abend 8 Uhr beim Genossen Coerdt. —

Egeln. Generalversammlung des Parteivereins am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“ (Deutz). Genosse Pesson (Magdeburg) wird über die politische Lage im Reich und in Preußen sprechen. Die wichtige Tagesordnung erfordert es, daß unsre Mitglieder mit ihren Frauen zahlreich erscheinen. —

• Stadtkreis Burg.

Kommunistische Wache. Der Friede heiligt die Mittel, also muß auch die Not der Erwerbslosen herhalten, damit die Kommunisten im Leben fischen können. Eine Erwerbslosen-Versammlung, die nur schwach befürchtet war, sollte dazu dienen, einen „Mat“ zu schaffen. Selbstverständlich waren die Wahlen schon verteilt. Nur „stramme“ Kommunisten wurden vorgeschlagen und ohne Gegenprobe als gewählt erklärt. Eine Magdeburger Große



Totenschändung.

Am Sonntag nachmittag wurde auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde ein Denkstein für die verstorbenen Genossen Lutze Bizek enthüllt. Diese Feier sollte nach dem Willen der Kommunisten gestört, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Seit Freitag war dem sozialdemokratischen Bezirksssekretariat bekannt, daß von den Kommunisten der Plan verfolgt wurde, vor und auf dem Friedhof die an der Feier teilnehmenden Parteigenossen zu belästigen, die Feier zu stören. Der Rote Frontkämpferbund versammelte sich aus diesem Grund um die Mittagszeit auf dem Augustaplatz. Die Absicht der Kommunisten ging dahin, den Friedhof vor Eintreffen der Sozialdemokraten zu besetzen. Das aufgebotene Reichsbanner sollte dann nach Wegelagererart überfallen werden.

Die Bezirksleitung traf ihre Gegenmaßnahmen, und so konnte die Feier ungefähr verlaufen. Die „Rote Fahne“ bringt nicht den Mut auf, ihren Feiern den Zweck der Demonstration des Roten Frontkämpferbundes mitzuteilen. Man verschweigt den kommunistischen Arbeitern, daß man eine Totengedenfeier stören wollte, vielleicht in der Erkenntnis, daß auch kommunistische Arbeiter solch ein Beginnen nicht billigen würden. Das, was die Kommunisten gestern nach den Weisungen des größten Verbrechers an der Arbeiterschaft, Sinowjew, durchführen wollten, ist nur ein Teil ihres Schlachtplans gegen die Sozialdemokratie. In den Augen der gesamten Arbeiterschaft ist die kommunistische Partei, der nicht einmal ein Friedhof und eine Gedenfeier für eine proletarische Kämpferin heilig ist, gerichtet.

Verbrecher haben die kommunistischen Arbeiter mißbraucht. Ihnen gilt unser schärfster, rücksichtloser Kampf. Die kommunistische Leitung mag gegen die Sozialdemokratie und die im Interesse der Arbeiter von ihr durchgeführten Aktionen unternehmen, was sie will — ihr reaktionäres Spiel ist aussichtslos! Wir sind stark genug, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit unsere Arbeit nicht von bezahlten Söldlingen, welche die kommunistischen Arbeiter mißbrauchen, gestört wird.

Die Gedenfeier selbst verlief dann ungestört. Kampfgenossen von Lutze Bizek feierten das aufopfernde Werk der allzufrüh Verstorbenen für das Proletariat. Ein Sängerkor, der die Feier eingeleitet hatte, beschloß dieselbe auch.

Welche politische Verkommenheit gehört doch dazu, eine solche Weihetunde stören zu wollen? —

Internationale der Hanswürste.

Die Kommunistische Partei Frankreichs hat schon ihren Parteitag abgehalten. Kommunistische Parteitage pflegt man hinter verschloßnen Türen stattfinden zu lassen. Das sieht viel romantisches, revolutionäres aus. Auch in solchen Ländern, wo die Gefahr einer Verfolgung der Kommunisten gar nicht besteht, wird die Offenlichkeit von den bolschewistischen Kongressen ausgeschlossen, um den Anschein zu erwecken, als bereite man große umstürzlerische Dinge vor. In Wirklichkeit ist diese Geheimtreue nur der bequeme Vorwand, um die eigene Schwäche und Lächerlichkeit den breiten Massen zu verborgen.

Die französischen Kommunisten befinden sich seit Jahren in einem

chronischen Zustand der Zersetzung.

Sie standen Ende 1922 vor dem Zusammenbruch, als ihnen das Fuhrabenteuer und die damit verbündeten lächerlichen Verfolgungen einzelner kommunistischer Führer zu neuem Leben verhalf. Aber mit dem Ende des poincaristischen Kurses mußte notwendigerweise eine neue Krise in den Reihen der kommunistischen Partei Frankreichs austräumen. Der Kommunismus, wie ihn die Dritte Internationale auffaßt, kann in Frankreich aus den verschiedensten Gründen keine Wurzeln fassen. In diesem Lande mit vorwiegend kleinbäuerlichem Besitz und ohne eigentliche Landarbeiterbepflanzung gibt es in Wirklichkeit kein Großproletariat, und man vermag bestenfalls diese Kleinbauern zu einer gemäßigten Auffassung des Sozialismus zu bekehren, nicht aber zu den gewalttätigen Theorien der Expropriation des Kapitals durch die Diktatur des Proletariats. In Wirklichkeit ist diese Expropriation bereits zum allergrößten Teil vollzogen worden, und zwar vor 185 Jahren bei der großen französischen Revolution.

Was das städtische Industrieproletariat betrifft, sozusagen man besonders seit Kriegsende zwischen den bessergerollten gelehrten Arbeitern und den ungelernten Hüsträfern unterschieden: erster sind vor allem Franzosen, die vielfach nebenbei über ein kleines vererbtes Vermögen oder sogar über ein kleines Grundstück draußen vor den Toren der Stadt

verfügen; letztere sind zum größten Teil Ausländer, Italiener, Belgier, Polen, Rumänen, Marokkaner usw., und die bilden allerdings für die kommunistische Agitation ein fruchtbares Feld. Aber da sie nicht das Wahlrecht besitzen und allen möglichen Einschränkungen unterworfen sind, bedeuten sie keinen wesentlichen politischen Faktor.

Aber neben den soziologischen Gründen sind es vor allem psychologische Momente, die einer Entwicklung des Kommunismus in Frankreich im Wege stehen: der bolschewistische Begriff der

bis zum Kadavergehorsam gesteigerten Disziplin

verträgt sich mit dem französischen Charakter und Temperament wie das Feuer mit dem Wasser. Deshalb war auch seinerzeit, Ende 1920, bei aller Begeisterung der französischen Sozialisten für die russische Revolution nur ein Teil der Partei unter das Auge der 21 Moskauer Bedingungen gekommen. Es sollte sich aber bald herausstellen, daß auch von denen, die diese 21 Bedingungen angenommen hatten, nur die wenigen ernsthafte daran dachten, sie peinlich auszuführen, d. h. sich unabdingt den Moskauer Diktatoren zu unterwerfen. Vielmehr traten im Laufe der ersten zwei Jahre nacheinander nachahmende Führer aus der Partei aus, weil sie sich die Tyrannie der Willensbossierer der Dritten Internationale, Souvarine, Loriot, Dumois, Monatte nicht länger lassen lassen wollten. Eine Führergattung nach der anderen, eine Redaktionsgarantie der „Humanité“ nach der anderen wurde abgesetzt, und die meisten der in Aguade Gefallenen kehrten überhaupt der Partei den Rücken.

Endessen trat das Unvermeidliche ein: Wenn Langusten längere Zeit ohne Frisch in einem Korb gelassen werden, dann freien sie sich schließlich gegenseitig auf. Als die Oberhaupter alle diejenigen, die ihnen nicht läblich zu Willen waren, rücksichtslos beseitigt hatten, da fingen sie selbstverständlich an, sich gegenseitig zu töten. In der deutschen Kommunistischen Partei hat man Alchimisches erlebt; dennoch scheint der Reinigungssinn im der französischen Partei noch ganz andre Formen angenommen zu haben. Man intrigierte gegeneinander, man denunzierte sich gegenseitig

bei Sinowjew, es wurden heimliche Delegationen nach Moskau geschickt, um die anderen zu entlarven, und so herrschte bereits das tolle Durcheinander, als in Moskau die Trotski-Krise ausbrach.

Die Kunst der kommunistischen Oberbonzen aller Länder besteht darin, auf das richtige Pferd zu setzen, wenn es in Moskau zu einem Konflikt zwischen zwei Richtungen kommt. So wie die Brandler, Thälheimer und Genossen in der deutschen Kommunistischen Zentrale seinerzeit dafür bürgen mußten, daß sie auf Radek und nicht auf Sinowjew getippt hatten, so beginnen Souvarine, Dumois und Genossen den schicksalshistorischen Irrtum, Partei für Trotski zu ergreifen. Das Bestreben Trotski, etwas mehr „Demokratie“ in die Reihen der kommunistischen Internationale zu bringen, entsprach durchaus den Lebensnotwendigkeiten der französischen kommunistischen Bewegung. Endeney ist Trotski in seinem Kampf gegen das Triumvirat Sinowjew-Stalin-Kamenow unterlegen und inzwischen abgesetzt worden. Das Bestreben des Triumvirats geht jetzt dahin, alle diejenigen in den Parteien der Dritten Internationale, die sich durch „Trotskiismus“ verdächtig gemacht

durch „Trotskiismus“ verdächtig gemacht haben, rücksichtslos auszumerzen. In der deutschen Partei hat diese Reinigungsaktion bereits eingesetzt, in der französischen Partei ist sie auf dem jüngsten Kongreß vollzogen worden.

Da Moskau über die Kasse verfügt, ohne die die kommunistischen Parteien nirgends lebensfähig sind, war es klar, daß die Trotskiisten auch in Frankreich saum und sonders abgejagt werden würden. Die „Humanité“, die allein in der Lage war, über den geheimen Parteitag ausführlich zu berichten, hat begeisterte Schilderungen dieser Tagung veröffentlicht, die eine entscheidende Etappe auf dem Wege zur Bolschewisierung der kommunistischen Partei Frankreichs gewesen sei. Gleich in der ersten Nummer über die Eröffnungsfeier brachte sie einen großen Balken: „Die internationale Rechte eintarzt!“ Nun wen bezog sich das? Auf die sozialistische Internationale, auf die Amsterdamer Internationale? Keit gefehlt! Es waren damit gemeint: Trotski, Souvarine, Loriot, Dumois usw.

Die ganze Geschichte ist um so komischer, wenn man bedenkt, daß die neuen Dittatoren Leute sind ohne jede politische oder z. T.

mit sehr trüber Vergangenheit.

Es sind dies eine Frau, die sich Suzanne Girault nennt, das französische Gegenstück zu Ruth Fischer, nur, daß kein Mensch weiß, woher sie kommt und ob sie noch in Wirklichkeit Russin ist. Vor allem aber herrscht über die französische kommunistische Partei ein gewisser Traum, der ursprünglich Lehrer, sodann Hauptmann in der französischen Armee war und von dem nachgewiesen ist, daß er noch im Sommer 1920 sich darum bewarb, als französischer Instruktoroffizier in das polnische Heer gegen Sovjetrussland einzutreten! Als diese Geschichte später herausgestellt und er deshalb aus der Partei ausgeschlossen werden sollte, kam er auf den rettenden Einfall, zu erzählen, er hätte damit nur Spionagedienste zugunsten der Roten Armee gegen die Polen beobachtigt. Es wurde ihm geglaubt. Jetzt aber rächt er sich an all denen, die ihm wegen dieser dunklen Geschichte einigt nicht recht trauten, und er läßt sie aus der Partei hinauswerfen.

Es wird später eine dankbare Aufgabe für Satiriker sein, die Geschichte der Parteien der Moskauer Internationale zu schreiben. Der gesunde Menschenverstand spricht dafür, daß diese Hanswürste über kurz oder lang vollständig abgewirtschaftet haben werden. Ein zweitens gibt es leider noch immer deutsche Arbeiter, die blindlings der Ruth Fischer, dem Scholem und der „Roten Fahne“ nachlaufen — warum soll es in Frankreich keine Leute geben, die das Heil der Revolution von Suzanne Girault, von Traint und von der „Humanité“ erwarten? —

dann auf die Einheitsfront der Kommunisten mit Deutschen, Nationalen, Stinnesparteileben und Bürgischen, wie im Preußischen Landtag, hinzuessen wollte. Mit reichlichem Stimmenaufwand redete er den Kapitalismus in Grund und Boden. Beiderwerden die Erwerbslosen davon nicht satt. Außerdem wurden schon von der Zentrale fertiggestellte Forderungen verlesen, die der Stadtverordnete unterbreitet werden sollen. Außerdem würden sich von der Zentrale fertiggestellte Forderungen verlesen, die der Stadtverordnete unterbreitet werden sollen. Ohne solche geht's nicht. Wir glauben nicht, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften diesen kommunistischen "Rat" vertreten entgegenbringen. Zudem ist es für die Mostauflüger leicht, Forderungen aufzustellen, die sie bei ihrer nur 4 Pläne starken Besetzung in der Stadtverordnetenversammlung die Durchführung andern überlassen können. Die ganze Geschichte ist ein Absturzungsmanöver, damit das arbeiterverachtende Verhalten der Kommunisten bei den Freien im Reich und in Preußen bei den Arbeitern in Vergessenheit geraten soll.

Die Unterstützungen an Kleinrentner werden am Freitag den 6. Februar, vormittags von 9 bis 12 Uhr, ausgezahlt.

Die Partei und der Arbeiterverein Kinderfreunde veranstalten am Freitag einen Lichtbildvortrag über das Proletariat und Es wird erwartet, daß sich alle Genossen und die Frauen an diesem Abend in der Aula der Mädchen-Volkschule Kapellstraße einfinden. Zur Deckung der Unterkosten wird ein geringer Betrag erhoben.

Die Arbeitslosigkeit nimmt immer größeren Umfang an. Am Ende 1924 rund 550 Erwerbslose vorhanden, so ist diese Zahl durch umfangreiche Entlassungen im Januar auf rund 1000 angewachsen. Fast alle Industrien haben größere Betriebskürzungen vorgenommen und auch das preußische Neubauamt hat zu größeren Entlassungen gezwungen, angeblich, weil kein Geld mehr zur Verfügung steht. Dabei werden von der Erwerbslosenfürsorge nur rund 450 Personen unterstützt. Mehr als die Hälfte der Opfer der Wirtschaftskrise geht leer aus, trotzdem ziehen Beiträge leisten müssen. Sind doch, nach der Weisheit der Regierung, alle diejenigen nicht als "bedürftig" anzusehen, die ein kleines Ansehen ihr eigen nennen oder in deren Familie noch durch Arbeit von Vater, Mutter und Geschwistern ein fürgliches Einkommen vorhanden ist. Trotzdem nach bürgerlichem Recht eine Unterhaltspflicht der Geschwister nicht besteht, müssen sie zum Unterhalt der erwerbslosen Familienmitglieder beitragen. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wer was kümmert die bürgerliche Regierung die Not und das Leid der Arbeitslosen? Die idyllische Schaffung der Erwerbslosenversicherung ist dringend nötig. Die Vertreter der Schwerindustrie in den Parlamenten haben aber andres zu tun. Regierungsräthen müssen gemacht und jede schützende Arbeit abgelehnt werden. Dabei werden die bürgerlichen Parteien nach Kräften von den Kommunisten unterstützt. Obgleich diese ein so warmes Herz für die Arbeitslosen haben, wird im Reiche wie in Preußen die Arbeit für diese Opfer der kapitalistischen Wirtschaft durch unnötige Steuermachelei und andern Unzug gestört. Für die Verhinderungen sind die Kommunisten in vollem Maße verantwortlich zu machen. Es ist ja viel leichter und bequemer, zu schimpfen, als praktische Arbeit zu leisten. Und ein durch die Not wurde geprägter Arbeitsloser ist für kommunistische Propaganda empfänglich, ja faktulieren die Mostauflüger. Tatsatz, ihr Arbeitslosen, geht nicht auf den kommunistischen Leim, folgt nicht den Standardmätern, den Kommunisten, sondern den Sozialdemokraten, die praktische Arbeit für die Erwerbslosen leisten.

Kreis Jerichow I.

Gommern. Der nationalsozialistische Meister mit allen Mitteln wird zurück in der Zudienstzeit verjagt, die Arbeiterschaft wieder in das alte Koch hineinzuzwingen. Vor allem geht der Kampf gegen das gute Organisationsverhältnis der Beschäftigten und gegen die Rechte, die die Betriebsvertretung und Arbeiterschaft durch gesetzliche und tarifliche Regelung hat. Am besten trifft es dabei der Oberlehrer Schmidt. Er schreibt doch dieser Mann festens — ob aus Unkenntnis ist nicht bekannt —, den Betriebsrat davon abzuhalten, eine Unfallstelle zu befehligen. Wie immer bei solchen Anlässen droht Schmidt mit sofortiger Entlassung. Schmidt ist ein Anhänger der jungen nationalen Richtung. Schmidt versucht durch Verbreitung von schwartzweigroten Zeitungen Anhänger zu gewinnen. Die Arbeiterschaft, die zum überwiegenden Teil dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold angehört, verbürtet sich solche Belästigung. Schmidt sucht auch Propaganda für einen neuen Krieg mit Frankreich zu machen, alle Kriegsgegner sind für ihn Freigänger. Als über vom 1. August 1914 an in 4½ Jahren Gelegenheit war, das Kaiserland zu verteidigen, da war Schmidt unabkönniglich und brachte nicht im geringsten daran, daß dem bedrohten Kaiserland zur Verteidigung zu stellen. Heute versucht er Arbeiter, die im Kriege ihre Pflicht erfüllt haben, die jahrelang im Schützenhaus lagen, froh- und fröhlich zu machen. Er darf nun nicht wandern, wenn die Arbeiter seine Belästigungen ableben. Wir lassen, daß dieser Hinweis genügt, daß Schmidt klar zu machen, wie Arbeiter zu behandeln sind.

Kreis Wohlstedt-Rehboldseleben.

Dreieben. Das Rennen als einer nationalen Rasse. Als ärmerer rote Kämpfer erinnerten sich der national gejährtene Sachsenlandarbeiter C. Schme und seinen Chef. Sie noch jungen und kinderlosen Elternen waren vor längerer Zeit einer wachsenden Familie aus dem Magdeburger Wetterhau an dieses Rennen angenommen, behielten ihn jedoch in hoher Seepe. Der Stahlhelm-Mann — die den Jungen eines Tages mal „abnehmen“ mit einem Gründolsband anhängen. Dieses Thebe wurde der Knecht nach einer Nachfrage aus der Wohnung gezogen und zog bei Wind und Wetter im Staub Dreck in einem offenen Schuppen auf Stroh. Am anderen Morgen wurde er von Polizei bemerkt, die auf seiner annehmen und der Polizei Meldestellung machten. Für den nationalen Stahlhelmann wird die Rasse noch ein geschicktes Radikal haben.

Braunschweig. Tötung, Bildungsvorstände. Gute Donnerstag abends 8 Uhr, beginnt der Vortrag des Genossen Stolze über "Verfassungsfragen" in der 1. Kadettenschule der Mittelschule. Es wird erwartet, daß alle Generale und Offiziere erscheinen. — **Sitzung** der Bedarfsarbeiterverbände am Sonnabend den 7. Februar, abends 8 Uhr, bei Dr. Herzog. Zur Sitzung waren gemeinsame Zusammenkünfte mit dem Gewerkschaftsverein vereinbart. Alle im Bedarfsarbeiterverbund organisierten Organisationen und Verbände mit ihren Angehörigen sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Sachsenhausen. Die Gewerkschaftsarbeit ist in dem von 1. Februar ab auf 14 Prozent der Gewerkschaften herabgesetzt. Da aus bekannten Gründen der Arbeiterschaften zu hohe Belastung obliegt, müssen die Arbeitnehmer selbst zusammen, um die Länge der Gewerkschaftsarbeit zu begrenzen. Bei 14 Prozent der Gewerkschaften beträgt der Arbeitstag 12 Stunden, bei einem Gewerkschaft von 1 Kast. 3 Big. bei 2 Kast. 15 Big. bei 3 Kast. 6 Big. bei 4 Kast. 7,5 Big. bei 5 Kast. 9 Big. bei 6 Kast. 10,5 Big. bei 7 Kast. 12 Big. in 20 Minuten, das heißt Zeitraum um halbe Stunde mehr oder weniger werden. Das bedeutet sich ergebenen Zeitraum hat der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber je die Hälfte zu zahlen.

Rehboldseleben. Der Unterhaltskostengesetz der jugendlichen Gewerkschaften hat von Monat zu Monat einen immer größeren Betrag einzutragen. Dieser Betrag nimmt mit jedem Jahr wieder sehr zu. Genosse Bernd spricht über die Kosten im Gewerkschaften und behauptet, daß die Angaben der Zentrale in Sachen und Sachen und in der Zentrale. Die Gewerkschaften müssen mit diesen Kosten fertig und keinen weiteren Aufschub. Dann gab Genosse Bernd

besprochen das Wohltätigkeitskonzert des Ortsausschusses für Arbeiterschaft, das am 7. März stattfinden soll. Der gefärbte Nebenbüro dieses Konzerts, das von beiden Ehren des Arbeiterschaftsgesellschaften veranstaltet wird, soll für minderbehinderte Schulenklasse verwandt werden. Die Programme werden durch die Genossen der Frauengruppe vertrieben. Die nächste Zusammenkunft der Frauengruppe findet am Dienstag den 24. Februar statt. Bei gemütlicher Unterhaltung und geselligen Darbietungen blieben die Genossen recht lange beieinander. — Polizeiliche Auseinandersetzung mit der Frauengruppe verhindert werden. Die nächsten Tage ist somit der Haus-eigentümer als auch der Mieter verpflichtet. Der Magistrat droht, jetzt bei Unterlassungen unmissachtig mit Strafen vorzugehen.

Kulmbach. Offizielle Versammlung am Sonnabend den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Rednerin ist unsere Landtagsabgeordnete Genossin Vollmann (Halberstadt). Alle Einwohner sind eingeladen. Jeder Genosse muß dafür sorgen, daß diese Versammlung einen Massenbesuch aufweist. Auf der Tagessordnung steht die Gemeindewahl, die am 22. Februar stattfindet. Es muß alles aufgeboten werden, daß die Wahl einen Sieg unserer Partei ergibt und die Stahlhelmparteien endgültig in unserm Ort aufs Haupt geschlagen werden.

Ummendorf. Parteiversammlung am Sonntag den 8. Februar, abends 7½ Uhr, im Hotel von Wilhelm Otto, wozu alle Parteigenossen und -genossinnen erscheinen müssen. Auch die Kameraden vom Reichsbanner und besonders die Frauen sind dazu eingeladen. Das Referat über die politische Lage wird Genosse Bernick halten. Parteigenossen, sorgt für guten Versammlungsbesuch.

Kreis Kalbe.

Frohse. Parteiversammlung am 7. Februar, abends 7½ Uhr, in der "Grünen Linne". Der wichtigste Tagesordnungspunkt wegen müssen alle Genossen erscheinen und die Frauen mitbringen. Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt.

Förderstedt. Gemeindevertreter-Sitzung. Am Donnerstag den 5. Februar, abends 18 Uhr, im kleinen Saale von Reimers. Um die Arbeit unserer Vertreter kennenzulernen, müssen die Genossen und Genossen diese Sitzung besuchen. — **Landarbeiter-Versammlung.** Nachdem vor einigen Wochen am Orte wieder eine Gruppe des Landarbeiterverbandes gegründet worden ist, muß nun gebedeckte Arbeit geleistet werden. Darauf soll am Freitag den 6. Februar, abends 8 Uhr, in der "Siede" in einer Versammlung gesprochen werden, zu der alle Landarbeiter erscheinen müssen. — Der Verein der Kleingärtner hält am Sonnabend den 7. Februar, abends 8 Uhr, im Hotel zur Eisenbahn, einen Lichtbildvortrag ab, der zur Auflösung der Kleingartenbesitzer dienen soll. Alle Interessenten sind willkommen. — Die Parteiversammlung findet am Sonntag den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal "Zur Linde" statt. Da wichtige Punkte zur Beratung stehen, ist es Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu erscheinen. Gäste können durch Mitglieder eingeführt werden.

Kömmel. Verbrüht. Der kleine 3- bis 4jährige Sohn der Landarbeiter Bernhard Fuhrmann verbrannte sich daran, daß er längere Zeit das Bett hüten muß. Der Kleine trieb mit seiner Schwester allerlei Unruhe im Zimmer; hierbei stießen sie einen Topf mit kochendem Wasser um, so daß sich der kleine beide Beine verbrannte.

Schönbach. Wenn zwei dasselbe tun... In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde von dem bürgerlichen Stadtverordneten Hesse eine Anfrage an den Magistrat gestellt, ob ein Mieter in einem jüdischen Gebäude das Recht habe, ohne Erlaubnis eine Fahne aus seiner Wohnung herauszuführen. Man würde nicht gleich, was die Anfrage bezwecken sollte. In der Debatte wurde dann die Sache klar, daß es sich gegen einen unter Genossen richtete, der am 7. Dezember, am Wahntag, die schwartzrotgoldene Fahne aus seiner Wohnung gehisst hatte, um seine Treue zur Republik zu bekunden. Am Sonntag war beim Zonen-Einführungsfest der Artillerie ein behördliches Gebäude, das Schulgebäude der Gehobenen Knabenschule am Breitenweg, schwartzweißrot bestellt. Mit der abgebrannten Fackel Krause, der noch im Schulgebäude wohnt und als Deutschnationaler bekannt ist, etwa zusammen mit dem Mittelschullehrer Marschall der Verantwortliche der Flaggenhissung gewesen? Wir warten darauf, daß sich der Stadtverordnete Hesse in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung danach beim Magistrat erkundigen wird.

Schönbach. Tödlicher Unglücksfall. Der 49jährige Güterslohauer Arbeiter Adolf Kluge aus Gelgeleben kam aus dem Radierium, um nach Hause zu gehen. Beim Überqueren der Gleise wurde er von einem heranbrauenden Zug überfahren. Der Beringlücke ist aus tödliche gebürtig und hinterließ eine Frau und drei Kinder, wovon eine Tochter erst kürzlich längere Zeit im Krankenhaus lag.

Stuttgart. Stadtverordneten-Sitzung. Die Erwerbslosen haben die Stadtverordneten-Sitzung benutzt, um zwei Stunden vorher im "Kürschnerhof" eine Versammlung abzuhalten, in der zwei Anträge an die Stadtverordneten beschlossen wurden, die dem auch von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion als eigene Dringlichkeitsanträge dem Kollegium überreicht wurden. Letztere wollten die Erwerbslosen während der Sitzung der Stadtverordneten eine Demonstration unter den Zentriern des Sitzungsaales veranstalten. Dazu ist es jedoch nicht gekommen, weil von vorherher die Schule die Ansammlung größerer Menschenmengen auf dem Marktplatz verhinderte. Die Sitzung selbst verlief sehr ruhig, es gab keine dramatischen Momente irgendwelcher Art, nur plötzliche Zeitschläge der Radeckmühl in etwas überraschender Weise. Eine Reihe von Punkten der Tagesordnung wurde ohne Debatte erledigt, trotzdem dauerte die Sitzung mehr als 3½ Stunden. Zwei Stadtverordnete hielten ihre Rundate niedergelegt: unser Genosse Heinze mit Rücksicht auf seinen sehr gefährlichen Gesundheitszustand und der bisherige Vorsteher, Studienrat Dr. Müller, wegen Fortzugszeit. In Stelle des Genossen Heinze wurde Genosse Henning, an Stelle des Radkebauer Klaes als Stadtverordnete eingesetzt und berufen. Auf Anfrage von Stadt-Ballstab erklärte der Stadtkämmerer, das bei der Verpachtung jüdischen Adlers die Bürgerbüro der Stadt besondere Verhältnisse finden werden. Er teilte weiter mit, daß die Weinhauseigentüme am Bedürftige 200 Mark mehr als vorausgesetzten bezahnt haben, weil die Zahl dieser Bedürftigen untersteigt worden war; weiter, daß gegen den Genossen Stolze ein förmliches Disziplinarverfahren nicht eröffnet worden und ihm deshalb bis zum 1. Oktober 1924 der zurückgehaltene Teil seines Gehalts nicht bezahlt werden kann. Die durch das Ausscheiden der Stadtverordneten Heinze und Ballstab frei gewordene Stelle in einem Amtsschrein wurden mit den Stadtverordneten Peter, Klaes und Henning besetzt. In das neu gebildete Amtsschrein wurden die Stadtverordneten Hesse, Zöppke und Henning gewählt. Zu einer sehr ausgedehnten Debatte gab die Befreiung der südböhmischen Schwimmkompanie am Röhligraben Veranlassung. Der Magistrat will an Stelle des bisherigen Röhligraben einen ungefähr 68 Jahre alten Steinbruch legen, der vor vielen Jahren die Bedeutung eines Güterverkehrszentrums besaß und momentan, daß die zuständige Kommission bei Bezeichnung der Stelle nicht gehört werden soll. Bezeichnet wurde, daß ein ehemaliger Grund zur Bezeichnung Röhligraben vorliegt. Solche Abgrenzung ging die Anzahl der Jahre, deshalb soll ein besonderes Verordnungskomitee das Amt an der Südseite jenseits der Röhligraben zur Bezeichnung der Bezirk

lände an der Röhligrabenhöhe vor der Reichsbahndirektion errichtet werden. Wohnhaus soll der Grind und Boden kostenfrei abgegeben werden. Ebenso geschah mit der bedienten Abgabe des kleinen Streifens Boden in der Turmgasse an den Bauunternehmer Wille. Eine wiederum sehr ausgedehnte Debatte entspannt sich über die Vorlage des Magistrats, eine Wohnbaracke aus Fachwerk mit Holzverschalung für 19.000 Mark zu errichten. Sie soll sechs Wohnungen, jede bestehend nur aus Küche und Stube enthalten. Die Kommunisten wollten ein richtiges Wohnhaus. Genossen Höning forderte einen großzügigen und schnell fortsetzbaren Wohnungsbau. Die Vorlage wurde arg zerstört, so daß der erste Bürgermeister erklärte, die gute Absicht des Magistrats werde verkannt, er wolle das alles nicht mehr anhören und ziehe deshalb die Vorlage zurück. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichkeitsantrag eingelaufen. Sie decken sich beide ungefähr. Die Dringlichkeit wurde anerkannt und die Debatte ging weiter. Es wurde zunächst der sofortige Bau eines Sechsfamilienhauses verlangt. Stadtrat Fischer hob hervor, daß die Stadt mit einem Defizit von 150.000 Mark arbeite und daß der gegenwärtige Zins für 10 bis 12 Prozent betrage. Allerdings sei ein Heraufschwung dieses Zinses zu erwarten. Zugleich wurde mit knapper Mehrheit die Vorlage zurückgewiesen. Zugewiesen war dazu von der sozialdemokratischen und kommunistischen Fraktion je ein Dringlichke

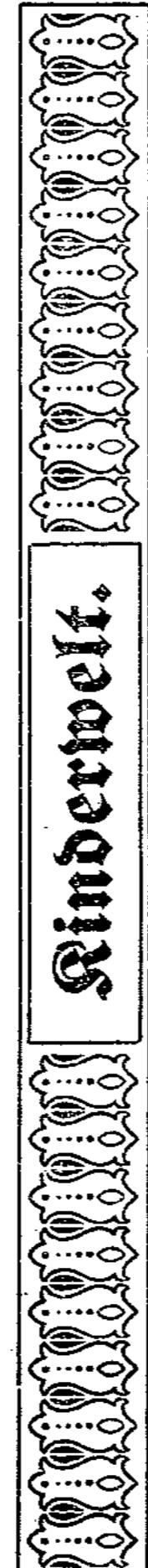
Büffeten ohne Eisen. Sie profitieren von geschäftigem oder
eher einem Spiegel oder einer Spiegelfläche und legen das eben
auschene, noch nasse Stück oder den Strudgen glatt aufeinander.
Schreitet mit der linken Seite auf das Blatt und lassen es trach-
ten. Darauf ziehen sie es fallenlos ab. Da die Stütze nach
links liegt, wird sie nicht platt gedrückt, wie es beim Bräten
ertheilt. —

Digitized by Google

„Gō“ unmoralisch ist, niemand, daß er nicht wenigstens die Mängel seines Mitmenschen bemängelt.

Gingemachte Salzböden erhält man lediglich, wenn man südlich des sie bedeckende Steinbuch, das Brett, auf dem der beobachtende Stein ruht, sowie diesen selbst mit hochdem Wasser feststellt und durchdrückt. Man vertheidet damit etwaige Spülung, die die Zähigkeit oft restlos verdichtet. —

Urteilsweise. Stochte $\frac{1}{4}$ Liter Wasser, $\frac{1}{4}$ Liter Milch, 1 Eiweiß, 1 Zart, 60 Gramm getrocknete Butter. Schüttete unter Riesel zwischen $\frac{1}{2}$ Pfund mittelflakten Kriess ünein und lasse ihn abseits vom Feuer gut ausquellen, bis der Kriess steif geworden ist. Dann schüttete die Masse zum Erkalten in eine Edelstiel, röhre & geschlängte sie wieder ünein, formte runde Strüsse und brachte sie in wärendem Wasser auf. Beim Abkühlen laufte die Künde in foltes Wasser. —



Rindermedic.

Sinfonie 2 und Klavier

Blindholzlochen kennen wir erst seit etwa hundert Jahren. Zur Zeit der Kreuzzüge noch benützte man ein Rennzeug, welches aus einem kleinen eisernen Ring bestand. Durch Stoßen auf sogenannte Genersteine, eine sehr harfe, geschleifte Steine, welche man offenbar häufig findet, entstanden Funken. Hielt man einen leicht entzündbaren Stoff, etwa getrockneten Reuerschorn, nach Zunder gerichtet, so fing dieses Feuer und die Haustruhen konnten damit ihre Kampfe beginnen.

Um das Jahr 1820 kam ein Gefangener in seiner Einsamkeit darauf, ein Blindholz mit einer phosphorinen Schwefelmasse zu bestreichen, und diese Färbungen konnte er durch Reiben auf einer rauen Unterlage zum Glühen bringen. Diese Erfahrung fand überall Eingang, und so entstanden die alten Schwefelköpfchen. Sie wurden nicht in Schwedeln hergestellt, sondern in kleinen Ländchen, welche die Haustruhen dann in Geschäftsräume brachten.

Phosphor ist aber ein starkes Gift, und der Schwefel bläumt noch lange fort und erzeugt eine ungemeine Rauchbildung. Da wurde die chemische Substanz dann verfälscht, bis Bündholzlochen verbessert, es entstanden die „Sicherheitshölzer“. Jeder hat auch diese ein Deutscher erfunden, jedoch fanden die Köpfchen in Schweden zuerst weitere Verbreitung, und so entstand vor früher viel ähnliche Maschine „Schwedehölzer“.

Riesige Bündholzlocher werden wohl in Deutschland hergestellt und verbraucht? Die ungewöhnliche Höhe von 2250 Millionen Zündholzlochern wird augenscheinlich in Deutschland im Jahre fabriziert; das bedeutet, daß täglich 7½ Millionen Bündholzschachteln hergestellt werden.

Natürlich werden die Sicherheitshölzchen heutzutage fast immer mit Maschinen hergestellt. Nur Verwendung kommt Kappenhölz. Es werden mit der Maschine zuerst kleine runde Stöcke geschnitten, die Länge der Sicherheitshölzer; diese werden wiederum in viele kleine Köpfchen gespalten, sie werden gereinigt, entrohrt, dann erwärmt und an der Spitze ausgefeicht, damit die Köpfe leicht hasten. Schließlich werden die Köpfchen mit Paraffin getränkt, damit sie leichter brennen. Noch einmal werden sie geröstet und werden dann wiederum mit Maschinen in die Schachteln zusammengepackt. Nicht einmal zum Aufkommenpartei der elektrische Gebrauch kann heutzutage noch genügt.

Der Fuchs und das Pferd.

Es hatte ein Bauer ein treues Pferd, das war alt geworden und konnte keine Dienste mehr tun. Da wollte ihm sein Herr nichts mehr zu freien geben und sprach: „Brauchen kann ich dich freilich nicht mehr; indes mein ich es gut mir die Zeigt.“

"Stall", und jingle es damit ins weiße Feld.

Das Pferd war traurig und ging nach dem Walde zu, dritt ein weinig Fuchs vor dem Wetter zu suchen. Der begleitete ihn der Fuchs und sprach: "Was hängt du so den Stoff und gehst so einsam herum?" "Ach," antwortete das Pferd, "Siebz und Zerne wohnen mich bestimmt in einem Hauses; mein Herr hat vergessen, was ich ihm für Dienste in so vielen Jahren geleistet habe. Und knei ich nicht mehr recht untertan, will er mir mein Güter mehr geben und hat mich fortgejagt." "Eine allen Trost?" fragte der Fuchs. "Der Trost war schlecht; er hat gesagt, wenn ich so stort wäre, daß ich ihm einen Löwen brächte, mößt er mich behalten. Aber er weiß wohl, daß ich das nicht vermöge." Der Fuchs sprach: "Du willst ich dir helfen. Seh dich nur hin, freue dich aus und rege dich nicht, als würdest du tot!" Das Pferd tat, was der Fuchs verlangte. Der Fuchs aber ging zum Löwen, der seine Höhle nicht weit davon hatte, und sprach: "Du brauchst liegst ein totes Pferd. Wenn doch mit dir aus, da kaufst du eine fette Mahlzeit." Der Löwe ging nicht, und als sie bei dem Pferde standen, sprach der Fuchs: "Gier habt du doch nicht nach deiner Gemäßigkeit, zeigst du woz? Ich will's mit dem Schnefse an dich binden, so kannst du's in deine Höhle ziehen und in aller Ruhe berechnen." Dem Löwen gefiel der Rat, und er stellte sich hin, und damit der Fuchs das Pferd festzupfen konnte, hielt er ganz still. Der Fuchs aber band mit des Pferdes Schwanz dem Löwen die Beine zusammen und drehte und schüttete alles so wohl und starrt, daß es mit Leiner Kraft zu zerreißen war. Als er nun sein Werk vollendet hatte, floßte er dem Pferd auf die Schulter und sprach: "Zich, Schinnel, zicht!" Da sprang das Pferd mit einem Aufschrecken los und rannte mit sich fort. Der Löwe fing an zu brüllen, daß die Könige in dem ganzen Walde vor Schrecken aufzitterten. Sicher das Pferd ließ ihn brüllen, sog und schleppte ihn über das Feld vor seines Herrn Türr. Wie der Herr das sah, besann er sich eines Geistes und sprach zu dem Pferde: "Du sollst bei mir bleiben und es gut haben," und gab ihm salt zu fressen, bis es stark. — (Aus Gebrüder Grimm: Kinder- und Hausmärchen.)

Rätselrede.

Wer errät sie.
Das erste frisst. — Das zweite ist. — Das dritte wird gefressen. — Und das ganze wird gegeben. (Quertrant.)
Das erste ist ein Hund. — Das zweite ist ein Junge. — Das ganze ist schlimmer als ein Kind. (Spitzkunde.)

Der Fuchs und das Pferd.

Es hatte ein Bauer ein treues Pferd, das war oft geworben und röunte keine Dienste mehr tun. Da wollte ihm sein Herr nichts mehr zu fressen geben und sprach: "Bräuchen kann ich nichts mehr zu fressen; indest mein Ich es gut mit mir bringt, kann ich noch so stark, daß du mit einem Löwen hierher bringst, so

Zur Zeit der Kreuzzüge noch benutzte man ein Feuerzeug aus einem kleinen Eisenring bestand. Durch Stoßfeuer auf sogenannte Feuerzieche, jene schwärzliche, gefiederte Steine, welche man außerordentlich häufig findet, entstanden Funken. Gießt man einen leichten entzündbaren Stoff, etwa getrockneten Feuerfuchsen, in ein Feuerzeug, darüber, so fing dieses Feuer und die Rauchfrei sollte damit ihre Kampfe anfangen.

Um das Jahr 1820 kam ein Gefangener in seiner Einsamkeit darauf, ein Füchsenholz mit einer phosphorinen Schnefselfasche zu bestreichen, und diese Földchen sollte er durch Reisen auf einer rauhen Unterlage zum Generationskund zu verschwörung fand überall Eingang, und so entstanden die alten Schnefselföldchen. Sie wurden nicht in Edelmetall verarbeitet, sondern in kleinen Ründeln, welche die Sonnenfrau dann im Gefüßen aufzupfenderster.

Schnefselfasche ist aber ein steriles Gift, und der Schnefselfasche glimmt noch lange fort und erzeugt eine ungemeine Rauchbildung. Da nach die chemische Industrie dann Versuche, die Rundhöhlen zu verbessern, es entstanden die Fäden, welche jetzt sehr zu Nutzen hat auch diese ein Deutscher erfunden, jedoch fanden die Röder Männer in Schnefselfasche zuerst weitere Verbreitung, und so entstand der früher viel übliche Muschindl-Schnefselföldchen.

Kleinst Bünghölzer werden wohl in Deutschland hergestellt und verbracht? Sie angebrachte Kärt von 2250 Metionen und Schnefselfasche wird augenscheinlich in Deutschland im Jahre fabrikiert; das bedeutet, daß täglich 7½ Millionen Rundhölfchen hergestellt werden.

Natürlich werden die Sicherheitshöldchen heutzutage vollständig mit Maschinen hergestellt. Zur Verwendung kommt Rappelholz. Es werden mit der Maschine zuerst kleine runde Stücke geschnitten, die Länge der Streichhölder; diese werden wiederum in viele kleine Stückchen gespalten, sie werden gereinigt, abtrocknet, dann eingeckt, und an der Spitze aufgeschichtet, damit die Köpfe leicht hasten. Schließlich werden die Köpfe mit Harzstrunk getränkt, damit sie leichter brennen, und mit der eigentlich braunen Rundmasse bekleben. Noch einmal werden sie geröstet und werden dann wiederum mit Maschinen in die Geschäftsein zusammengepackt. Nicht einmal zum Sammelparaden der Späalte gebraucht nun heutzutage noch Handarbeit. —

Die Gedanken, welche ich Ihnen mittheile, sind die Freiheit, welche Sie mir gewähren.

Sturm vor der Auflösung des vorigen Reichstags hatte eine Frauenkorrespondenz eine Umfrage bei führenden Frauen gehalten, wie sie sich zur Bildung einer besonderten Frauenpartei stellen würden. Es ließen sehr viele und fast lauter zuflimmende Zeichnungen ein, aus denen herbor ging, daß in allen Parteien die Frauen mit den geringen Rechten unzufrieden waren, die man ihnen eimräumte. Schließlich hatte mich ablehnend verhalten und darauf hin gewiesen, daß碗 innerhalb einer besonderen Frauenpartei die verschiedenen Weltanschauungen zulässige Meinungsverschiedenheiten hervorrufen würden. Schließlich warnter darauf hin, daß auch jetzt schon bei bestimmten Fragen die Frauen der verschiedenen Gruppationen sich aufzuteilen gefunden hätten und dieser Weg auch künftig der gangbarste sei. Zufriedlich wies ich aber auch darauf hin, daß die Zeitschrift der immer machenden Unzufriedenheit der Frauen doch die Parteien darauf aufmerksam machen müsse, daß ihre Einsichtung gegenüber den Frauen zu wünschen übrig lasse. Sonst hätte ja der Gedanke der Bildung einer be-

sonderen Frauenpartei gar nicht ankommen kommt.

Stich jetzt noch den Wahlgaben werden wieder Stimmen laut, die die große Frauengemeinschaft fordern, weil die günstliche und Förderungen der Frauen, kein genügende Beurteilung fänden. Da die Zeit zu kurz war, um definitive Entscheidungen zu treffen, holt der Bund deutscher Frauenvereine am 3. November eine Abstimmung an alle Parteien des Reichstags gerichtet, wie sie sich in Bezug auf Frauenkandidaturen verhalten wollten. Die meisten Parteien geben zu, daß den Frauen nicht immer genügend Rechnung getragen wird und daß sie sich bemühen wollen, das mehr als bisher zu tun. Die Demofratische Partei rühmt sich, mehr als irgendeine andre Partei getan zu haben. Das trifft wenigstens insofern zu, als auf der demokratischen Reichstagsliste unter den zehn ersten Kandidaten zwei Frauen standen. Die Centrumspartei hat vor den Wahlen an alle Wahlkreisvorständen ein Telegramm gerichtet, in dem sie dringend erucht, die Frauenförderung nicht zu vergeßen. Auch die Deutsche Proletarpartei bedauert, daß die Frauen im politischen Leben nicht immer so zur Geltung kommen, wie sie es auf Grund ihrer Leistungen verdienen und fordern, und hat deshalb eine besondere Berücksichtigung der Frauen verlangt. Eine einzige Partei, nämlich die Bayerische Sozialpartei, hat eine Frau an die Spitze ihrer Reichswahlliste gestellt. Sie erklärt, daß ihr Gründer Dr. Seim schon vor 15 bis 20 Jahren die Idee des Frauenwahlrechts vertreten hat. Der Reichsfrauenauschuß der Deutschen nationalen Zölle-Partei will erst später zu den Frauenförderungen Stellung nehmen. Einzig die Nationalsozialistische Freiheitspartei erklärt kurz und bündig, daß sie grundsätzlich keine Frauen aufstellt. (Das hat übrigens nicht gehindert, daß sie sehr viele Frauenstimmen erhielt.)

Die Gothaer Demofratische Partei erhält in der Zahl der von ihr im die Parlamente entsandten Frauen

四
三

卷之三

The image shows a single page from a German newspaper, 'Die Zeit', from December 1921. The page is filled with two columns of dense German text. The left column, which occupies most of the page, is titled 'Die Delegiertenwahlen und die Frau.' Below the title, it says 'Von Anna Ros (Stuttgart)'. The text discusses women's suffrage, mentioning various political parties and their stances on the issue. It also touches on women's roles in politics and society. The right column is titled 'Sozialdemokratie und Nationalsozialismus'. This section compares the Social Democratic Party (Sozialdemokratie) with the National Socialist Party (Nationalsozialismus). It highlights the Social Democrats' support for women's rights and their role in the Reichstag, contrasted with the National Socialists' views. The text is written in a clear, formal style typical of early 20th-century journalism.

SCHLEIFIGEN UND GEISTLICHES LEBEN.

Es gibt viele Frauen, die von der Sozialdemokratie ihrer angeblichen Religionsfeindschaft nichts wissen wollen. Diese Frauen haben ihr Anteil am den Frauenberuf von einigen ihrer Mitmenschen gebildet, während nur Progrömm und die Sclaltung der Sozialdemokratischen Partei zu einer Beurteilung das Recht gibt.

Fat aber die Sozialdemokratische Partei jemals Stationseindisziplin bewiesen? Bedeutet nicht ihre Qu

Geschichte, daß sie genöß ihrem Programm selber den Religionen stieß? Echo der alte Weber! wunderte sich vor über 20 Jahren auf dem Parteitag „in würdiger Gegen dem Antrag, nach dem die Sozialdemokratie zur Beförderung ihrer Religion eintreten sollte.“ Daniels prägte Weber unter Prüfung des ganzen Parteitages den Satz, „daß wir in religiösen Glaubensfragen absonst Neutralität und nicht als Neutralität zu beobachten haben“.

Wieder Faustus schrieb immer wieder, daß das Proletariat „für eine unbedingte Religionsfreiheit“ sei. Und daß ist es, was die Sozialdemokratie allerdings verlangt: Freiheit der religiösen Überzeugung und darum ihre Befreiung vom Thale. „Die Eltern sollen“, wie Weber in der Erklärung seinerzeit sagte, „Freiheit in der religiösen Überzeugung haben, ohne staatlichen Zwang“. Und nur deshalb ist die Sozialdemokratie für die weltliche Zuhause.

Gewiß beschäftigt man sich in der sozialdemokratischen

Organisation auch oft mit religiösen Problemen, doch sollte es man nur aus einem Zweck nach der Wahl bestreben. Unsere Zeit ist eine Zeit des Überganges. Wir stehen im Beginn einer neuen Periode der Welt. Und da gilt es, auch neu einzudringen in alle Geistigkeit und alle Probleme des Lebens in Verbindung zu bringen mit dem Sozialismus, der da als leuchtender Stern über dem neuen verdenenden Menschen die Richtung wirkt.

Das ist jedoch die religiöse Überzeugung der Sozialdemokratie, daß jeder Mensch, der religiös ist, auch Sozialist sein muß. Wir müssen jede Religion nehmen, welche wir nicht wollen, sie alle verachten als Höchstes die Liebe. Doch noch die Tat. Kann es aber eine herrlichere Tat geben als die sozialistische Gestaltungstat, die da von Grund auf ein neues sittliches Leben eringen will? Soziotismus ist nicht, muß Sozialist sein! Sozialismus ist praktische Re-

Gescheidungen in Preußen.

Der vor einigen Wochen erschienene 20. Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs für den Kreisrat Preußen enthielt eine Gescheidungsstatistik in größerem Umfang. Sie zeigt, daß „trotz“ Jahren dieser Zentrale ipreden noch für einen Zeitraum eine berechte Sprache.

Bereits lange vor dem Kriege, der Revolution und der Trennung zwischen den preußischen und den anderen Teilen Preußens fanden zahlreiche Trennungen im Bereich der Scheidungen statt, die auf rund 1.000 im Jahre des Krietausbruchs 1914. Während dieses Krieges selbst, der die Scheidungstaktik durch die Einberufung von Männern zum Heeresdienst sowie schon Trennung nach naturgemäßem Antritt statt. Die Zahl der Scheidungen sank auf 6900.

Diese Zunahme der Scheidungen während des Krieges fällt auf das Jahr 1916 zurück, wobei 1915 bis 1914 durchschnittlich 61 v. S. Männer und 55 v. S. Frauen als schuldiger Teil erklärt wurden, davon 25 v. S. Männer und 22,5 v. S. Frauen waren Scheidende, jene 1917 nur 918 nur noch rund 45 v. S. Männer gegenüber 55 v. S. Frauen und dem Scheidungsspruch der Frauen zum mindesten 22 v. S. Männer gegenüber 22 v. S. Frauen gegenüber 37 v. S. Frauen. Während des Krieges nahmen also die Scheidungssprüche der Frauen zum mindesten 10 v. S. zu. (Die Geschlechter des Mannes im Kriege und in der Gruppe wurden nicht bestimmt. Die Statistik.) Von 8500 Scheidungen im Jahre 1918 fielen die Zahl 1919 auf über 13.000, insbesondere, davon 28 v. S. Männer gegenüber 38 v. S. Frauen, wegen Scheidung.

Die folgenden Jahre der beginnenden Inflation brachten weitere steigende Scheidungszahlen: so dem mindeste des Krieges ausvertrages statt verfeindeten Preußen werden

1920: 22.531.
1921: 25.160.
1922: 23.711.

Scheidungen geschr., eine Zunahme gegenüber 1919 von rund 10 v. S. gegenüber 1918 von über 300 v. S., wobei außerdem die für die Jahre 1910 bis 1922 rückwärt verfeindete rückläufige Bruttostatistik der Statistik zu berücksichtigen ist. Die Zahlen für 1923 und 1924 liegen zurzeit noch nicht vor; es dürfte in diesem Zeitraum eine Rückgang in verzeichnen sein.

Gescheidungen in Brandenburg

the *Journal of Clinical Endocrinology* and *Journal of Internal Medicine* have been merged into *Journal of Internal Medicine*.

Geschlechtsfräte Rinder

Die Mädelchen hinter der Ehe nach, die Frauen der Liebhaber
giebe fängt sich an einem Seidenfaden; aber du verirgst dich
nicht mit einem Schiffsdraht.
Wenn der Kummer die Zunge freit, müssen es die Rüge-
büßen.
Wats Gras wird neu, aus einem schönen Mädchen ein allein
Reich.
Neben Häusleune nennet die Räuberin Eichhörnchen,
Eine weiche Blütte ist keine Blüthe.
Kehren wir ein Schmierlein Rima; aber wenn Schmierlein Rima
magst du mir doch die Stille als bleier beladenhabe mit Blinde-
re ich die Stiftslührung über das heynliche Problem herauszu-
retten jude. —

Die Gruppe mit wissenschaftlichem Interesse hat die Diskussion über das heimliche Problem herausgefordert.

Die Frau im Schwestern-Schlafzimmers

Die Mädeln hielten der Ode nach, die Gräten der Liebster
siehe fängt sich an einem Zeidenschen; aber du verloßt sie
nicht mit einem Zoffelou.

Wenn der Sommer die Zunge freil, müssen es die Mädeln
büffeln.

Als Brag wird neu, aus einem schönen Mädchen ein allein
Reich.

Neben Hausmeine nennst die Kostüm-Erwerber,

Pflege des Weibes

Beider Schwangerschaft und Geburt der Frau aber ist Organismus des Weibes noch bestimmt, nach jeder Geburt man weiß heute, was für gesinnere Erection) für das Auge verschwinden schon nach der Erfahrung beschweben, die manche bereiten.

Allerdings — diese werden durch eine so geringe oder unmerkliche Veränderung noch bei Schwangerschaft. Sie verhältnisse eine große Menge Frau gestauten ist, die nicht Körper außer acht zu lassen.

Wom jüngsten kommt die Ich sichtbare Vergrößerung kontinuierlich bis zur Stunde Größe hatten die elastischen Hand. Sie die Grenze ihrer sie und hinterlassen die benarben, die einen bleibenden Entstehung riecht man auf die einerseits das Radikal seit der bis zur äußersten Größe bietet.

Die Hauptforderung an Geburt der Frau ist sehr viel im Bilde ist. Es ist nächten Angehörigen, der gegen die ersten Wochen jede Arbeit früh verlorenen Menschenbedürfnisse einer Geburtshilfe lassen sich Blutungen, Schwäche und Fieber.

noch erfolgter Geburt ist die Röschhaut schloss und bedau-
te ausgeborene Zornfall. Da die elstischen Nieren nie nicht funktion-
tire bei einem Sammeln selber zu liegen, muß der Rösch bei
Röschhaut mit einem festen Gürtel bandiert werden, da sonst
die ausgeborene Röschhaut den Fäkalien, die die natürliche Fäkalie-
heit haben, die gehe des Magens ausfüllen, nicht standhalten
kann und der so kahle Harnbehang entsteht. So ein Gürtel ist
sehr einfach herzustellen: Er besteht aus einer 40 Zentimeterlangen
breiten Stoffe (Krepp, Sponti oder) und kann
man bis sieben Segnungen auf der einen und ebenso dicken Stoffe
auf der anderen Seite. Diese Taschen werben nun so fest zusammen
wie möglich ausgezogen; durch eine Querle, die zwischen die Segnungen
durchgezogen wird, kann und rückwärts angezogen wird, bekommt
das ganze festen Halt. Diesen Gürtel trägt die Frau, solange
sie im Röschhaut liegt. Später empfiehlt es sich noch, mindestens
2 bis 3 Monate lang einen festen Gürtel unter zu tragen.

Da die größte Freude zu den ersten Monaten bei Empfangen
selbst ankommt, ist es angezeigt, sie durch einen kleinen quellen-
halter zu hüten. Nach Abholzung ist diese Stütze nach der Gute-
nung, wenn der Zustrom der Milch erfolgt, wiederum her-
zutragen. Zuletzt muß die Querle oben über dem
durch ihre Größe verhindert.

Se nach ihren Verhältnissen soll die Frau, von
sie das Röschbett verlassen hat, sich von einer durchgeschulte
Wohlfahrtsorganisation helfen, wenn das zu teuer ist, werden
stets einige Monate nach ländlichen Tummlungen machen, um die
überholten Münzen wieder zu sammeln. Die einfache Me-
thode, die Wundheilung zu fördern, ist folgende: geben Tee gegen
sich allmählich sind auf den Platten und heißt, ohne sich umzudrehen
aufzulegen, dann kommt den Oberkörper und läßt ihn ganz langsam

卷之三

JULY 1863.

Vom Gähnen. Wenn erkennt man, wenn man einen Menschen gesundheitlich, denn den Mund weit aufschlägt, den Kopf nach oben schüttelt, bedeutet die Atemluft laut ausdrückt, um nicht einem Dentisten hören zu müssen, wenn sie die Zähne untersuchen. Gewöhnlich ist Gähnen ein Zeichen von Gesundheitsschmerzen, welche röthen aber, dass es auch als Zeichen von Gesundheitsschmerzen ruffelt. So kommt man es u. d. in sehr gelegener Form aus, wenn man sich schlechtes Gefühl bekommt. Gleichwohl kann auch ausgenommen werden, dass es ein Reichen von Gesundheit sei. Wenn man jedoch Gähne auf den Mund weht, so führt sich meist eine Verkrampfung ein, welche gehörige Erholungserungen und sonst bestimmt starke Schädigung im Darm bei fortgeschrittenem Geschwollniss herbeiführt. Die Menschen, die von Gesundheitsschmerzen betroffen sind, empfehlen sich bei Übeln und unangenehmen Eindrücken auf Gesundheitsschmerzen zu achten und wenden sich gute Erholung und für verdeckten Gang der Faeces zu. Trotzdem kann es auch die Menschen, welche eine Zahl, insbesondere

Wärtung von Schüttungen.

Entlarvter Aufwertungsschwindel.

Die Donnerstag-Sitzung des Reichstags wurde von der Sozialdemokratie zu einer vollkommenen Entlarvung des deutlich nationalen Aufwertungsschwindels benutzt. Während des Wahlkampfes hat die monarchistische Presse und haben die monarchistischen Redner eine Aufwertung bis zu 100 Prozent versprochen und mit diesem Märchen Dutzende von Mandaten für ihre Partei erobert. Im Reichstag selbst hatte der deutschnationalen Führer Hergt im Juni vorigen Jahres erklärt, wenn seine Partei an die Regierung käme, so werde ein Aufwertungsgesetz am ersten Tage vorliegen. Nun sind die Herren drei Wochen „an der Tutterrippe“, aber noch immer liegt ihr Aufwertungsgesetz nicht vor. Im Gegenteil, sie haben es nun mit der Aufwertung, seitdem sie in der Regierung sind, nicht mehr so eilig.

Gestützt auf wertvolles Material und mit vernichtender Ironie zeigte der sozialdemokratische Abgeordnete Schröder von der Parlamentstribüne aus dem deutschen Volke, daß die Deutschnationalen nun nicht einmal mehr für ihre eigenen Aufwertungsanträge stimmen. Einmer wieder begleitete stürmischer Beifall der Sozialdemokratie die Rede Heils und immer stiller wurde es bei den Deutschnationalen. Wie wenig Interesse diese Partei für die Nöte der durch die Geldentwertung Geschädigten aufbringt, zeigte sich auch in der Tatsache, daß die

Bänke der Deutschnationalen nahezu leer waren.

Der deutschnationalen Redner Steiniger war gegenüber den sozialdemokratischen Angriffen nahezu hilflos. Er konnte nur versichern, daß es seiner Partei eben heute noch nicht möglich sei, für ihre eigenen Anträge, die von den Sozialdemokraten aufgenommen waren, zu stimmen.

Eine auffallend sachliche und darum von der kommunistischen Fraktion, die mit ganzen sieben Mann vertreten war, teilnahmlos aufgenommene Rede hielt der Kommunist Hölllein.

Der Reichsjustizminister erklärte, daß in drei Wochen ein Aufwertungsgesetz vorgelegt werde. Da der Reichskanzler als Reichsfinanzminister von jeher schärfster Gegner einer wirklichen Aufwertung war und der jetzige Reichsfinanzminister von Schlieben wiederholt erklärt hat, an eine Aufwertung der Anleihen sei nicht zu denken, brauchen sich die Opfer der Inflation keinen großen Erwartungen hinzugeben.

Der dem Hause vorliegende Initiativ-Gesetzentwurf betreffend Aussetzung des Verfahrens vor Gerichten und Aufwertungsstellen wurde in erster und zweiter Lesung angenommen. Für die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge verlangten wir namentliche Abstimmung. Es ergab sich, daß die Deutschnationalen gegen die Teile der sozialdemokratischen Anträge stimmten, die früher von den Deutschnationalen selbst vertreten worden sind. Der deutschnationalen Aufwertungsschwindel wurde damit aller Welt sichtbar. —

Sitzungsbericht.

In der Sitzung des Reichstags am Donnerstag steht ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien zum ersten Lesung, wonach in Rechtstreitigkeiten über die Aufwertung von Vermögensanlagen und Ansprüchen die Verhandlung vor Gerichten und Aufwertungsstellen auf Antrag des Gläubigers einzuweilen ausgesetzt werden kann.

Abg. Wunderlich (dt.-nalt.) empfiehlt die Vorlage zur raschen Annahme, damit endlich Beruhigung geschafft werde.

Abg. Reuß (Soz.):

In den weiten Kreisen der deutschen Gläubiger und Sparer, die durch die Inflation enteignet worden sind, wird der jetzt zur Beratung stehende Gesetzentwurf nach allem, was vorangegangen ist, eine große Überraschung und Verwunderung hervorruft. Auf Grund der früheren Beratungen über die Aufwertungsfrage im Reichstag und mehr noch auf Grund der Haltung der Rechtsparteien im Wahlkampf sind die Gläubiger und Sparer mit weitgehenden Hoffnungen erfüllt worden. Diese Stimmung kommt jetzt in der Flut der Eingaben und Zuschriften an alle Abgeordneten des neuen Reichstags, insbesondere an die Mitglieder des Aufwertungsausschusses, zum Ausdruck. In diesen Kundgebungen wird stürmisch das Verlangen nach rascher und hoher Aufwertung erhoben. Dieses Verlangen ist begreiflich, denn es führt sich besonders auf die bestimmten

Aufwendungen der Deutschnationalen.

Bei der letzten Reichstagsdebatte am 28. Juni 1924 über die Aufwertungsfrage gab mein Parteifreund Herr Körber der deutschnationalen Fraktion den Rat, für den Fall, daß sie demnächst in die Regierung kommen sollte, doch schon im voraus einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, damit sie sofort nach der Besiegereiung der Regierungswahl ihr Versprechen einlösen könne. Darauf antwortete Hergt: „Dann haben Sie den Gesetzentwurf sofort am ersten Tage.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Der neue Reichstag ist nun seit einem Monat in Tätigkeit, vor drei Wochen ist die neue Regierung mit machender Beteiligung der Deutschnationalen gebildet worden. Noch sehen wir aber nichts von diesem Gesetzentwurf. Statt dessen werden die Gläubiger und Sparer mit diesem Initiativgesetz der Regierungsparteien überrascht, das in ihren Kreisen

ein Hohngelächter auslösen wird.

Dem Akt, der sich jetzt abspielt, ist allerdings einiges vorangegangen. Zunächst haben die Deutschnationalen den bisherigen Reichsfinanzminister Lüthert zum Führer ihrer Regierung erufen, denselben Minister, der als der schärfste Gegner der Gläubiger und Sparer galt. Dann wurde ein deutschnationaler Finanzminister berufen, der noch vor wenigen Monaten im Aufwertungsausschuß erklärt hat, die Aufwertung der öffentlichen Anleihen sei vollkommen ausgeschlossen. Schließlich wurde ein neuer Aufwertungsausschuß eingesetzt und nun überzeugt

große Zurückhaltung der Rechtsparteien,

die in gar keinem Verhältnis zu ihren großen Worten während der Wahlbewegung stand. Der einzige unter den Anträgen an den Aufwertungsausschuß, der einen greifbaren Vorschlag enthielt, war der deutlich nationale Antrag, der die Aufhebung der Notverordnung vom 4. Dezember 1924 verlangt. Meine Freunde und ich haben diesen Antrag begrüßt und die raschste Einberufung einer Sitzung zu seiner Beratung verlangt. Nun haben irgendwelche Sitzungen stattgefunden, immer wieder haben wir die Erledigung dieses Antrags verlangt, aber merkwürdigweise ist die Entscheidung darüber bis heute nicht gefallen. Die deutschnationalen Antragsteller haben sich selbst mit aller Nebensinn

der Annahme ihres eigenen Antrags widergesetzt.

(Lebh. hört, hört!) Es handelt sich bei der Verordnung vom 4. Dezember darum, daß bis zur gesetzähnlichen Regelung die Vorschriften der dritten Steuernotverordnung und der Durchführungsverordnungen dazu für die darin behandelten Gegenstände maßgebend seien. Veranlaßt wurde diese Verordnung durch Entscheidungen des Reichsgerichts und des Kammergerichts. In den Kreisen der Gläubiger und Sparer ist diese Forderung sofort aus rechtlichen und sachlichen Gründen angefochten worden. Namhaftste Juristen haben in ihr einen Mißbrauch der Verordnungsgewalt der Reichsverfassung erkannt. Genau dieselbe Auffassung wird auch von den sozialdemokratischen Fraktionen vertreten. Nur hat auch der deutschnationalen Antragsteller im Ausschluß gleichfalls die Rechts Gültigkeit verneint und der Begründung des Reichsjustizministers anschärfte widergesprochen. Nun so auffallender war es, daß die Deutschnationalen einer Entscheidung über den Antrag mit allen Mitteln parlamentarischer Finie auswichen. Bei einer heute früh von uns herbeigeführten Abstimmung im Ausschluß haben dann die

Deutschnationalen gegen den eigenen Antrag gestimmt und ihn damit zu Falle gebracht. (Lebh. Rufe: Hört, hört!) Die Gründe für dieses Verhalten der Deutschnationalen sind nicht ohne weiteres klar erkennbar. Die Erklärung, daß der Rechtswirksamkeit aus dem Gebiete der Aufwertung nicht noch vergrößert werden solle, ist nicht stichhaltig, denn der Reichstag in München hat auch diese Verordnung wieder für ungültig erklärt. Will man eine Rechts Sicherheit schaffen, so muß man die Notverordnung sofort aufheben und ihren Inhalt in ein ordentliches Gesetz kleiden. Dieses Ziel könnte in wenigen Stunden erreicht sein. Wir würden nicht abgeneigt sein, darüber mit der Regierung zu sprechen. Wenn die Herren diesen Weg aber nicht beschreiten wollen, so scheinen lediglich politische Gründe für sie maßgebend zu sein.

Der Hauptgrund ist der, daß sie nicht eine Verordnung aufheben wollen, für die der gegenwärtige Reichsanziger als ehemaliger Reichsfinanzminister in exakter Linie die Verantwortung trägt. Dieser persönliche Grund kann uns nicht verlassen, die Auffassung preiszugeben, daß die Verordnung

verfassungswidrig und deshalb aufzuheben ist. Diese Auffassung kommt in einem Änderungsantrag von uns zum Ausdruck. Es bedarf, die sachlichen Bestimmungen des Deutschnationalen Gesetzentwurfs in das vorliegende Gesetz einzuarbeiten, damit die Ungültigkeitserklärung der Verordnung vom 4. Dezember 1924 aufgesprochen wird.

Ein halbes Jahr hat der Aufwertungsausschuß des vorigen Reichstags ohne Ergebnis verhandelt. Im neuen Reichstag sollte es ganz anders gehen. Die Deutschnationalen haben den Gläubigern und Sparen die

Aufwertung bis zu 100 Prozent versprochen.

(Hört, hört! bei den Soz.) Die Gläubiger und Sparer warten aber noch vergebens auf den Entwurf, den Hergt für den ersten Tag ihrer Regierungsbeteiligung versprochen hat.

Wir sind uns der Schwierigkeiten des Aufwertungsproblems bewußt und haben es uns deshalb nie einfallen lassen, eine hundertprozentige Aufwertung zu versprechen. Wir werden auch fünfzig die Grenzen des Möglichen innerhalten. Wir haben es in unseren Anträgen zum Ausdruck gebracht, daß die dritte Steuernotverordnung in einer Reihe von Punkten den berechtigten Ansprüchen der Gläubiger und Sparer entgegentritt. Wir wissen aber auch, daß die Verbesserungen an das wirtschaftlich Tragbare gebunden sind. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen unter allen Umständen verhindern, daß eine neue Inflation entsteht, die noch verhängnisvoller als die hinter uns liegende sein würde. Wir wollen ferner eine Mehrbelastung der Opfer der Inflation verhindern, zu denen nicht bloß die enteigneten Gläubiger und Sparer, sondern auch die breiten Massen der Kopf- und Handarbeiter gehören. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen in exakter Linie die Nothilfenden berücksichtigen,

die armen Sparer, die ihre Groschen bei den Sparassen eingebüßt haben und weiter die ihres Vermögens beraubten sozialen Institute der deutschen Arbeiterschaft. Für die Deduktion der Aufwertung öffentlicher Anleihen in den engen Grenzen des Möglichen haben wir eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die einen gangbaren Weg zeigen. Wir wünschen, daß die Mittel dazu durch Einspruchnahme derjenigen Vollkreise beschafft werden, die während der Inflation trotz des allgemeinen Verarmungsproblems nichts verloren oder gar ihr Vermögen erheblich vergrößert haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz. Zurufe: Stimmen!) Wir wissen, daß die Lösung des Aufwertungsproblems mit der

Neuordnung des ganzen Steuerwesens

zusammenhängt. Über hat dann die Regierung nicht schon Zeit genug gehabt, um die Vorarbeiten dazu zu treffen? Kaum einmal in den letzten vier bis fünf Jahren ist eine Regierung so lange durch den Reichstag unbehelligt geblieben wie die Regierung in den letzten fünf bis sechs Monaten. Trotzdem liegen weder zur Aufwertung noch zur Neugeißelung des Steuerwesens irgendwelche greifbaren Vorschläge vor. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Zusammenhänge waren auch den Deutschnationalen bekannt, als sie ihre Wahlversprechen machten. Trotzdem haben sie den Anschein erweckt, als ob sie das fertige Rezept für die Lösung der Aufwertungsfrage in der Tasche hätten. Bitte, meine Herren, wo ist das Rezept? Wo ist nun ihr Gesetzentwurf? Sie hätten ihn hier einbringen müssen, um den Erwartungen Ihrer Wähler zu entsprechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Das Misstrauen in den Kreisen der Gläubiger und Sparer ist durch diese Vorgänge stark gewachsen. Es wächst weiter, nachdem vor einigen Tagen auch die Spitzenverbände der deutschen Großwirtschaft in Industrie, Landwirtschaft und Handel bei dem Deutschnationalen Reichswirtschaftsminister

gegen die Aufwertungsbestimmungen Einspruch erhoben haben. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Reichswirtschaftsminister hat dem Aufwertungsausschuß nachdrücklich empfohlen, die Begründung der Vertreter dieser Spitzenverbände gegen jede Verbesserung der Aufwertungsvorschriften noch einmal anzuhören.

Das ist also ein höchst bemerkenswertes Bild, denn dieselben Spitzenverbände, die den höchsten Ansprüchen der Gläubiger und Sparer entgegentreten, haben den Wahlfürspruch der Deutschnationalen finanziert. (Lebh. hört, hört!) Die armen Gläubiger haben bei der Wahl am 7. Dezember ihre Schuldigkeit getan. Jetzt reiten die reichen Schuldner in die Arena und wühlen ihre heiligsten Güter. Wir sind davon nicht überzeugt. Schon im Juni vorigen Jahres hörten wir von den Deutschnationalen Vertretern der deutschen Industrie, der Landwirtschaft und der andern Wirtschaftsverbände ihre Gedanken gegen die Aufwertung. Trotz alledem ist die Mehrzahl der

der Deutschnationalen Partei ins Garn gegangen.

Wird es die Gläubiger trösten, daß wenigstens die Wirtschaftskräfte des Ruhrgebiets mit der 700-Millionen-Spende reich und reichlich verorgt worden sind? Mit dem Bekanntwerden dieses Standards ist auch für die Aufwertungsfrage eine völlig neue Lage geschaffen worden.

Nun ist heute im Ausschuß versichert worden, daß in 3 Wochen ein Regierungsentwurf kommen soll. Wir werden ihn uns genau ansehen, wozu uns schon die Haltung einer Anzahl deutschnational orientierter Landtagsabgeordneten zur Aufwertungsfrage veranlaßt hat. In einer Aussprache mit Vertretern der Reichsregierung vor einigen Tagen haben ausgerechnet die Vertreter der deutschnationalen orientierten Regierungen von Thüringen und Mecklenburg sich

gegen jede Erhöhung des Aufwertungsgesetzes

gestritten des allgemeinen Aufwertungsgesetzes gelten soll. Um diesen Charakter des Zwischen Gesetzes festzuhalten, beantragen wir, daß es spätestens am 20. April d. J. außer Kraft tritt. Wir wünschen damit einen Druck auszuüben, daß in aller Höhe die endgültige Lösung des Problems herbeigeführt wird.

Um den Gläubigern wenigstens einen sicheren Schutz zu gewähren, beantragen wir, daß an die Stelle der Kammer-Vorschrift des vorliegenden Gesetzes eine Muß-Vorschrift kommt. Wir beantragen weiter, daß die Notverordnung vom 4. Dezember bestätigt wird. Man könnte noch weiter gehen und in das Gesetz hineinschreiben, daß in einem bestimmten, nicht zu fern liegenden Termint die ganze

dritte Steuernotverordnung außer Kraft tritt. Vielleicht treten dieser Anregung die Herren der Deutschnationalen bei. (Heiterkeit links.) Sie haben bei den letzten Wahlen sehr viel von Treu und Glauben geredet. Wenn Sie, meine Herren von der Deutschnationalen Partei, Treu und Glauben wahren wollen, dann bitte ich Sie inständig: Stimmen Sie für Ihren eigenen Antrag. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Sampe (Wirtsch. Pgg.) begrüßt den vorliegenden Gesetzentwurf und erhofft von ihm eine beruhigende Wirkung auf die kleinen Gläubiger und Sparer.

Abg. v. Richthofen (Hannover, Dem.) hält den Zeitpunkt für eine materielle Erörterung der Aufwertungsfrage in diesem Augenblick noch nicht für gekommen. Wir bedauern die Art, wie die Deutschnationalen mit übertriebenen Aufwertungsbereitschaften ihre Wahlpläne gezeigt haben.

Reichsjustizminister Freytag: Namen des Reichsregierung wiederholte, daß im Ausschluß bereits abgegebene Erklärung, daß die Reichsregierung binnen drei Wochen den Entwurf eines neuen Aufwertungsgesetzes den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten wird und daß sie auch in allen Städten der Verhandlungen bestrebt sein wird, die Angelegenheit nach Kräften zu fördern. (Beifall.)

Abg. Scheiter (Bir.) wandte sich gegen die von den Sozialdemokraten beantragte Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember 1924. Er stimmte dagegen dem demokratischen Antrag zu, der die Kammer-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift umwandeln wird.

Abg. Seiffert (Nat.-Soz.) erklärt, die Feinde der Aufwertungsbewegung hätten das größte Interesse an der schnellen Annahme des vorliegenden Entwurfs.

Abg. Steiniger (dt.-nalt.): Wir stehen in der Aufwertungsfrage keine Parteifrage. Dem demokratischen Antrag auf Umwandlung der Kammer-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift werden wir gern zustimmen, da sozialdemokratische Anträge müssen wir gegenwärtig noch ablehnen. (Rufe b. d. Soz.: Es ist doch Ihr eigener Antrag!) Abg. Hölllein (Komm.) bezeichnet die Politik der bürgerlichen Parteien in der Aufwertungsfrage als Demagogie.

Abg. Strebel (Soz.):

Mit der Aufwertungsfrage haben die Deutschnationalen Wahlemagogie getrieben. Darauf hat Herr Steiniger nichts zu antworten gewußt. Er hat nur wieder gesagt, daß die Deutschnationalen gegen ihren eigenen Antrag stimmen werden. Die Deutschnationalen wissen noch gar nicht, was sie wollen. Wir verlangen, daß sie endlich mit ihren Vorschlägen herauskommen, anstatt die Regierung nur unter „indirektem Druck“ zu halten.

Wir wollen die Verordnung vom 4. Dezember aufheben, weil diese Anwendung des Artikels 48 der Verfassung widerspricht und das Recht des Reichstags bedroht. Die Deutschnationalen sind auch von dieser Begründung ausgegangen, haben sie dann aber wieder fallen lassen.

Durch die Aufwertung der Hypotheken würden die Hausbesitzer nicht geschädigt werden, denn sie wölben ihre Lasten auf die Mieter ab. Es wäre also unsozial, wenn die Mittel zur Aufwertung auf diese Weise aufgebracht werden sollen. Die Mittel müssen

aufgebracht werden durch die Besitzenden in den Reihen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Zu diesem Zwecke muß der bürgerliche Druck auf diese Parteien ausgeübt werden. Der Großgrundbesitz und Großindustriellen müssen hier Opfer bringen durch Erhöhung der Vermögenssteuer.

Damit schließt die erste Beratung.

Die Henschler müssen Farbe bekommen.

In der zweiten Beratung stellen die Sozialdemokraten den vor längerer Zeit von den Deutschnationalen eingebrachten Antrag auf Aufhebung der Verordnung vom 4. Dezember zur namentlichen Abstimmung. Diese Verordnung erklärt die dritte Steuernotverordnung mit ihren Ausführungsbestimmungen für rechtsgültig auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung.

Der Aufwendungsantrag wird mit 285 gegen 144 Stimmen abgelehnt.

Dagegen stimmen auch die Deutschnationalen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Gesetzentwurf wird dann angenommen mit der von den Demokraten beantragten Umwandlung der Kammer-Vorschrift in eine Muß-Vorschrift. Das Gesetz soll bis zum 20. April d. J. gelten.

Gegen 125 Uhr versiegte sich das Haus auf Freitag 1. Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Einzelberatung des Staats des Arbeitsministeriums. —

Handlanger des „Ordnungsblocks“.

Die Arbeiterregierung Thüringens hat einer Regierung des bürgerlichen „Ordnungsblocks“ weichen müssen. Mit der „sozialdemokratischen Wirtschaft“ sollte nun aufgeräumt werden. Man verstand darunter, Ehrenmänner zu verleumden, Anklagen gegen sie zu erheben auf Grund halblosen, hinterhältiger Verdächtigungen, Minister Fröhlich und andre sozialdemokratische Amtsträger wie Schwerverbrecher auf offener Straße zu verhaften. Völlig falsch, wie die Gerichte später feststellen mußten.

Die Regierung bediente sich bei dieser Staatsaktion der traurigsten Elemente. Wie ihre Handlanger aussahen, enthielt der sozialdemokratische Abgeordnete Kieß gelegentlich einer kommunistischen Großen Anfrage im Thüringer Landtag über die Maßnahmen der Polizei gegen die Kommunistische Partei.

Die Rede des Abgeordneten Kieß wurde zu einer derbten Abrechnung mit der Regierung, ihren Helfern und auch mit den indirekten Helfern, den Kommunisten. Er forderte Aufklärung über einen von den Kommunisten vorgetragenen skandalösen Vorgang, wo eine Frau sich auf einer Polizeiwache in Gera in Gegenwart von fünf Polizeibeamten völlig entkleiden mußte, und schließlich sogar durch eine hinzugeholte Sanitätsfrau die Geschlechtsstelle untersucht wurden. Alles im Beisein der fünf Polizeibeamten. Kieß deckte ferner die reaktionäre Einstellung des Ministers Gattler gegen freie Arbeiter auf und nannte ihn einen brutalen Unternehmer

des Landeskriminalamts, Oberregierungsrat Nitsch, der ein Symbol für den „Ordnungsbloc“ sei. Redner führte aus:

Wer ist dieser Nitsch?

In einer Dienststrafe ist durch die sächsische Kriminalpolizei eine Reihe von Vernehmungen vorgenommen worden. Es sagen amtlich aus: Oberregierungsrat Dr. Stelzner in Dresden: „Richtig ist, daß Nitsch gern seine Person in den Vordergrund stobt und es gern sah, wenn er in der Presse erwähnt wurde. In der gegnerischen Presse und in Beamtentreffen wurde vor dem „Gegenseiter“ Nitsch gesprochen. Er stellte seine Mitarbeiter gern in den Schatten. Als ich versuchte, Einblick in seine Personalakten zu bekommen, versuchte dies Nitsch zu verwehren.“

Regierungsrat v. Triegern (Leipzig) sagt aus:

„Nitsch hat seinen Vater verlängert.“

(Hört, hört! Bewegung im ganzen Hause. Überraschung auf den Ministerhänden.) Nitsch wurde beim Weggang in den Begegnungen über alle Maßen gelobt und machte man sich hierüber lustig.“

Kriminalrat Fischer (Leipzig) sagt aus: „Nitsch verstand es, sich mit einem gewissen Glorienjchein zu umgeben. Er schwieg sich über seine Familie aus und gab keinen Vater als Major aus. Nitsch war ein großer Samiam-Schläger und ließ viel in der Presse von sich hören. Er stand mit den „Leipziger Neustadt Nachrichten“ in steter Verbindung. Nitsch verstand es, Straßfälle, die Ausübung auf Erfolg boten, an sich zu reißen.“

Kriminalkommissar Adermann (Leipzig) sagt aus: „Ich saß seinerzeit mit Nitsch zusammen in einem Dienstzimmer. Eines Tages kam ein besser geleideter Herr und unterhielt sich mit Nitsch. Beide waren auf Offizier- und Familienbeziehungen zu sprechen, wobei Nitsch äußerte: „Ich bin auch Offizier und stamme aus einer alten Offiziersfamilie. Mein Vater war Major.“

Der Vater ist aber Portier.

(Stotter-Bewegung im ganzen Hause und auf den Ministerhänden.) Was für eine dienstliche Vergangenheit hat nun Nitsch?

Er ist mit 800 Mark und Verweis bestraft worden, weil er einen Auftrag beurkundete, der sein Unleben bei Droschkenführern sowie Polizeibeamten aufs schwerste schädigen mußte. Nitsch hatte in betrunkenem Zustand als Polizeikommissar einen Streit mit dem Publikum angefangen und kann von Polizeibeamten verlangt, gegen das Publikum vorzugehen. Als sich die Polizeibeamten weigerten, behandelte Nitsch dieselben in der ungehörigsten Weise. (Hört, hört! Abg. Höher springt auf und ruft erregt: „Wenn das wahr ist, kann man nur mit dem Kopfe schwitzen.“) Nitsch ist weiter bestraft, weil er einen Gefangenen drei Tage lang

in der Gefängniszelle an die Wand geschlossen

hatte, und sagt das Polizeiamt Leipzig, daß dieser Vorfall zur sofortigen Entlassung genüge. Weiter ist er bestraft, weil er einen Gefangenen in das Gesicht geschlagen hat.

Dieser Mann, der gegen links wütet, geht zu dem von ihm bestimmt und von Satzler verfolgten Regierungsrat Borch und sagt:

Gehr. Borch, Sie sind der einzige anständige Charakter im Innerministerium, ich weiß. Sie haben großen Einfluß bei Minister Hermann und Ministerialdirektor Brill. Ich bitte Sie bringend, machen Sie Ihren ganzen Einfluß geltend, daß ich nicht entlassen werde.

Dies war vor Einzug der Reichswehr, als gegen Nitsch verschiedene Untersuchungen schwanden. Einige Wochen später, als die Reichswehr eindrückte, machte Nitsch gegen Borch eine Anzeige beim General Hesse und beschuldigte ihn in der schwersten Weise. Die Alten liegen seit 5. Mai beim Ministerium, obwohl der Staatsanwalt in Südböhmen das Verfahren eingestellt will. Beweis: Schreiben der Staatsanwaltschaft Prag (Angespornt: Lärm im ganzen Hause.)

Abgeordneter Reichshof das trübe Kapitel Nitsch mit den Worten: Dieser Mann hat das Schicksal vieler Familien auf dem Gewissen. Nitsch ist ein Mann, dessen Verhalten mit parlamentarischen Ausbrüden nicht austschließend gekennzeichnet werden kann, aber er ist mir nicht wert, daß ich mit ihm seinem Willen auch nur einen Ordnungsruf ziehe.

Nitsch wird die Kommunistische Partei nicht kapitulieren; das besorgen die Kommunisten unter sich selbst. Es ist zweifelhaft, ob politische Mittel gegen ihre Bestrebungen überhaupt noch eingesetzt zu werden brauchen.

Der „Ordnungsbloc“ in Thüringen kann froh sein auf solche Handlanger. —

Rücksichtslos und brutal“.

Die Kommunisten propagieren die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die über ein Deutschland nach rücksichtlosem Nutzen herrschen soll. Das nennen sie die Diktatur des Proletariats. Denn der Kleinbauer — meinen die Kommunisten — gehört ebenfalls zum Proletariat.

Wie reif um die deutschen Bauern für den Sozialismus sind, zeigt eine Logung des Deutschen Bauernbundes, die am Montag in Berlin begann. Dort waren die Vertreter der Klein- und Mittelbauern, die Minister der aufrüttenden kommunistischen Arbeiter- und Bauernregierung zusammen und offenbar den Gemeinsamkeitsgefühl. Es heißt in einem Logungsbereich, den wir in der „Berliner Volkszeitung“ finden:

Der Vorsteher, Landwirt Schmidt, sagt die Sekretär der Demokratischen Partei, der Demokraten und der sozialdemokratischen Partei. Der angehende Sekretär des Bauerns ist leider verhindert. Er beginnt weiter die alten Geistes, wie man sie, bis zum ersten Mal herber gebrauchen kann, um zu hören, was der Demokratische Bauernbund will. Der Deutsche Bauernbund treibt Interessenpolitik, hauptsächlich um materielle Ziele mit Rücksichtslosigkeit, mit Brutalität.

Rücksichtslose brutale Ausdeutung der pädagogischen Dokumente, der Angestellten und Arbeiter, das ist das höchste und einzige Ziel des Bauernbundes. Der Landwirt Schmidt holt sagt hier kurz und bündig, was eigentlich jedes politische Kind in Deutschland wissen müßte. Nur die Kommunisten wissen es nicht. Sie wollen mit diesen „proletarischen Bauern“ in gemeinsamer Regierung sozialistische Politik treiben. Und um sich die Gnade dieser Bauern zu gewinnen, haben die Kommunisten in ihren Gottsche-Agitationen auch die auf Unterstützung der Kleinbauern durch allerlei finanzielle Hilfe aufgeführt.

Wir glauben, der Deutsche Bauernbund setzt auch ohne kommunistische Hilfe seine Ausdeutungspläne durch. Er fordert in einer ebenfalls auf die Logung angenommene Entschließung die Verabschiedung eines Sozialtarifs mit ausreichenden Schuhzöllen, um die Schröpfung der Verbraucher noch gründlicher vornehmen zu können. Fürwahr, das Reisezeugnis für die Arbeiter- und Bauernregierung! Wir gratulieren den Totengräbern zu dieser Bundesbrüderlichkeit. —

Reichs-Bildungsfragen.

In der Mittwochssitzung des Bildungsausschusses des Reichstags kündigte Staatssekretär Schulz folgende Gesetzesentwürfe der Reichsregierung an: einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der Schund- und Schmußliteratur, eine Novelle zur Abänderung des Buchspielgesetzes, einen Gesetzentwurf zum Schutz der Jugendlichen bei Lustbarkeiten und das Reichsbühnengesetz, das Förderung der Gemeinnützigkeit im Theaterwesen anstrebt.

Im übrigen empfahl der Ausschuss eine Eingabe des Kongresses für Blindenhilfahrt, die ein Reichsgesetzgesetz zur Beihilfe der blinden Kinder fordert, der Reichsregierung einstimmig zur Verabschiedung. Außerdem wurde dem Ausschuss Ausdruck gegeben, möglichst bald ein Gesetz zur Neuordnung der Lehrerbildung einzubringen. Staatssekretär Schulz stellte ein solches Gesetz erst für die Zeit nach der Erledigung des Finanzausgleichsgesetzes in Aussicht.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Neuordnung der Lehrerbildung eingereicht. —

Beleidigungen und Beleidigungen.

In der Berliner Linkspresse wird das Urteil gegen Kroner allgemein als Fehlurteil betrachtet. In der Begründung dieser Feststellung erinnert das „Berliner Tageblatt“ an folgende Tatsachen:

Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb einmal von dem preußischen Ministerpräsidenten:

Lito Braun, der Mann mit der tiefen Tasche, in der die Lautensmarcheine der doppelten Auflösung laufen.

Das Gericht stellte fest, daß dem höchsten preußischen Staatsbeamten ohne jeden Grund der Vorwurf der unanständigen und unrechtschönen Vereicherung gemacht war. Der Verleumder wurde zu 600 Papiermark verurteilt.

Ein Leutnant der Reichswehr hatte vor einer gesammelten Menge behauptet, Frau Ebert und Frau Noske hätten das Silberzeug der kaiserlichen Yacht „Hohenzollern“ gehohlen und unter sich geteilt. Treffen wollte man die Männer der verleumdeten Frauen, den Reichspräsidenten und den damaligen Reichswehrminister. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 500 Papiermark Geldstrafe.

Ein Funktionär in Oranienburg behauptete, der Reichspräsident Ebert habe Güter erworben und dauernd in die eigene Tasche gearbeitet. Das Schöffengericht Oranienburg „besprach“ den Verleumder mit 50 Mark.

Die „Boissische Zeitung“ schreibt: Der gestrige Tag war ein neuer Beweis für die Verwirrung, die weite Teile unseres Ritterlandes ergriffen hat. —

Scheidemann ausgemietet.

Die Sitzung gegen Sozialdemokraten im öffentlichen Sektor treibt sonderbare Eulen. Jetzt hat es die Kasseler Richter sogar fertig gebracht, den Oberbürgermeister Scheidemann aus seiner Wohnung zu vertreiben. Er muß sich nun bequem des Kasseler Landgerichts, das seinen Einmarsch gegen eine vor Kurzem erfolgte Räumung zu entscheiden hofft, am 1. März d. J. räumen.

Scheidemann hatte bei seinem Amtsantritt in Kassel die von seinem Anwältinger bewohnte Wohnung bezogen. Da eine Einigung über die Höhe des Mietzinses mit dem damaligen Eigentümer nicht zustande kam, war der Abschluß eines privaten Mietvertrags nicht möglich, und der Richter bat beim Mietvertragsamt, den Mietvertrag zwangsweise festzu setzen und die für das Haus zu zahlende Vergütung zu bestimmen. Da die Parteien an sich über die Herausgabe des Hauses einig waren, hielt es der damalige Vorsteher des Mietvertragsamtes unangebracht für unnötig, den Abschluß eines Zwangsmietvertrags endgültig festzulegen und legte in seinem Urteil nur die Höhe der allein noch zulässigen Vergütung fest.

Dieier (Zwangsmieter des Hauses) war also der Magistrat, der seinerzeit das Obergeschoss des früher von Koch allein bewohnten Hauses an Überfliegermeister Scheidemann vermietete, während im Erdgeschoss ein häßliches Bureau unterge-

bracht wurde. Um der Rechtsgültigkeit des Untermietvertrags Magistrat-Scheidemann besteht kein Zweifel. Inzwischen war das Haus auf den jetzigen Eigentümer, Oberingenieur Delion, übergegangen, der sofort versucht, Scheidemann aus dem Hause zu verdrängen.

Mehrere im Laufe dieser Jahre erfolgte Anträge Delions beim Mietervertragsamt auf Erlaubnis zur Räumung wurden abgelehnt. Ein Versuch Delions, den Garten des Hauses zu bebauen, um auf diese Weise den Oberbürgermeister aus dem Hause herauszuholen, kam gleichfalls nicht zur Ausführung. Erst, nachdem durch das neue Mieterrechtsgesetz die Entscheidung derartiger Streitigkeiten auf die ordentlichen Gerichte übergegangen ist, sah der hartnäckige Hauseigentümer seine jahrlangen Bemühungen von Erfolg gekrönt. Am 1. Oktober n. J. mußte der Magistrat auf Grund des erstinstanzlichen Urteils die städtischen Wurzeln im Erdgeschoss räumen. Sie stehen seitdem leer, obwohl Laufende kein Nach über dem Stoß haben.

Am 1. März muß nun auch der Oberbürgermeister Scheidemann mit einem Familienstand von sechs Personen das Obergeschoss räumen. Kann die Reaktion den Verhältnissen nicht zur Strecke bringen, so will sie wenigstens durch schändige Nadelstichpolitik ihr Mütchen an ihm fühlen. Das Kreis wird von unserm Kasseler Parteiblatt als eine Blüte der Justiz bezeichnet. —

Die Angst vor der Trockenlegung.

Dem Bevölkerungspolitischen Ausschuss des Reichstags lag am Donnerstag ein sozialdemokratischer Antrag vor, der die Reichsregierung auffordert, das Schantlättingegegesetz auch dem neuen Reichstag vorzulegen. Der Gesetzentwurf war bereits im Jahre 1923 vorgelegt, kam aber infolge der Reichstagsauflösung nicht mehr zur Verabsiedlung.

Das Schantlättingegegesetz wird seit Jahren von den Alkoholinteressenten und den Alkoholgegnern heiß umstritten. Auch in der Sitzung des Reichstagsausschusses platzten die Gegenseite scharf aufeinander. Nur die sozialdemokratische und kommunistische Vertretung sprach sich einmütig für die baldige Vorlage des Gesetzentwurfs aus.

Ein Regierungsvertreter erklärte, daß die Reichsregierung erstmals Erhebungen über die Wirkung der Prohibition in Amerika anstellen müsse. Die Sozialdemokraten Luise Schroeder und Sollmann verlangten die schnelle Vorlage des Gesetzentwurfs, der mit Prohibition (Trockenlegung) gar nichts zu tun habe. Zwischen dem Deutschen Nationalen Budjahn und dem Wirtschaftsverteiler Strauß auf der einen und den sozialdemokratischen Rednern, die unterstützlich wurden von Lüders (Dem.), Strathmann (Dts.) und Ulrich (Bzr.) entpann sich ein heisses Wortgefecht für und wider das Gesetz. Diese Beispiele zeigen schon erkennen, wie heftige Gegenseite die Alkoholfrage noch aufwerfen wird.

Bemerkenswert war ein Wort des Kasslers Ulrich, daß in einem Dorf ein guter Gastwirt manchmal mehr Segen stiften könnte, als Pfarrer und Lehrer zusammen. Wer leider gäbe es nicht lauter gute Gastronome. Die sozialdemokratischen Redner erinnerten daran, daß die neue Reichsregierung jetzt sich auf Christentum und Sittlichkeit verpflichtet habe. Jetzt aber, bei der ersten Gelegenheit, an ein kulturelles Problem von höchster Sittlichkeit heranzutreten, zeige sich das Versehen dieser Regierung. —

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Reichsarbeiter-Tarifverhandlungen.

Die Reichsregierung hat am 24. Dezember die Tarifverträge für die Betriebs- und Verwaltungsarbeiter gefestigt. Im Laufe der letzten Wochen haben mit den beteiligten Organisationen im Reichsfinanzministerium bereits Verhandlungen stattgefunden, die den Abschluß eines neuen Tarifvertrags zum Ende hatten. Die von der Regierung den Organisationen vorgelegten Abänderungsvorschläge wiesen jedoch gegenüber dem bisherigen Zustand, besonders in der Urlaubsvergütung, in den Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen wesentliche Verbesserungen auf.

Auch in der Arbeitszeitfrage soll es bei der jetzt geltenden neuinständigen täglichen bzw. 54stündigen Wochenarbeitszeit bleiben. Wohl ist es den Arbeitnehmervertretern gelungen, gegenüber den Regierungsvorschlägen einige Verbesserungen zu erzielen. Ein endgültiges Ergebnis ist aber noch nicht zu Stande gekommen. Beide Teile betrachten das bis jetzt erzielte Verhandlungsergebnis als vorläufige Lösung. Die Arbeitnehmervertreter haben sich vorbehalten, daß bis jetzt erreichte Ergebnisse ihrer Verbandskörperschaften zur weiteren Verabschaffung vorzulegen.

Die Verhandlungen werden voransichtlich in der nächsten Woche weitergeführt. Ob es auf dem Verhandlungsweg zu einer endgültigen Vereinbarung und zu einem neuen Abschluß des Tarifvertrags kommen wird, ist nach der Einführung der Regierung jetzt fraglich, vorausgegeben, daß nicht noch in letzter Stunde im Finanzministerium die nötige Einigkeit Platz greift. Man will die Arbeitnehmer in ihrer sozialen Stellung wieder in die Zeit der Kriegsjahre zurückwerfen. Die Organisationen werden dafür Sorge tragen, daß das nicht geschieht. *

Die Lohnbewegung der Eisenbahner. Kommen den Dienstag, am 10. Februar, werden die Organisationen der Reichseisenbahner ihre Wünsche und Forderungen für die weitere Gestaltung der Lohn- und Arbeitszeitverhältnisse der Verwaltung der Reichseisenbahnen vortragen. Darauf werden sich die Verhandlungen anschließen. —

Schiedsgericht im Ruhrbergbau. Unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskriminalamts Rehling und unter Teilnahme von Vertretern des Handelsministeriums und des Oberbergamts fanden in Essen die Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbergbau statt. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, kam es zu einem Schiedsgericht mit wechselnden Mehrheiten, der das bisherige Abkommen mit einigen Abänderungen verlängert. Die Arbeitszeit in Stoferen soll am 1. März bereits acht Stunden betragen, nicht, wie in der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vorgesehen ist, ab 1. April. —

Eine bekannte Autorität,

Lieber eines hyg. Institut, steht fest:

„Damit ist es unter Zeithaken des Städtischs möglich, ohne weiteres zu Zucker wegzugehen. Bis 75 Prozent zu sparen. Aber auch eine Verminderung des Zuckers bis zu 50 und mehr Prozent ist möglich.“

Ein Versuch überzeugt. Überall zu haben.

Leder-Ausschnitt

Großes und Kleines

Gast. Hoffmeister, Seite 21.

Getrocknet, getrocknet

Wildschwein

im Saucen-

filetstück-Laden

Brathühner, Tauben.

H. Seiffert Nachf.

Brathühner und

Gebratene Wild-

Auch Sie

müssen die einzige

sozialistische

Zeitung

Die Glocke

leben. Verlangen Sie

jetzt die Sonderausgabe

der Sitzungsberichte.

Jede Woche

auf 30 Pfennig

Beihaltung

Volksstimme.

Die vorschriftsmäßigen

Reichsbanner-Windjacken

finden Sie in meinen Fenstern

11.50 12.50 16.00 18.50

Einkleidung ganzer Ortsgruppen

Ehrenfried Finke

Breiter Weg 125/126.

Die neuen Hüte



für den Übergang

IN modernsten Seiden & Brokatstoffen

ZU GANZ BESONDERS BILLIGEN PREISEN.

Vertrieb der

RÄDEBERGER HUTFABRIK MACDEBURG

HIMMELREICHSTR. 11

Auf Kredit

Kleiderstoffe
Vorhänge | Tapeten
Schotten

Bettwäsche
in einer ganzen Qualität
in Lyon, Damask und Baumwolle.

Inlett echt rot und
roterdrückt!

Bettlaken in Reinen
Tischdecken, handlichen
Wischzweigen, Polstermöbeln,
so genannten

Gardinen
Kunst-Gardinen | Halbstoffe,
Vorhänge | Tapetenware

Vorhangstoffe
in Damask und Rosen

Damenwäsche
in reichhaltiger Auswahl
Streichzelten, Schürzen,
seidene Schürzen

Windjacken
imprägniert, in allen Größen

Normalwäsche
überzeugend, einfassendem

Waren für 50,- = Anzahl 6,-
Waren für 50,- = Anzahl 6,-
Waren für 75,- = Anzahl 10,-
Waren für 100,- = Anzahl 15,-

Wöchentliche Abrechnung
von 2 M. an.
Abrechnung auch monatlich.

Magdeburger

Wäsche-Vertrieb

Bismarckstr. 14, 1 Fr.
Ecke Polizeistraße.

Kredit auch nach auswärts.
Ausweisbriefe sind mitzubringen.
Geldnoten durchgeb. v. 9.15 Uhr.

Auf zum Römer!
alter Markt 12 alter Markt 12

Baumblütenfest in Röthe

ab 5. Februar und folgende Tage.

Zum Aufschau gelangen die beliebtesten
Weinblüten sowie Traubentweine u. Schaumweine

Altmarkter Spezialgericht:

Tiegelbraten und Backwürste.

Wunderbare Dekorationen... Bauern-Kapelle

Mühlen am Wallens im Vo. al.

Arkadia

täglich
mit riesigem Lacherfolg:
Das Programm des Humors
und der Komik.

Sonnabend u. folgende

Tag: Großes

lustiges

Bockbierfest!

Verstärktes
Orchester.

Winters Gesellschaftshaus

Röderitzer Straße 80.

Seben Sonnabend 7:15 Uhr

Großer Preis-Skat

Sonntags Großer Gesellschaftssaal

und Bockbierturnier

Es laden freundlich ein

Reicht' einer Schwarz-Rot-Gold, Abteilung Alte Neustadt

Zugunsten der Arbeitslosen der Abteilung

Circus
Straßburger

Heute Sonnabend 7:15 Uhr

Eröffnung

mit

Davelo — Theresia Renz

Kapt. Wall — Hugoletty

12 Romanos

12 Internat. Spaßmacher

Eisballett usw. usw.

Sonntag 2 X 9:15 Uhr

7:15 Uhr

Sonntag vormitt 10-1 Uhr:

Tiere zu — Probe

Pony- und Kamelkreisen

Billette: Verkehrsverein u.

Circuskasse 125

Fermersleben.

Braunes Restaurant

Sternstraße Nr. 29.

Sonnabend:

Gr. Preisplat.

ff. Preise.

Anfang 8:15 Uhr.

Leithaus Haacke

Magdeburg-Südenthalweg 18, be-

liebt für Möbel und

Wertsachen.

Schwarzer Roter

entlaufen. Gegen gute

Belohn. ab. Zill. Sup-

matt, Leitung. 10:00

Fr. 18.2. eröffnen. (32)

Schäfer-Hündin

zu kaufen. Steuerstr. 99.

Gegen Belohn. ab. Zill. Sup-

matt, Leitung. 10:00

Fr. 18.2. eröffnen. (32)

Wirtshafterin.

Saub., fleiß. Wöh.

mit Stärke. Säume und

Stellma als Wirtsha-

terin. Off. u. H. W. ro-

lagernd. Schönebeck.

Futterkartoffeln,

Speisekartoffeln,

Möhrrüben und Hafer

und sämtliche Futter-

mittel verkaufen lau-

end ab Eager. 27

Gustav Bauer & Co.,

Rathausstr. 50.

Arbeits-Hosen

in alleiniger Her-

stellung, allgemein ge-

brauchbar — empfohlen

Der Vorsteher des

Arbeits-Hosen.

G. Gehse

Jahnsplatz 11, neben dem

Wilhelm-Theater.

Extra billige Angebote

im Schuhhandelhof

Kinder-Stiefel

Ebereau 22 bis 26 3.80
braun Ebereau 18 bis 22 2.75
schwarz Ebereau mit Stief. 21-22 1.65

Mädchen- u.
Knab.-Stiefel

27 bis 31 6.80
Rindl. 27-31 5.50
genagelt. 5.50
Stiefel 38-39 8.00 7.90

5.90
5.25
6.90

Damen-Halbschuhe

Bergf. braun 9.80
schwarz 6.90
viele Größen 3.90

Damen-Lackschuhe

Schiebe-
flocke 10.90
Schuhriemen 8.90
viele Größen 7.90

Damen-Stiefel

braun 8.90
schwarz 7.90
viele Einzel-
paare 5.90

Herr.-Stiefel
und -Schuhe

schw. u. br. R.
Bergf. Doppels.
Rohschaufel. 4.90
viele Einzel-
paare 6.90

Beachten Sie unsere Ausstellung im Eingang!

Breiter Weg 193/94 gegenüber.
Hofgebäude 1 Treppe.

Zentral-Theater
Täglich 7½ Uhr

Zigeunerbaron

Musik von Johann Strauss.

Der beliebte Operettentenor

Oskar Neruda

als Gast in der Titelrolle.

Sonntags zwei Vorstellungen

2½ Uhr (kleine Preise) und 7½ Uhr.

Siebenbügler Kartenvorverkauf
an der Theaterkasse und an den be-
kannten Vorverkaufsstellen.

Achtung, Eickendorf!

Arbeiter-Turnverein

Sonnabend, 7. Februar

Maskenball

Freunde und Gönner sind

hierzu herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Golzes Gesellschaftshaus

R. Stadtmarkt 7c

Am Freitag den 13. Februar

Große Galad-Redoute

Eine Mondchein ahrt auf der

Elbe und Strandfest.

Deutscher Metallarbeiter-Vorstand

Verwaltung Stendal

Am Sonntag den 8. Februar findet in

Gangerlitte morgens 9.30, im Lokal Flora die

Generalversammlung

für die gesamte Verwaltung statt.

Tagesordnung:

1. Geschäfts-, Kassen- und Revisionsbericht.

2. Neuwahl der Ortsverwaltung.

3. Wahl von zwei Delegierten zur Bezirks-

konferenz Hannover.

4. Kasse und Lohnangelegenheiten.

5. Verbandsangelegenheiten.

Einheitsabrechnung beim J. Treumann.

Die Verwaltung. 3. G. Treumann.

Herzlichen Dank allen Verwandten und Be-

kannten für die uns in so reichem Maße zu unser-

silbernen Hochzeit

erwiesenen Aufmerksamkeiten. Insbesondere Dank

dem Turnverein Fichte, dem Arbeiter-Radfahrer-

verein Solidarität, dem Musikverein Fidelio Buckau,

der Reichsbannerkapelle Buckau, allen Geschäft-

leuten und den Bewohnern des Hauses Schöne-

cker Straße 116.

Emil Pohlmeij nebst Frau.

Reinhold Prot

